



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

1 2 3 4 5 7 8 9 10 11 12

Juni

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht
Juni 2011

www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Redaktionsteam „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“

Redaktionsschluss:

24. Mai 2011

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Bildnachweis

Corbis (Titel), BMWi

Druck

Silber Druck oHG, Niestetal

**Herausgeber**

Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie (BmWi)
Öffentlichkeitsarbeit
10115 Berlin
www.bmwi.de

Bestellservice:

oeffentlichkeitsarbeit@bmwi.bund.de

Der Umwelt zuliebe gedruckt
auf 100% Recyclingpapier.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht
Juni 2011

Der Erfolg muss allen zugutekommen

Deutschland steht wirtschaftlich hervorragend da. Wir haben den Virus der weltweiten Wirtschaftskrise schnell auskuriert. Die Unternehmen kommen wieder ohne staatliche Notfallhilfen aus. Die Beschäftigung steigt von einem Rekordstand zum nächsten.

Das zeigt, dass unsere Volkswirtschaft in ihrer Struktur weitgehend gesund ist. Unsere international wettbewerbsfähigen Unternehmen und ihre hoch qualifizierten Mitarbeiter bilden den wirtschaftlichen Kern der deutschen Leistungsfähigkeit. Sie sind es, die neue Produkte entwickeln, neue Absatzmärkte erkunden und ihre Abläufe und Vertriebswege optimieren. Sie sind es, die die Grundlage für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft legen.

Die Wirtschaftspolitik leistet dazu ihren Beitrag: Durch klare Wettbewerbsregeln, offene Märkte, durch möglichst wenig Bürokratie und eine geringe Steuer- und Abgabenlast erreichen wir im Ergebnis viel mehr als durch Subventionen und staatliche Anreizprogramme.

Viele meiner Vorgänger im Amt des Bundeswirtschaftsministers haben die Vorzüge eines stabilen und verlässlichen Ordnungsrahmens immer wieder beharrlich auch gegen vielfachen Widerstand hochgehalten.

Auch aktuell stehen wir vor großen Herausforderungen und wir setzen uns ambitionierte Ziele: Wir wollen Leitmarkt für Elektromobilität sein, wir wollen schneller aus der Kernenergie aussteigen und wir brauchen einen tragfähigen Mechanismus zur Abwehr von Finanz- und Wettbewerbskrisen in Europa. Ich bin kein Freund der These „Viel hilft viel“. Für mich bilden die Prinzipien Eigeninitiative und marktwirtschaftliche Handlungsverantwortung die Grundpfeiler für eine langfristig erfolgreiche Wirtschaft, nicht etwa die Anzahl oder das Ausmaß von Subventionsprogrammen oder das Volumen finanzieller Hilfen.

Dieser Leitgedanke lässt sich auch auf unseren Sozialstaat übertragen. Wie solidarisch eine Gesellschaft ist, das zeigt sich nicht allein an der Höhe der Sozialausgaben, an geringen Arbeitszeiten oder gar



staatlich gesetzten Mindestlöhnen. Der Sozialstaat lebt mehr davon, dass er Menschen Chancen gewährt und Teilhabe schafft. Das beginnt auf kleinster Ebene bereits in den Unternehmen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden hier weit mehr als eine Vertragsbeziehung. Sie haben das gemeinsame Ziel, ihr Unternehmen bestmöglich und vor allem nachhaltig auf Kurs zu halten. Hier bietet sich ein unmittelbarer Ansatz, einen Interessensausgleich zu schaffen, zum Beispiel durch eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenskapital. Bereits der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat ein solches Modell als das „Ideal“ der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnet. Bislang wurden die bestehenden Möglichkeiten jedoch kaum ausgeschöpft. Dabei können gerade mittelständische Unternehmen von dem Modell der Kapitalbeteiligung enorm profitieren. Qualifizierte Fachkräfte werden stärker an das Unternehmen gebunden, Mitarbeiterfluktuation und Krankenstand sinken. Diese Chancen zu einer stärkeren gesellschaftlichen Teilhabe sollten wir im gegenwärtigen Aufschwung nutzen.

Dr. Philipp Rösler

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen | 6 |
| Mitarbeiterkapitalbeteiligung – mit partnerschaftlicher Unternehmenskultur zum wirtschaftlichen Erfolg | 7 |
| Deutschlands Nationales Reformprogramm 2011: auf dem Weg ins erste Europäische Semester | 14 |
| THESEUS für den Mittelstand | 20 |
| New Kids on the Block | 24 |
| | |
| II. Wirtschaftliche Lage | 35 |
| Überblick | 36 |
| Internationale Wirtschaftsentwicklung | 38 |
| Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland | 40 |
| | |
| III. Übersichten und Grafiken | 51 |
| 1. Gesamtwirtschaft | 52 |
| 2. Produzierendes Gewerbe | 60 |
| 3. Privater Konsum | 68 |
| 4. Außenwirtschaft | 70 |
| 5. Arbeitsmarkt | 72 |
| 6. Preise | 78 |
| 7. Monetäre Entwicklung | 82 |
| | |
| Erläuterungen zur Konjunkturanalyse | 84 |
| Verzeichnis der Fachartikel zum Monatsbericht von Oktober 2007 bis Mai 2011 | 86 |

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Mitarbeiterkapitalbeteiligung – mit partnerschaftlicher Unternehmenskultur zum wirtschaftlichen Erfolg

Viele Beispiele aus der Praxis der Unternehmen zeigen eines ganz deutlich: Der Ausgleich zwischen den Interessen der Eigentümer und denen der Mitarbeiter im Unternehmen ist eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg. Über die Beteiligung ihrer Mitarbeiter am Unternehmenskapital wird ein Beitrag zu einer Gesellschaft von Teilhabern geleistet, die der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff einmal als das „Ideal“ der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnet hat. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Deutschland und zeigt deren besondere Bedeutung für den Mittelstand auf. Er stellt die bestehenden staatlichen Fördermöglichkeiten vor und nennt Reformpotenziale.

Die Mitarbeiter(kapital)beteiligung in Deutschland

Die unternehmerische Idee einer Beteiligung der Mitarbeiter am Erfolg oder Kapital ihres Unternehmens hat in Deutschland eine lange Tradition. Die reine Erfolgsbeteiligung – in der Regel in Form einmaliger erfolgsabhängiger Sonderzahlungen – kann auf eine mehr als 150-jährige Geschichte zurückblicken. Auch die Anfänge der Mitarbeiterbeteiligung am Kapital ihres Unternehmens reichen weit zurück. Um 1870 begannen einige Unternehmen, u. a. Hüttenwerke und Gießereien, Belegschaftsaktien auszugeben. Seit den 1960er Jahren fördert der Staat im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes die stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital ihres Arbeitgebers; Arbeitnehmer sollen am Produktivitätsfortschritt der Unternehmen partizipieren und neben ihrem Arbeitseinkommen auch Einkommen aus Kapital erhalten können. Mit dem Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz wurde schließlich 2009 die staatliche Förderung von Kapitalbeteiligungen noch einmal deutlich erweitert.

Von Beteiligungsmodellen – seien es Erfolgs- oder Kapitalbeteiligungen – profitieren Mitarbeiter und Unternehmen: Die Mitarbeiter erhalten geldwerte Vorteile, beispielsweise als Barauszahlung oder in Form von Aktien oder Genussrechten. Oftmals wird die Kapitalbeteiligung auch mit einer vorgeschalteten Erfolgsbeteiligung kombiniert; dann kann sich

der Mitarbeiter für eine innerbetriebliche Anlage seiner Sonderzahlung entscheiden. Für die Mitarbeiter können Kapitalbeteiligungsmodelle – je nach Unternehmenserfolg – überdurchschnittlich hohe Renditen erzielen. Damit kann die Kapitalbeteiligung die betriebliche Altersvorsorge ergänzen, die primär auf die langfristige Absicherung der eingebrachten Gelder ausgerichtet ist. Aus Unternehmenssicht motivieren Mitarbeiterbeteiligungen die Beschäftigten zu größerer Leistung, erhöhen das Verantwortungsbewusstsein und stärken die Identifikation mit dem Unternehmen. Sie sind in aller Regel Ausdruck einer gesunden Unternehmenskultur. Damit profitiert das Unternehmen von der wachsenden Attraktivität als Arbeitgeber. Die Kapitalbeteiligung kann aber noch mehr: Mitarbeiter werden zu langfristig an dem Unternehmen interessierten Anteilseignern. Manch „klassischer“ Interessengegensatz zwischen den Beziehern von Kapital- und Arbeitseinkommen kann so gemindert werden.

In der Vergangenheit waren es allerdings häufig die Gewerkschaften, die einer Beteiligung der Mitarbeiter am Kapital eines Unternehmens kritisch gegenüberstanden und sie oft als schlechtere Alternative zu Lohnerhöhungen werteten. Gewarnt wurde insbesondere vor dem „doppelten Risiko“ einer Kapitalbeteiligung, da im Falle einer Insolvenz des Arbeitgebers mit dem Verlust des Arbeitsplatzes auch der des investierten Vermögens einhergehe. Bei solide aufgestellten Unternehmen erkennen die Gewerkschaften jedoch zunehmend die positiven Auswirkungen einer Mitarbeiterkapitalbeteiligung an. Das liegt nicht zuletzt daran, dass ausgerechnet die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise die – bis dahin wenig beachtete – Rolle der Mitarbeiterkapitalbeteiligung bei Unternehmenssanierungen in den Fokus gerückt hat: Mittels Entgeltumwandlung werden aus Schulden des Unternehmens (den Lohnforderungen der Beschäftigten) Unternehmensbeteiligungen („debt-to-equity-swaps“). Hierdurch erhält das Unternehmen mehr Liquidität zum Wirtschaften und kann sich selbst leichter in einer Krisensituation helfen.

In Deutschland sind inzwischen mehr als zwei Millionen Arbeitnehmer in über 4.000 Unternehmen am Kapital „ihres“ Unternehmens beteiligt. Die Tendenz ist steigend. Nach Informationen des Branchen-

Statistik 2009

| Beteiligungsform | Unternehmen | | Mitarbeiter | | Kapital | |
|-----------------------|--------------|------------|--------------|------------|---------------|------------|
| | absolut | in % | in 1.000 | in % | in Mio. Euro | in % |
| Darlehen | 534 | 12,5 | 97 | 4,2 | 406 | 3,5 |
| stille Beteiligung | 1.292 | 30,2 | 339 | 14,9 | 1.627 | 14,0 |
| indirekte Beteiligung | 555 | 13,0 | 119 | 5,2 | 524 | 4,5 |
| Genussrecht | 474 | 11,1 | 154 | 6,8 | 1.180 | 10,2 |
| Belegschaftsaktie | 727 | 17,0 | 1.537 | 67,6 | 7.648 | 66,0 |
| Genossenschaft | 378 | 8,8 | 19 | 0,8 | 42 | 0,4 |
| GmbH-Beteiligung | 315 | 7,4 | 10 | 0,4 | 162 | 1,4 |
| Gesamt | 4.275 | 100 | 2.274 | 100 | 11.589 | 100 |

Quelle: AGP

verbandes „Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft e.V.“ (AGP) machen dabei den Löwenanteil die großen Aktiengesellschaften aus, die – vielfach in jahrzehntelanger Tradition – Belegschaftsaktien an ihre Mitarbeiter ausgeben. Hier nutzen gegenwärtig rund 1,5 Millionen Mitarbeiter in 727 Aktiengesellschaften dieses für beide Seiten komfortable Beteiligungsinstrument. Die Zahlen zeigen aber auch, dass der Verbreitungsgrad von Kapitalbeteiligungsmodellen mit abnehmender Unternehmensgröße sinkt. Grundsätzlich besteht also gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen noch erhebliches Potenzial.

Allerdings besteht offenbar gerade im Mittelstand, und hier besonders in eigentümergeführten Unternehmen und Familienunternehmen, eine latente Skepsis gegenüber Mitarbeiterkapitalbeteiligungen. Ursächlich sind insbesondere Befürchtungen, dass Kapitalbeteiligungsmodelle zu einer Einschränkung der unternehmerischen Unabhängigkeit führen, die – mit Blick auf die Rechtslage unbegründete – Sorge davor, den Mitarbeitern mit Beteiligung gleichzeitig bestimmte Informations- und Mitspracherechte einräumen zu müssen, und nicht zuletzt Bedenken hinsichtlich der Höhe des notwendigen Verwaltungsaufwands.

Die Praxis macht jedoch deutlich, dass diese Skepsis nicht gerechtfertigt ist. Denn diejenigen mittelständischen Unternehmen, die Mitarbeiterkapitalbeteiligungsmodelle eingeführt haben, arbeiten damit ganz überwiegend mit großem Erfolg. Inzwischen sind es über 3.000 Unternehmen. Die Erfahrung

zeigt: Wenn Kapitalbeteiligungsmodelle angeboten werden, nehmen rund die Hälfte aller Mitarbeiter ein solches Angebot an. Oft erreichen Unternehmen 70 bis 80 Prozent ihrer Belegschaft.

Im Ergebnis kann gerade der Mittelstand von einer Kapitalbeteiligung enorm profitieren: Beteiligungsmodelle erhöhen die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit. Qualifizierte Fachkräfte werden stärker an das Unternehmen gebunden. Die Mitarbeiterfluktuation wird reduziert. Der Krankenstand sinkt. Diese Faktoren sind – insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des für Deutschland prognostizierten Fachkräftemangels – von entscheidender Bedeutung für die Ertragskraft der Unternehmen. Wichtige Vorteile, die für eine Mitarbeiterkapitalbeteiligung sprechen, sind auch die Erhöhung der Eigenkapitalquote bzw. – da die vom Mittelstand bevorzugten Mezzanin-Beteiligungen in der Praxis in aller Regel als Fremdkapital ausgestaltet sind – der bankunabhängige Zugang zu Fremdkapital. Denn gerade mittelständische Unternehmen neigen zu einer geringeren Ausstattung mit Eigenkapital, was insbesondere die Refinanzierung von Investitionen erschwert. Auch Nachfolgefragen spielen für mittelständische Unternehmen eine immer wichtigere Rolle. Hier können Kapitalbeteiligungsmodelle der Vorbereitung von Nachfolgeregelungen dienen, wenn sie sich beispielsweise an einen ausgewählten Kreis von Mitarbeitern richten.

Zweifelsohne ist die Einführung eines Kapitalbeteiligungsmodells mit einem gewissen Verwal-

tungs- und Kostenaufwand verbunden. Dabei gilt: Je kleiner das Unternehmen ist, desto höher sind die relativen Kosten je Arbeitnehmer. Dieser Aufwand sollte allerdings stets im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorteilen von Kapitalbeteiligungen gesehen und bewertet werden.

Auch die vielfach bestehenden „strukturellen“ Vorbehalte – namentlich die Angst vor einer zu starken Einmischung der Gewerkschaften durch die „Hintertür“ der Kapitalbeteiligung – sind in aller Regel unbegründet. Sie beruhen oftmals schlicht auf einem falschen Verständnis der Mitarbeiterkapitalbeteiligung.

Die unterschiedlichen Formen der Mitarbeiterkapitalbeteiligung

| Formen | Grundmodelle (Beispiele) | Rechtliche Ausgestaltung: Einflussmöglichkeiten, Verlustrisiken usw. |
|--------------------------------------|---|--|
| Eigenkapitalbeteiligung | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Belegschaftsaktie ▶ GmbH-Beteiligung | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Mitarbeiter haben als Miteigentümer bzw. Mitgesellschafter die gleichen Informations-, Kontroll- und Entscheidungsrechte wie die anderen Eigentümer bzw. Gesellschafter (Ausnahmen sind möglich, z. B. stimmrechtslose Vorzugsaktien) ▶ Beteiligung am Wertzuwachs des Unternehmens ebenso wie an der Gewinnausschüttung entsprechend dem Kapitalanteil ▶ Verlustrisiko in voller Höhe des Eigentumsanteils (aber nicht darüber hinaus), kein Insolvenzschutz |
| Mischformen (Mezzanin-Beteiligungen) | <ul style="list-style-type: none"> ▶ stille Beteiligung ▶ Genussrecht ▶ Genussschein | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Je nach individueller, vertraglicher Ausgestaltung der Eigen- bzw. Fremdkapitalbeteiligung vergleichbar: <ul style="list-style-type: none"> ▶ der wesentliche Einfluss bleibt beim Unternehmer ▶ Ausgestaltung und Höhe der Verzinsung variabel (z. B. Mindestverzinsung und/oder Koppelung an Umsatzrendite) ▶ Verlustbeteiligung ist möglich (in Höhe der stillen Einlage bzw. über Negativzins bei Genussrecht), keine Insolvenzabsicherung |
| Fremdkapitalbeteiligung | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Mitarbeiterdarlehen | <ul style="list-style-type: none"> ▶ begründet ein schuldrechtliches Verhältnis zwischen Beschäftigten (als Gläubigern) und Unternehmen (als Schuldner) ▶ feste Verzinsung ▶ keine gesetzlichen Regelungen für Informations- und Mitspracherechte (diese können ggf. vertraglich geregelt werden) ▶ kein Verlustrisiko (außer im Insolvenzfall), aber auch keine Beteiligung an einem eventuellen Wertzuwachs des Unternehmens ▶ Insolvenzabsicherung die Regel (und zwingend für staatliche Förderung) |
| Mittelbare Beteiligung | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Mitarbeiterbeteiligungsgesellschaft | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Beteiligungsgesellschaft (GmbH oder GbR) zwischengeschaltet ▶ in der Praxis häufiger bei stillen Beteiligungen und GmbH-Beteiligungen der Fall ▶ nur noch indirekte Beteiligung des einzelnen Mitarbeiters |
| Überbetriebliche Beteiligung | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Mitarbeiterbeteiligungsfonds | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Option für kleinere Unternehmen, da relativ geringer administrativer und juristischer Aufwand ▶ Fonds als überbetriebliche „Kapitalsammelstelle“ ▶ aufgrund Anlage in mehreren Unternehmen geringes Verlustrisiko, allerdings nur indirekte Beteiligung des einzelnen Mitarbeiters |

Diese stellt ein freiwilliges Angebot des Unternehmens an die Beschäftigten dar, das das Unternehmen weitgehend frei gestalten kann. Die große Bandbreite möglicher Beteiligungsformen und der diesen immanente individuelle Gestaltungsspielraum sichern die nötige Flexibilität und machen somit „maßgeschneiderte Lösungen“ möglich. Im Ergebnis muss die Kapitalbeteiligung also nicht mit Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten der Beschäftigten einhergehen – aber sie kann es. Eine zwangsweise „Verwässerung“ der Entscheidungshoheit einer inhabergeprägten Unternehmensleitung droht daher nicht. Ebenso wenig ist die Verlustbeteiligung oder ein ungesichertes Insolvenzrisiko ein notwendiges Übel der Kapitalbeteiligung. Die Einzelheiten eines Beteiligungsmodells werden von Unternehmen und Beschäftigten vertraglich festgelegt. Dazu gehören – in allen Fällen – die Höhe der Beteiligung und – je nach gewählter Beteiligungsform – Aspekte wie Verlustbeteiligung, Laufzeiten, Kündigungsbedingungen, Informations- und Kontrollrechte sowie die Verwaltung der Beteiligung. Neben den spezifischen Gegebenheiten im einzelnen Unternehmen kommt es bei der Gestaltung darauf an, welche Zielsetzung das Unternehmen mit der Beteiligung verfolgt. Entscheidend ist die Kommunikation zwischen Management und Belegschaft. Können beide Seiten offen über die mit der Einführung einer Kapitalbeteiligung verknüpften Ziele und eventuell bestehende Vorbehalte sprechen, wird es in aller Regel gelingen, ein attraktives, maßgeschneidertes Beteiligungsmodell zu entwickeln – ob reine Erfolgs- oder Kapitalbeteiligung ist dabei zweitrangig. Gerade in Familienunternehmen mit ihrer traditionell engen Verbundenheit zwischen Unternehmern und Belegschaften sind diese Voraussetzungen vielfach – und weit häufiger als in Großkonzernen – vorhanden. Sie müssen nur adäquat genutzt werden.

Die Praxis zeigt, dass der Mittelstand vor allem zwei Beteiligungsformen nutzt: die stille Beteiligung und Genussrechte. Mehr als 50 Prozent der Unternehmen mit Kapitalbeteiligungsmodellen bevorzugen diese Instrumente. Das ist angesichts ihrer breiten Einsatzmöglichkeiten kaum verwunderlich. Beide Formen sind unabhängig von der Rechtsform prinzipiell für alle Unternehmen geeignet. Sie bieten einen weiten Gestaltungsspielraum im Hinblick auf Haf-

tung, Mitspracherechte, Auszahlungsmodalitäten, Gewinn- und Verlustbeteiligung sowie Verzinsung. Je nach vertraglicher Vereinbarung werden diese so genannten Mezzanin-Beteiligungen entweder dem Eigenkapital oder dem Fremdkapital zugerechnet. Diese Flexibilität der stillen Einlage und des Genussrechts verdeutlicht, dass bestehende Vorbehalte vielfach überwunden werden können.

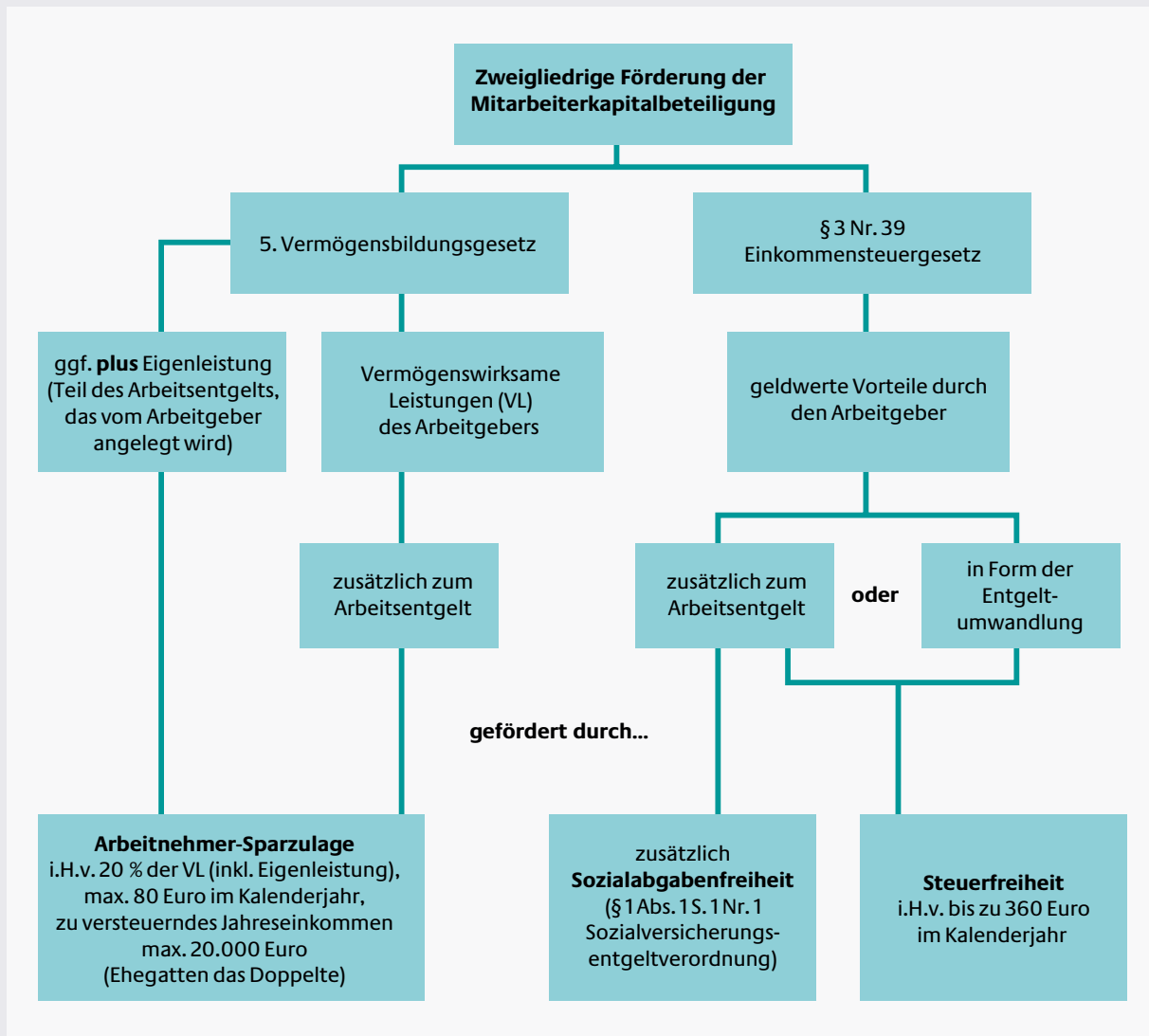
Die staatliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Der Staat unterstützt die Mitarbeiterkapitalbeteiligung auf zwei Wegen: über die Steuer- und Sozialabgabenfreiheit für vom Arbeitgeber gewährte geldwerte Vorteile sowie über die Arbeitnehmer-Sparzulage für vom Arbeitgeber gezahlte vermögenswirksame Leistungen.

Für beide Förderungswege gelten zunächst zwei Grundsätze: Freiwilligkeit und Gleichbehandlung. Es soll weder für die Unternehmen noch für die Beschäftigten einen Zwang zur Teilnahme an Mitarbeiterkapitalbeteiligungen geben. Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung soll nicht in Konkurrenz zur betrieblichen oder privaten Altersvorsorge treten. Ein Angebot zur Beteiligung am Unternehmen muss zudem grundsätzlich allen Mitarbeitern zu gleichen Bedingungen offenstehen. Ist dies nicht der Fall – etwa wenn ein Beteiligungsangebot an einen kleinen Kreis von Mitarbeitern zur Vorbereitung einer Nachfolgeregelung gerichtet wird – entfällt die staatliche Förderung. Den Unternehmen ist es gleichwohl unbenommen, abweichende Modelle zu vereinbaren.

Vom Arbeitgeber gewährte geldwerte Vorteile – also z. B. Belegschaftsaktien oder Genussrechte – sind in Höhe eines gesetzlich festgelegten Höchstbetrages steuer- und sozialabgabenfrei. Der Freibetrag wurde zuletzt 2009 durch das Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz von 135 auf 360 Euro pro Kalenderjahr nahezu verdreifacht.

Zudem können vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers in Kapitalbeteiligungen am arbeitgebenden Unternehmen angelegt werden. Vermögenswirksame Leistungen werden vom Arbeitgeber zusätzlich zum Gehalt gezahlt und können durch



Eigenleistungen des Arbeitnehmers, die durch den Arbeitgeber direkt vom Gehalt abgezogen werden, ergänzt werden. Sie werden mittels Arbeitnehmer-Sparzulage bezuschusst. Auch die Arbeitnehmer-Sparzulage wurde 2009 verbessert: Der Zuschuss beträgt nun 20 Prozent des Anlagebetrages. Bei einem förderfähigen jährlichen Höchstanlagebetrag von 400 Euro beträgt sie damit bis zu 80 Euro pro Kalenderjahr. Gleichzeitig wurde die jährliche Einkommensgrenze für die Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage auf 20.000 Euro bei Ledigen bzw. 40.000 Euro bei zusammen veranlagten Ehegatten (bei doppelter Zulage) erhöht.

Die staatliche Förderung – Reformpotenzial

Das Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz trat am 1. April 2009 in Kraft. Ziel des Gesetzes war es, der Mitarbeiterkapitalbeteiligung durch stärkere steuerliche Anreize und die Einführung eines neuen Beteiligungsmodells – den so genannten Mitarbeiterkapitalbeteiligungs-Fonds – neuen Schwung zu verleihen.

Nach nunmehr zwei Jahren liegen erste Erfahrungen vor. Diese müssen freilich vor dem Hintergrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieses Zeitraums bewertet werden; denn

im April 2009 befand sich die Finanzkrise auf ihrem Höhepunkt. Gleichwohl sind die Erfahrungen mit dem Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz in Teilen durchaus ermutigend. Es wird aber auch deutlich, dass Nachbesserungsbedarf besteht.

Weiterhin nur eingeschränkte Förderung der Entgeltumwandlung

Auch nach Inkrafttreten des Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetzes waren Entgeltumwandlungen von der steuerlichen Förderung ausgeschlossen. Kapitalbeteiligungen mussten den Mitarbeitern „zusätzlich“ zum geschuldeten Lohn gewährt werden; dies war für Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine kaum zu überwindende Hürde. Die Bundesregierung hat hierauf inzwischen reagiert. Nunmehr können auch bestehende Lohnansprüche – bei voller Wahrung des Freiwilligkeitsprinzips für beide Seiten – in Beteiligungen umgewandelt werden. Allerdings greift für Entgeltumwandlungen lediglich der Steuervorteil; Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen aber weiterhin Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen jedoch, dass die Steuerfreiheit in aller Regel nicht genügend Anreize setzt, damit Arbeitnehmer auf die Auszahlung von Teilen ihres Lohnes verzichten. Im Hinblick auf die positiven Aspekte von Mitarbeiterbeteiligungen und das überschaubare Volumen der zu erwartenden Einnahmeausfälle in der Sozialversicherung sollte daher eine Anpassung des Sozialrechts an das Steuerrecht für Entgeltumwandlungen geprüft werden. Dies wäre auch ein Beitrag zur Entbürokratisierung und Rechtsvereinfachung.

Attraktivität der Mitarbeiterbeteiligungs-Sondervermögen

Um die Verbreitung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen auszubauen und gleichzeitig das mit einer Kapitalbeteiligung normalerweise für die Beschäftigten verbundene „doppelte Risiko“ von Kapital- und Arbeitsplatzverlust zu mindern, hat die Bundesregierung mit dem Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz ein neues Anlageprodukt eingeführt: das Mitarbeiterbeteiligungs-Sondervermögen („Mitarbeiterkapitalbeteiligungs-Fonds“). Diese Fonds werden von professionellen Fondsmanagern für Arbeitnehmer aufgelegt, deren Arbeitgeber ihnen geldwerte Vorteile zum

Erwerb von Fondsanteilen gewähren. Solche Fonds sollen es insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen ermöglichen, Mitarbeiter außerhalb des eigenen Betriebs unternehmerisch zu beteiligen. Zwar ist die Bindungswirkung der Mitarbeiter an „ihr“ Unternehmen dadurch geringer als bei einer Direktbeteiligung, doch auch hier profitieren beide Seiten von den Vorteilen: die Mitarbeiter von der mit der Fondsanlage einhergehenden Risikostreuung und die Unternehmen von dem mit dem externen Fondsmanagement verbundenen geringeren Verwaltungs- und Kostenaufwand.

Bislang haben sich die Mitarbeiterkapitalbeteiligungs-Fonds allerdings in der Praxis nicht durchsetzen können – kein einziger dieser neuen Fonds wurde bisher aufgelegt. Hier besteht zweifellos Nachbesserungsbedarf, damit der Mitarbeiterkapitalbeteiligungs-Fonds künftig seine ihm zugedachte Rolle als Kapitalbeteiligungsmodell des Mittelstandes ausfüllen kann. Zunächst ist zu klären, warum das Fondsmodell in seiner derzeitigen Form vom Markt nicht angenommen wird. Hauptansatzpunkt sind die gesetzlichen Beschränkungen für Fondsmanager hinsichtlich des Anlegerkreises und in Bezug auf die Anlage- bzw. Beteiligungsmöglichkeiten. So muss ein Mitarbeiterkapitalbeteiligungs-Fonds einen bestimmten Anteil seiner Gelder in die beteiligten Unternehmen investieren. Dies ist im Grundsatz nicht infrage zu stellen, schließlich liegt ein Vorteil der Mitarbeiterkapitalbeteiligung darin, den Unternehmen Kapital der eigenen Belegschaft zuzuführen, damit diese insofern auf eine Fremdkapitalisierung verzichten können. Eine Stellschraube könnte allerdings die gesetzlich vorgeschriebene Mindesthöhe des in die beteiligten Unternehmen zu (re-)investierenden Kapitals sein.

Ein weiterer Aspekt könnte sich beim Anlegerkreis bieten: Allgemein liegt einer der Vorteile von Investmentfonds in der so genannten Losgrößentransformation, d. h. Anleger können schon mit geringen Beiträgen Chancen auf komplexen Wertpapier- oder anderen Märkten nutzen. Voraussetzung ist aber immer, dass der Fonds selbst ein gewisses Kapitalvolumen erreicht, damit ein vernünftiges Verhältnis von Ertragschancen und Kosten gewährleistet ist. Die Mitarbeiterbeteiligungs-Fonds sind gesetzlich allerdings auf die begünstigten Arbeitnehmer als Anleger be-

schränkt. Womöglich hindert diese Beschränkung die Fonds daran, das notwendige Kapitalvolumen zu erreichen. Eine Öffnung des Anlegerkreises der Fonds für Dritte könnte beispielsweise ein Mittel sein, diese Schwelle zu überwinden. Entscheidend wird jedoch sein, dass Dritte genügend Anreize haben, in Mitarbeiterbeteiligungs-Fonds zu investieren.

Mehr Möglichkeiten der Differenzierung bei den teilnehmenden Mitarbeitern

Gerade bei mittelständischen Unternehmen könnte der weitere Abbau bürokratischer Hürden helfen, Vorbehalte gegen die Mitarbeiterkapitalbeteiligung abzubauen. Aus der Praxis wird insbesondere die strenge Gleichbehandlungsvorgabe als übermäßig restriktiv kritisiert. Momentan müssen Unternehmen – wollen sie für ihre Mitarbeiter die staatliche steuerliche Förderung sicherstellen – alle Mitarbeiter in ein Kapitalbeteiligungsmodell einbeziehen, die ein Jahr oder länger für das Unternehmen tätig sind. Eine weniger strenge Vorgabe, beispielsweise eine Betriebszugehörigkeit von zwei oder drei Jahren, würde Unternehmen die zusätzliche Möglichkeit geben, über das Kapitalbeteiligungsmodell eine lange Betriebszugehörigkeit zu belohnen.

Fazit

Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ist – richtig eingesetzt und auf die Gegebenheiten des jeweiligen Unternehmens abgestimmt – ein modernes und komfortables Instrument, das zahlreiche Vorteile für Unternehmen und Mitarbeiter bietet.

Gerade mittelständische Unternehmen stehen der Einführung eines Kapitalbeteiligungssystems zurückhaltend gegenüber. Dies ist angesichts der

beachtlichen Flexibilität der zur Auswahl stehenden Beteiligungsmodelle in aller Regel unbegründet. Tatsächlich bieten Kapitalbeteiligungsmodelle gerade für mittelständische Unternehmen enorme Potenziale, gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter langfristig an das Unternehmen zu binden und sich damit einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.

Zweifelsohne können auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen weiter optimiert werden. Der Gesetzgeber hat bereits im Jahr 2009 reagiert und mit dem Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz notwendige Reformen auf den Weg gebracht. Die Möglichkeit der Entgeltumwandlung erlaubt es nun, staatliche Förderung auch dann zu erhalten, wenn die wirtschaftliche Situation eines Unternehmens eine Kapitalbeteiligung zusätzlich zum Gehalt nicht erlaubt, den Beschäftigten aber dennoch die Chance gegeben werden soll, sich mit eigenem Kapital am Unternehmen zu beteiligen. Die neu geschaffenen Mitarbeiterbeteiligungs-Fonds bieten grundsätzlich gerade für kleinere Unternehmen interessante überbetriebliche Beteiligungsmöglichkeiten. Beide Reformmaßnahmen haben jedoch bislang – unter schwierigen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch aufgrund struktureller Mängel – in der Praxis nicht den erhofften Erfolg erzielen können. Diese Schwächen gilt es in weiteren Reformschritten abzustellen.

Entscheidend wird es darauf ankommen, dass Unternehmen und Unternehmer ebenso wie die Gewerkschaften die Mitarbeiterkapitalbeteiligung künftig stärker als bisher als ein mit vielen Vorteilen verbundenes Instrument der Unternehmens- und Mitarbeiterpolitik verstehen und entsprechend nutzen.

Kontakt: Dr. Sven Sattler

Deutschlands Nationales Reformprogramm 2011: auf dem Weg ins erste Europäische Semester

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben im Juni 2010 eine neue Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum beschlossen – Europa 2020. Neben der inhaltlichen Neuausrichtung der Leitlinien für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind damit auch bedeutende Änderungen in der Koordinierung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden. Mit dem deutschen Nationalen Reformprogramm 2011 stellt die Bundesregierung dar, wie sie mit ihrer Strategie zum Erreichen der europäischen Ziele und zur Stabilität in Europa beiträgt. Zugleich macht der Bericht deutlich, dass Deutschland nach Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise sein langfristiges Wachstumspotenzial durch weitere Reformen stärken muss.

Die Ziele der Europa-2020-Strategie

Die Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung bilden das inhaltliche Fundament der Europa-2020-Strategie. Diese Leitlinien sind bereits seit dem Vertrag von Amsterdam – damals noch getrennt als Beschäftigungspolitische Leitlinien und Grundzüge der Wirtschaftspolitik – Bestandteil des EU-Vertragswerks. Sie wurden vom Europäischen Rat erstmals 2005 zu Integrierten Leitlinien zusammengefasst. In der aktuellen Fassung, die der Europäische Rat im Sommer 2010 gebilligt hat, wurden die Leitlinien nochmals gestrafft und fokussiert. Sie geben den Rahmen für die Durchführung und Priorisierung der mittel- und langfristigen Reformen in Europa vor (vgl. Kasten 1). Einen besonderen neuen Schwerpunkt (Leitlinien 2 und 3) bildet dabei das Thema Wettbewerbsfähigkeit und Ungleichgewichte.

Um die Aufmerksamkeit für die Strategie Europa 2020 zu steigern und ihre Umsetzung besser zu überwachen, wurden für fünf der zehn Leitlinien quantifizierte „Kernziele“ herausgestellt. An deren Erreichen bis 2020 soll sich der Erfolg der Strategie messen lassen. Die fünf neuen Kernziele lauten verkürzt:¹

- 1) eine Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen von 75 Prozent (vgl. Leitlinie 7)
- 2) ein Anteil der FuE-Ausgaben am BIP von drei Prozent (vgl. Leitlinie 4)
- 3) eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent (bzw. 30 Prozent) gegenüber 1990; eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent; eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent (vgl. Leitlinie 5)
- 4) eine Verringerung der Schulabbrecherquote auf unter zehn Prozent; Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 Prozent (vgl. Leitlinie 9)
- 5) eine Senkung der Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Personen um mindestens 20 Millionen (EU-weit) (vgl. Leitlinie 10)

Diese Ziele gelten für die Europäische Union als Ganze. Unverändert ist, dass die Mitgliedstaaten ihre entsprechenden nationalen Ziele selbst festlegen, da die Ausgangsbedingungen in den Mitgliedstaaten unterschiedlich sind.

Der Euro-Plus-Pakt: zusätzliche inhaltliche Richtschnur

Als weitere inhaltliche Orientierung für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Europa ist im März 2011 der auf deutsche und französische Initiative hin beschlossene Euro-Plus-Pakt hinzugekommen. Kerngedanke des Paktes ist, dass auf höchster politischer Ebene Reformvorhaben vereinbart werden, die innerhalb der folgenden zwölf Monate umgesetzt werden und zu spürbaren Verbesserungen in den vier Kernbereichen des Paktes (Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, Stabilität des Finanzsektors) führen sollen. Es wurde vereinbart, dass die Mitgliedstaaten den entsprechenden Maßnahmenkatalog in ihren Nationalen Reformprogrammen vorlegen. Das Deutsche Aktionsprogramm 2011 für den Euro-Plus-Pakt ist somit auch Bestandteil des Nationalen Reformprogramms 2011.

1 Die ausführlicher formulierten Ziele finden sich in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 17. Juni 2010: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/115364.pdf

Kasten 1: Die Integrierten Leitlinien

Die grundsätzlichen drei Prioritäten der EU-2020-Strategie – die Förderung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum – werden durch die so genannten Integrierten Leitlinien konkretisiert. Diese zehn Leitlinien präzisieren in den Bereichen Wirtschaftspolitik (Leitlinien 1 bis 6) und Beschäftigungspolitik (Leitlinien 7 bis 10) die Ziele der EU-2020-Strategie und die Schritte zur Implementation der Strategie. Diesen Leitlinien sollen die Mitgliedstaaten bei der Formulierung ihrer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik Rechnung tragen.

Grundzüge der Wirtschaftspolitik:

- Leitlinie 1: Gewährleistung der Qualität und langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen
- Leitlinie 2: Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte
- Leitlinie 3: Abbau von Ungleichgewichten in der Eurozone
- Leitlinie 4: Optimierung der FuE- sowie der Innovationsförderung, Stärkung des Wissensdreiecks und Freisetzung des Potenzials der digitalen Wirtschaft
- Leitlinie 5: Verbesserung der Ressourceneffizienz und Abbau der Treibhausgasemissionen
- Leitlinie 6: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Verbraucher und Modernisierung der industriellen Basis

Beschäftigungspolitische Leitlinien:

- Leitlinie 7: Erhöhung der Beschäftigungsquote und Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit
- Leitlinie 8: Heranbildung von Arbeitskräften, deren Qualifikationen den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen, Förderung des lebenslangen Lernens
- Leitlinie 9: Steigerung der Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zur Hochschulbildung
- Leitlinie 10: Bekämpfung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Armut

Das Europäische Semester: Optimierung des Berichtswesens im Haushaltszyklus

Mit Europa 2020 wurde auch die wirtschaftspolitische Koordinierung in der Europäischen Union neu ausgerichtet und gestärkt. Dazu wurde ein neuer Ablaufplan für die Koordinierung, das so genannte Europäische Semester, eingeführt. Die Kernidee ist die bessere Abstimmung der unterschiedlichen EU-Berichtsinstrumente aufeinander, aber auch eine stärkere Fokussierung der dahinterstehenden politischen Reformvorhaben. Dazu wurden die Termine für die Vorlage der Berichte besser in die nationalen politischen Prozesse der Haushaltsaufstellung eingepasst: Die Nationalen Reformprogramme (NRP), die die Reformen der Mitgliedstaaten qualitativ darlegen, werden synchron mit den Stabilitäts- und Wachstumsprogrammen erarbeitet, die diese strukturellen

Reformen haushaltspolitisch abbilden. Die NRP und die Stabilitätsprogramme sollen nunmehr gleichzeitig im April eines jeden Jahres vorgelegt werden. Mit diesem Gleichlauf von NRP und Stabilitätsprogrammen wird die bis 2009 praktizierte Unterscheidung zwischen strategischen NRP (alle drei Jahre) und jährlichen Umsetzungsberichten aufgegeben. Nunmehr ist die nationale Strategie jährlich fortzuschreiben und über ihre Umsetzung zu berichten. Die Bewertungen der Nationalen Programme durch die europäische Ebene (EU-Kommission und Rat) sind dann von den Mitgliedstaaten in ihrer Reformagenda im Herbst bei der Haushaltsaufstellung für das Folgejahr zu berücksichtigen.

Der erste Sechsmonatszyklus des Europäischen Semesters hat im Januar 2011 begonnen. Als Auftakt dazu wurde von der EU-Kommission der so genannte Jahreswachstumsbericht vorgelegt („Annual Growth

Tabelle 1: Zeitlicher Ablauf des ersten Europäischen Semesters 2011

| | |
|-------------------|--|
| Januar 2011 | Vorlage des ersten Jahreswachstumsberichtes durch die EU-Kommission mit „horizontalen Empfehlungen“ |
| 24./25. März 2011 | Sitzung des Europäischen Rates und Verabschiedung finaler inhaltlicher Punkte zum NRP und Stabilitätsprogramm |
| April 2011 | Mitgliedstaaten reichen die Nationalen Reformprogramme und Stabilitätsprogramme in Brüssel ein |
| Mai/Juni 2011 | Vorlage der länderspezifischen Politikempfehlungen durch die EU-Kommission auf Basis der eingereichten Programme, sodann Beratung in den Ministerräten |
| 24. Juni 2011 | Billigung der länderspezifischen Empfehlungen durch den Europäischen Rat |
| 2. Halbjahr 2011 | Implementierung der in den Programmen dargelegten Politikmaßnahmen auf Basis des EU-Feedbacks |

Survey“). Er beinhaltet vor allem eine Einschätzung über die jeweiligen wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen der Mitgliedstaaten mit entsprechenden Politikempfehlungen. Dabei werden aus Sicht der EU-Kommission aktuelle wirtschafts- und finanzpolitische Prioritäten festgelegt, jedoch ohne explizit einzelne Mitgliedstaaten anzusprechen (so genannte horizontale Empfehlungen). Die Mitgliedstaaten präsentieren darauf aufbauend sodann ihre mittelfristige Haushaltsplanung (Stabilitätsprogramm) und die wirtschaftspolitische Agenda (NRP) zur Erreichung der EU-2020-Ziele. Der Feedback-Prozess wird im Sommer durch die Stellungnahme der EU-Kommission zu den eingereichten Programmen eingeleitet. Die darin enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen werden dann in den Ministerräten beraten und schließlich vom Europäischen Rat gebilligt. Das zweite Halbjahr ist im Zyklus der Europäischen Semester für die Implementierung der in den NRP und Stabilitätsprogrammen dargelegten Politikschritte vorgesehen.

Das deutsche Nationale Reformprogramm 2011

Bereits im November 2010 wurde ein vorläufiger NRP-Entwurf an die EU-Kommission übermittelt, um der EU-Kommission den Start in das Europäische Semester zu erleichtern. Die Erarbeitung des eigentlichen deutschen Nationalen Reformprogramms begann im Dezember 2010 mit ersten Abstimmungsschritten innerhalb der Bundesressorts und mit den Bundesländern. Sozialpartner wurden angehört. Im Wesentlichen war die Texterstellung im März 2011 mit Ressorts und Ländern abgestimmt, so dass das Programm am 6. April im Bundeskabinett beraten und verab-

schiedet werden konnte. Vor der Übersendung nach Brüssel fand zudem eine Beratung des Bundesrates über das Programm statt. Das deutsche Nationale Reformprogramm 2011 wurde danach am 18. April an den Präsidenten der Europäischen Kommission übersandt.

In seiner Gesamtheit stellt das Nationale Reformprogramm 2011 eine wirtschaftspolitische Agenda dar, die voll und ganz im Einklang mit der Europa-2020-Strategie steht. Sie ist vor allem darauf ausgerichtet, den aktuell starken wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland zu nutzen, um das langfristige Wachstumspotenzial zu stärken. Nach den Krisenbewältigungsmaßnahmen im Zeichen der Finanzmarktkrise sollte das Augenmerk wieder verstärkt auf mittel- und langfristig angelegte strukturelle Reformen gelegt werden.

Als Ausgangsbasis enthält das NRP 2011 zunächst ein gesamtwirtschaftliches Szenario für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft bis 2015, das im Wesentlichen auf der Jahresprojektion der Bundesregierung vom Januar 2011 basiert. Danach wird deutlich, dass die deutsche Wirtschaft die Krisenzeiten schneller und deutlicher als von vielen erwartet hinter sich gelassen hat und inzwischen wieder solide Wachstumswerte vorweisen kann. Die deutschen Unternehmen sind mit einer hervorragenden Wettbewerbsfähigkeit global gut positioniert, und Deutschland leistet einen erheblichen Beitrag zur Wachstumsdynamik in ganz Europa. Besonders erfreulich ist die gute Beschäftigungsentwicklung: Heute sind so viele Menschen beschäftigt wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Die inzwischen vorliegende Frühjahrsprojektion der Bundesregierung fällt sogar noch etwas

günstiger aus und untermauert damit diese Kernbotschaft.

Positive Arbeitsmarktentwicklung erlaubt ambitioniertes Beschäftigungsziel

Die günstige Wirtschaftsentwicklung wirkt sich entsprechend positiv für Deutschland aus, wenn es darum geht, die EU-2020-Kernziele zu erreichen bzw. durch noch ehrgeizigere nationale Zielsetzungen zu übertreffen. Deutschland wird sich in den Bereichen Innovations- und Forschungsförderung, Klima und Energie, Bildung und Armutsreduzierung weitgehend an den gemeinsamen EU-Zielen orientieren. Auf dem Feld der Beschäftigungsförderung wird die Bundesregierung aber sogar einen deutlichen Schritt weiter gehen. Im Einzelnen sind die gemeinsamen EU-2020-Ziele und deren Übertragung in nationale Ziele Tabelle 2 zu entnehmen.

Der bereits erwähnte Maßnahmenkatalog im Rahmen des Euro-Plus-Paktes und die darüber hinaus dargestellten politischen Initiativen zur Erreichung der obigen Ziele bilden das Kernstück des Nationalen Reformprogramms. Aufgrund der föderalen Verfassung der Bundesrepublik sind dies nicht nur Maßnahmen des Bundes, sondern – vor allem im Bildungsbereich, aber auch in bestimmten beschäftigungspolitischen Fragen – ebenfalls Initiativen der Bundesländer.

NRP deckt eine Vielzahl von Politikbereichen ab

Die Einzelmaßnahmen zur Erreichung der Ziele des Euro-Plus-Paktes und der Europa-2020-Ziele erstrecken sich über eine Vielzahl von Politikbereichen. Dabei wird explizit auf jene für Deutschland spezifischen Herausforderungen eingegangen, die 2010 mit Start der EU-2020-Strategie von der EU-Kommission identifiziert wurden.

Tabelle 2: Umsetzung der EU-2020-Kernziele in nationale deutsche Ziele

| | EU-2020-Kernziel | nationales deutsches Ziel |
|--------------------------------------|---|---|
| Beschäftigung | Erhöhung der Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen auf 75 % | 77 % Stand 2009: 74,8 % außerdem: Zielquoten für 55- bis 64-Jährige (60 %) und Frauen (73 %) |
| F&E und Innovation | Erhöhung des Anteils der FuE-Ausgaben am BIP auf 3 % | 3 % Stand 2009: 2,8 % außerdem: 10 % für Bildung und Forschung bis 2015 |
| Klimawandel/Energie | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % (oder sogar um 30 %, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind) gegenüber 1990 ▶ Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % ▶ Steigerung der Energieeffizienz um 20 % | <ul style="list-style-type: none"> ▶ 40 % bis 2020 Stand 2009: 26,4 % außerdem: 80 bis 95 % bis 2050 ▶ 18 % bis 2020 Stand 2009: 10,3 % außerdem: 60 % bis 2050 ▶ Primärenergieverbrauch -20 % bis 2020 außerdem: -50 % bis 2050; gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität: + 2,1 % p. a. |
| Bildung | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Verringerung der Schulabbrecherquote auf unter 10 % ▶ Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 % | <ul style="list-style-type: none"> ▶ unter 10 % Stand 2009: 11,1 % ▶ 42 % Stand 2009: 40,7 % |
| Armut und soziale Ausgrenzung | Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Personen soll um mindestens 20 Millionen (EU-weit) gesenkt werden. | Reduzierung der Langzeitarbeitslosen um 20 % bis 2020 (= 660.000 weniger Personen in Erwerbslosenhaushalten) |

Schwerpunkte bilden

► **die Strategie einer wachstumsorientierten Konsolidierung der öffentlichen Finanzen**

Die Konsolidierung der deutschen öffentlichen Haushalte ist – verglichen mit anderen EU-Mitgliedern – schon relativ weit vorangekommen. Schon in diesem Jahr soll wieder die Maastricht-Defizitgrenze von drei Prozent des BIP eingehalten werden. Vor allem auf der Ausgabenseite werden sinnvolle Neujustierungen vorgenommen (z. B. ausgewogene und wachstumsfreundliche Einsparungen im Rahmen des Zukunftspakets, Reform der gesetzlichen Krankenversicherung). Gezielte und dabei aber finanziell gestraffte Fördermaßnahmen sollen zusätzliche Wachstumsimpulse setzen (z. B. Hightech-Strategie, Förderung der Elektromobilität).

► **die Stabilisierung des Finanzsektors**

Die Finanzkrise hat zahlreiche Mängel hinsichtlich Transparenz, Kontrolle und Anreizstrukturen im Finanzsektor offenbart. Ertragschancen und Haftungsrisiken müssen wieder in ein ausgeglichenes Verhältnis gebracht werden. Dazu gehört unter anderem, dass potenzielle Restrukturierungen im Bankensektor von den Banken vorrangig selbst über den Aufbau eines Fonds finanziert werden und dass sie strikteren Eigenkapitalvorschriften unterworfen werden.

► **Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs und der Binnennachfrage**

Der aktuelle Wirtschaftsaufschwung wird vor allem von der Binnennachfrage getragen: Bereits im Jahr 2010 trug sie in Deutschland etwa zwei Drittel zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei; dieses Jahr dürfte es noch mehr sein. Um die Wachstumskräfte im Inland weiter zu stärken, ist vor allem ein investitionsfreundliches Umfeld notwendig. Dazu dienen Maßnahmen wie ein weiterer Abbau von Bürokratie, Vorhaben zur Steuervereinfachung sowie eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Daneben finden sich Initiativen zum wettbewerbsorientierten Ausbau von Infrastrukturen im Energie- und im Telekommunikationsbereich (Energiekonzept und Breitbandstrategie).

► **Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit**

Mit den sich abzeichnenden demografischen Veränderungen wird der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung in Zukunft abnehmen. Damit das sinkende Arbeitskräftepotenzial nicht eines Tages zu einem Engpass und zu einer Wachstumsbremse wird, zielt die Politik der Bundesregierung vor allem darauf, breiteren Bevölkerungsgruppen, die derzeit Schwierigkeiten bei der Arbeitsaufnahme haben, vermehrt die Möglichkeit einer Beschäftigung zu bieten. Schwerpunkte dabei bilden die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre, eine bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, unter anderem durch einen Ausbau der Kinderbetreuung und familienfreundliche Arbeitszeiten, sowie bessere Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

► **Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems**

Der Bereich Bildung ist ein zentrales Zukunftsthema für Deutschland. Zur Sicherung der deutschen Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit und vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen sind Ausgaben für Bildung zweifellos Zukunftsinvestitionen. Daher wurde der Forschungs- und Bildungsbereich explizit von den laufenden Sparanstrengungen ausgenommen. Vielmehr werden in diese beiden Bereiche in den Jahren 2010 bis 2013 insgesamt zwölf Milliarden Euro zusätzlich investiert. Die Politikmaßnahmen im Bildungsbereich sind sehr vielfältig und konzentrieren sich vor allem auf die Aus- und Weiterbildung in allen Lebensphasen. Dies reicht von der Verbesserung der schulischen Bildung über die noch einmalige Verlängerung des Ausbildungs paktes bis hin zu vielfältigen Initiativen zur Verbesserung der universitären Bildung (z. B. Exzellenzinitiative, Stipendienprogramme, BAföG-Anhebung).

Fazit

Das Nationale Reformprogramm 2011 hat zwei Kernbotschaften: Zum einen hat die Bundesregierung einen wirtschaftspolitischen Fahrplan vorgelegt, der die europäischen Ziele ernst nimmt und sie zu einer wichtigen Richtschnur der eigenen Wirtschaftspolitik macht. Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilität in Europa und zur Stärkung der

europäischen Institutionen. Zum anderen wird deutlich, dass sich Deutschland nach der Krise erfreulich gut aufgestellt sieht und mit Optimismus nach vorn blicken kann. Der aktuelle Aufschwung bietet die Möglichkeit, wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen, um das langfristige Wachstumspotenzial zu stärken. Die Bundesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten.

Kontakt: Matthias Pannhorst

THESEUS für den Mittelstand

THESEUS, der Held der Antike, der sich mittels des Fadens der Ariadne im Labyrinth des Palastes von Knossos gut orientieren konnte, ist der Namensgeber für ein wichtiges Technologieprojekt der Bundesregierung. Auch im „Labyrinth des weltweiten Web“ kommt es darauf an, sich zurechtzufinden. THESEUS stellt Dienste für das Internet der Zukunft zur Verfügung, die auf das zielgenaue Suchen, Finden und Verwerten von Informationen ausgerichtet sind.

THESEUS ist im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) das größte Technologieprojekt der Bundesregierung. Auf dem ersten Nationalen IT-Gipfel Ende 2006 wurde THESEUS als Leuchtturmprojekt beschlossen und Mitte 2007 gestartet. Mittlerweile entwickeln 60 Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft unter dem Dach von THESEUS neue Technologien für das Internet der Dienste. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie fördert THESEUS mit rund 100 Millionen Euro während der Projektlaufzeit von 2007 bis 2012. Zusätzliche 100 Millionen Euro werden von den Konsortialpartnern eingebracht. Im Jahr 2009 wurde THESEUS um die Initiative MITTELSTAND erweitert. Hier können kleine und mittlere Unternehmen THESEUS-Entwicklungen erproben und für ihre Dienste und Produkte nutzen. Aufgrund der großen technologiepolitischen Bedeutung ist THESEUS sowohl in der Hightech-Strategie als auch in der IKT-Strategie „Deutschland Digital 2015“ der Bundesregierung verankert (<http://www.theseus-programm.de>).

Entwicklung neuer Internet-Technologien

Ziel von THESEUS ist die Entwicklung und Erprobung neuer Internet-Technologien für das zukünftige Internet der Dienste. Um den Zugang zu Informationen zu vereinfachen und Daten zu neuem Wissen zu vernetzen, werden insbesondere so genannte semantische Technologien entwickelt, die die inhaltliche Bedeutung der Informationen von Wörtern, Bildern und Tönen erkennen und einordnen. Die Anwendungsmöglichkeiten von THESEUS-Technologien sind vielfältig. Sie kommen etwa beim Aufbau der Deutschen Digitalen Bibliothek zum Einsatz. THESEUS liefert damit einen Beitrag zur Wahrung des kulturellen Erbes. THESEUS-Entwicklungen können aber z. B. auch für die Auswertung von medizinischen Bilddaten

eingesetzt werden. Verfahren zur automatischen Erkennung von Knochen, Gefäßen oder Organen werden kombiniert mit der Analyse von ähnlichen Bildern und Behandlungsberichten. Das erleichtert den Radiologen die Arbeit enorm.

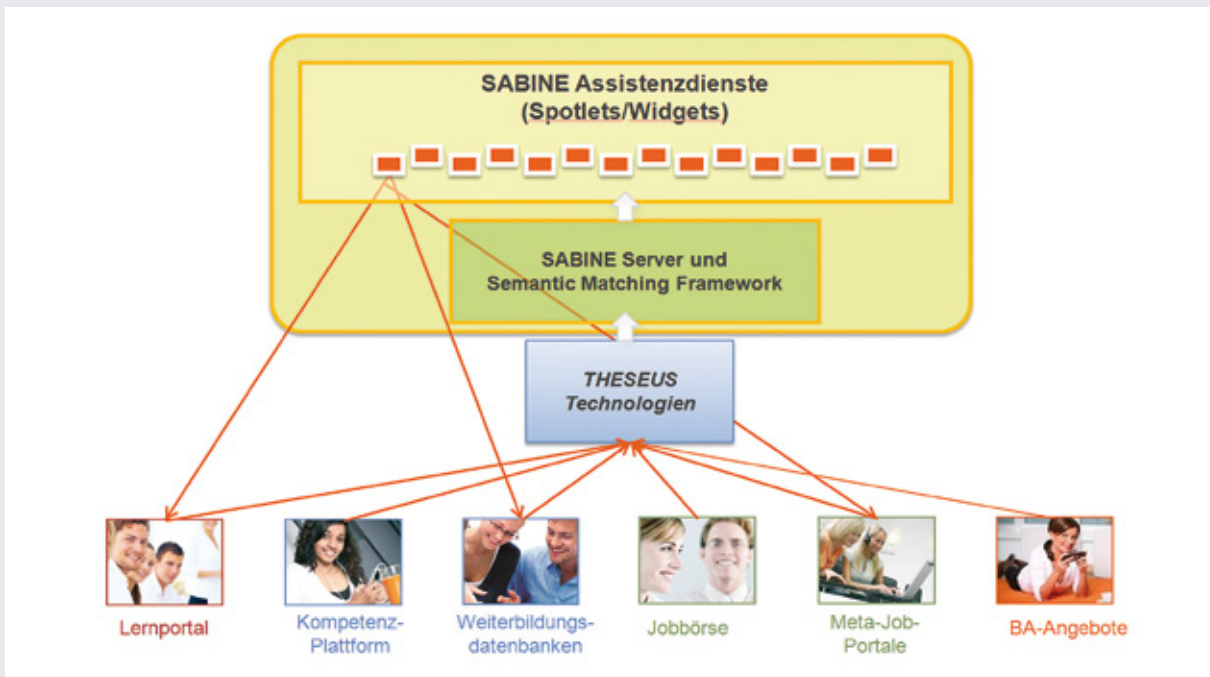
Im Rahmen von THESEUS wurde außerdem ein Standard entworfen, der die Beschreibung von web-basierten Diensten vereinheitlicht. Dadurch wird es möglich, dass verschiedene Dienste eindeutig identifiziert, leicht miteinander verknüpft und einfacher kombiniert werden können. Bei der internationalen Standardisierungsorganisation für das Internet (W3C) wird der Vorschlag unter der Bezeichnung „Unified Service Description Language“ (USDL) geführt und in einer speziellen Arbeitsgruppe (Incubator Group) weiterentwickelt.

Initiative THESEUS MITTELSTAND

Deutschland ist ein Land der Ideen. Die Ausnutzung von Vermarktungschancen ist allerdings deutlich verbesserungsfähig. Im Vergleich mit den USA oder den aufstrebenden asiatischen Ländern sind deutsche Unternehmen oft nicht schnell genug bei der



Arbeitsplatzunterstützung für Radiologen aus dem THESEUS-Projekt MEDICO



Assistenzdienste für die Jobsuche im THESEUS-Mittelstandsprojekt SABINE

Umsetzung der vielen guten Forschungsergebnisse in neue Produkte und Dienste. Die Entwicklung des MP3-Players in Deutschland und seine Vermarktung in den USA und Asien werden hier oft als Beispiel angeführt.

Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind dank ihrer Flexibilität wichtige Innovationstreiber und bei der Erschließung neuer Märkte besonders kreativ. Ihnen fehlen allerdings oft Ressourcen für Forschung und Entwicklung sowie Kontakte zu den Forschungseinrichtungen. Um den Technologietransfer von der Forschung in die Wirtschaft zu beschleunigen, sind Kooperationen zwischen Mittelstand, Industrie und Forschungseinrichtungen besonders wichtig. Aus diesem Grund ist im THESEUS-Programm eine Initiative gestartet worden, um kleine und mittlere IT-Anwender schon während der Projektlaufzeit mit ins Boot zu holen.

Mit THESEUS MITTELSTAND erhalten kleine und mittlere Unternehmen aus Deutschland die Möglichkeit, die THESEUS-Technologien frühzeitig zu erproben und in neue Produkte und Verfahren umzusetzen. Der frühzeitige Transfer von wissenschaftlichen Ergebnissen in die mittelständische Wirtschaft ver-

bessert die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen, gleichzeitig werden Nachahmungs- und Multiplikatoreffekte gestärkt. Diese Mittelstandsinitiative hat das THESEUS-Forschungsprogramm um zwölf zusätzliche KMU-geführte Anwendungsprojekte und rund 30 überwiegend kleine und mittelständische Partner erweitert. Einige Entwicklungen werden im Folgenden beispielhaft erläutert.

SABINE – Semantische Assistenzdienste für die Arbeitswelt

„Ein BWL-Student hat gerade sein Studium abgeschlossen und eine interessante Stellenanzeige in einer Job-Börse entdeckt. Ihm fehlt zwar die geforderte Medienkompetenz, doch hierzu gibt es bestimmte Weiterbildungsangebote. Er macht sich auf die Suche im Internet.“ Solchen oder ähnlichen Problemstellungen widmet sich das Projekt SABINE.

Im THESEUS-Projekt SABINE werden Assistenzdienste rund um die Jobsuche entwickelt. Aufbauend auf semantischen Basistechnologien aus THESEUS werden in SABINE Lebenslauf, beruflicher Werdegang, berufliche Ziele und Zeugnisse automatisch ausgewertet. Daraufhin sucht SABINE passende Stellen-

angebote. Auch offene Informationen aus sozialen Netzwerken werden in die Suche einbezogen. Zusätzlich werden weitere Dienste angeboten, wie zum Beispiel die Ergänzung fehlender Kompetenzen durch Weiterbildungsangebote. Der Jobsuchende muss sich nur noch das ausgewählte Weiterbildungsangebot in den Warenkorb legen – fertig. Lernen muss er allerdings noch selbst!

Die Assistenzdienste sind nicht nur für Arbeitnehmer interessant. Auch Arbeitgeber oder Vermittler, wie Personalagenturen, Zeitarbeitsfirmen, Arbeitsagenturen und Bildungsanbieter, können hieraus Nutzen ziehen, da mit SABINE-Assistenzdiensten das Zusammenspiel aller Bereiche des Personalmanagements unterstützt wird.

MEDIAGLOBE – Das digitale Archiv

In deutschen Archiven liegen Millionen Filmstunden, oft verborgen, doch von großer historischer Bedeutung und voller Emotionen. Sie sind Kulturerbe. MEDIAGLOBE hebt diese verborgenen Schätze.

Wer sagte: „Wir machen Ihnen eine Mitteilung über die Möglichkeit des Ausreisens in die BRD ...“? Wann sprach der Regierende Bürgermeister von Berlin: „28 Jahre lang haben wir darauf gehofft ...“? Wie viele Trabants sind bis Mitte 1990 vom Band gelaufen? Diese Fragen beantwortet MEDIAGLOBE mithilfe der Archive des Projektpartners defa-spektrum. In dessen Beständen lagern 10.000 Stunden dokumentarisches Filmmaterial der letzten Jahrzehnte deutsch-deutscher Geschichte, von den 1960er Jahren bis heute.

Mit dem Siegeszug des Internets wurde klar, dass die Zukunft der Medienarchive digital ist. In Deutschland arbeiten rund 30.000 Bibliotheken, Museen und Archive daran, ihre Inhalte online zur Verfügung zu stellen. Nicht nur Rundfunkanstalten sind dabei, Mediatheken einzurichten, auch Unternehmen in der Wirtschaft sind zunehmend daran interessiert. Erhebliche Summen werden seitdem von Rundfunk- und Medienarchiven investiert, um große Mengen an Ton- und Filmdokumenten langfristig digital zu sichern und verfügbar zu halten.

Mit Technologien, die automatisch die Medieninhalte mit bedeutungsbezogenen Informationen versehen und zudem die Qualität dieser digitalisierten Kulturgüter überprüfen und verbessern würden, ließen sich erhebliche Kosten einsparen. Daran arbeiten die Forscher und Entwickler in MEDIAGLOBE. Sie nutzen dabei THESEUS-Basistechnologien.



THESEUS-Mittelstandsprojekt MEDIAGLOBE auf der CeBIT 2011

THESEUS Innovationszentrum

Das THESEUS Innovationszentrum ist eine zentrale Kommunikationsplattform für Forschung, Wirtschaft und Politik. Es informiert über den Stand der Forschung und trägt dazu bei, den Weg von der Forschung zum marktfähigen Produkt zu verkürzen.

Die Palette der Forschungsergebnisse aus THESEUS ist breit gefächert. Zahlreiche Patente sind angemeldet worden. Sehr gute Platzierungen bei internationalen Wettbewerben und hochkarätige Veröffentlichungen in rund 670 Publikationen belegen die wissenschaftlichen Erfolge.

Neue Geschäftsfelder entwickeln sich aus den Anwendungsszenarien in Medizin, Maschinenbau, Medien oder bei Unternehmenssoftware. Schon nach der Hälfte der Laufzeit des Programms sind aus THESEUS vier Ausgründungen hervorgegangen. Neue Ideen für Ausgründungen können beim BMWi-Gründerwettbewerb „IKT innovativ“ eingereicht werden. In der aktuell laufenden Ausschreibungsrunde werden besonders erfolversprechende Ideen zum Thema „Internet der Dienste“ mit einem vom THESEUS-Konsortium gestifteten Preisgeld honoriert.



Das Innovationszentrum wurde am 23. Mai 2011 im Wettbewerb „Deutschland – Land der Ideen“ ausgezeichnet.

Im eigens für THESEUS eingerichteten Innovationszentrum werden die Ergebnisse erfahrbar und erlebbar gemacht. Hier können Interessenten die neuen Dienste und Werkzeuge selbst testen. Informationsveranstaltungen führen an die unterschiedlichen Themenschwerpunkte heran. Bereits in einem frühen Stadium der Entwicklungen wird der Dialog mit späteren Anwendern geführt. Die mittelständische Wirtschaft und Gründer stehen dabei an erster Stelle. Zudem werden Themenwochen, Workshops und Führungen für verschiedene Zielgruppen, dar-

unter z. B. Schüler, Nachwuchswissenschaftler, Unternehmensgründer und Medienvertreter, angeboten. Am 28. Juni 2011 bietet sich die Gelegenheit, im Innovationszentrum in Berlin anlässlich des THESEUS-Mittelstandskongresses weitere Forschungsergebnisse und Innovationen kennenzulernen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Infos unter: www.theseus-programm.de und www.theseus.joint-research.org

Kontakt: Bernd Neujahr

New Kids on the Block

Neue Herausforderungen für die Außenwirtschaftspolitik: wachsender Einfluss der Schwellenländer

Die aufstrebenden Schwellenländer realisierten in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen beeindruckenden wirtschaftlichen Aufholprozess. Ihre Integration in die Weltwirtschaft wird sich – ungeachtet der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise – in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen und die internationale politische Agenda mitbestimmen. Nach der ersten, industriellen Integrationswelle der Schwellenländer, die allgemein als „Globalisierung“ bezeichnet wird, tritt nunmehr die Notwendigkeit und Erwartung in den Vordergrund, dass diese Länder auch auf der politischen Weltbühne stärker Verantwortung übernehmen. Diese Emanzipation wird zu einer zunehmend multipolaren Weltordnung führen, die mit entsprechenden Herausforderungen und Chancen einhergeht.

Integration der Schwellenländer als „Motor“ der Globalisierung

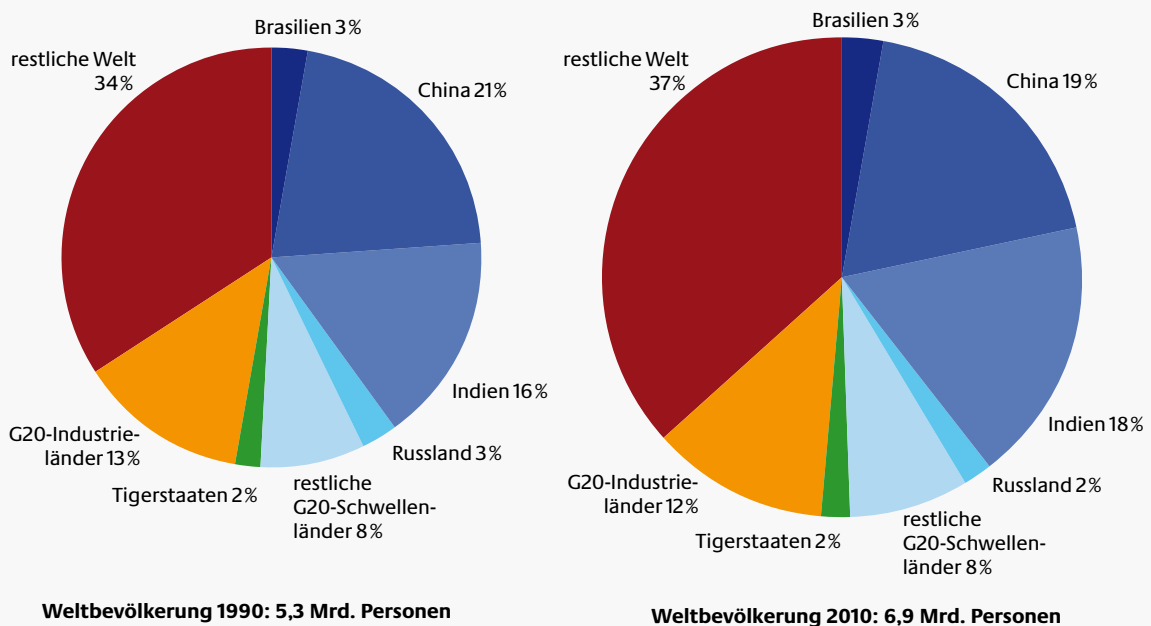
Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Verschuldungskrise in einigen Ländern der Europäischen Währungsunion haben die Wirtschafts- und Finanzpolitik in den letzten zwei Jahren dominiert. Mittelfristig ist gleichwohl zu erwarten, dass die „glo-

balen Megatrends“ wieder stärker in den politischen Fokus rücken. Hierzu zählt neben der demografischen Entwicklung und dem Klimawandel vor allem die weiter zunehmende Integration der Schwellenländer in die Weltwirtschaft. Dieser auch als „Globalisierung“ bezeichnete Trend wird sich – ungeachtet der jüngsten Krisen – fortsetzen und die nationale wie internationale politische Agenda – beispielsweise im Rahmen der G20 – bestimmen. Im Folgenden sollen die Hintergründe und Auswirkungen dieser Entwicklung kurz umrissen werden. Auf dieser Basis werden Schlüsse für die mögliche weitere Entwicklung hin zu einer stärker multipolaren Weltordnung gezogen und daraus folgende Implikationen für die deutsche Außenwirtschaftspolitik abgeleitet:

„Schwellenländer“ – Vielfalt unter einem Begriff

Die intensivere Wahrnehmung der Schwellenländer in der öffentlichen und politischen Diskussion äußert sich auch in der Schöpfung neuer Begriffe wie den „BRIC(S)“ (für Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), den „Next Eleven“ usw. Hinter diesen Begriffen verbergen sich jedoch Länder mit äußerst heterogenen Rahmenbedingungen und heterogenen wirtschaftlichen wie institutionellen Strukturen. Auch

Abbildung 1: Anteile der Weltbevölkerung nach Ländern/Regionen 1990 und 2010



Quelle: UNCTAD; eigene Berechnungen

decken diese Gruppierungen bei Weitem nicht alle aufstrebenden Schwellenländer ab; mittelfristig werden weitere Länder, die bei vielen Beobachtern noch nicht im Fokus stehen, zunehmend an wirtschaftlicher und damit auch politischer Bedeutung gewinnen (z. B. Kolumbien, Chile, Ägypten, Vietnam u. a.). Im Folgenden wird auf die Schwellenländer der G20 zuzüglich der asiatischen „Tigerstaaten“ Bezug genommen.¹

Ursachen der globalen Machtverschiebung

Die Ursachen für die Globalisierung und die daraus resultierende Verschiebung der globalen Machtverhältnisse sind ebenso vielschichtig wie der Begriff der Schwellenländer selbst. Als wesentliche Faktoren dieser multikausalen Entwicklung können folgende historische, politische und wirtschaftliche Entwicklungen angeführt werden:

- ▶ Der Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme Anfang der neunziger Jahre und die Öffnung gegenüber dem „Westen“ führten dazu, dass vormals von den Weltmärkten abgeschottete Länder sowohl als Anbieter von Produktionsfaktoren, insbesondere Arbeit, als auch als Nachfrager von Waren auf den Weltmärkten auftraten.
- ▶ Die Verbreitung und intensivierte Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ermöglichten eine globale Diffusion von Know-how. Damit gingen eine Modernisierung der Wirtschaft in diesen Ländern und eine Öffnung für neue Technologien einher. Hiervon profitierten die Schwellenländer einerseits über einen Technologietransfer, der den Aufbau eigener Industrien erleichterte; andererseits ermöglichte der Einsatz von IKT die Auslagerung vor allem von Dienstleistungen von den Industrie- in die Schwellenländer.
- ▶ Um neue Märkte zu erschließen und „komparative Vorteile“ (z. B. in Form von geringeren Lohnkosten) zu nutzen, investierten Unternehmen der Industrieländer verstärkt in die aufstrebenden Schwellen-

länder („*outsourcing*“, „*offshoring*“). Folglich intensivierte sich die internationale Arbeitsteilung und es entstanden „globale Wertschöpfungsketten“.

- ▶ Auf die Schwellenländer entfällt rund die Hälfte der Weltbevölkerung sowie des globalen Erwerbspersonenpotenzials (vgl. Abb. 1). Während die demografische Entwicklung in den Industrieländern in den vergangenen zwei Jahrzehnten nur einen vergleichsweise geringen Zuwachs des Erwerbspersonenpotenzials von 14 Prozent zuließ, nahm es in den Schwellenländern im gleichen Zeitraum um rund 30 Prozent zu. Von der Integration der Schwellenländer in die Weltmärkte ging damit ein angebotsseitiger „Schock“ auf die globalen Arbeitsmärkte aus, der einen entsprechenden Anpassungsdruck auf die Industrieländer ausübte.

Folgen der globalen Machtverschiebung

Die fortschreitende Integration der großen Schwellenländer in die Weltwirtschaft und der daraus folgende wirtschaftliche Aufstieg machen sich wirtschaftlich, politisch wie auch ökologisch bemerkbar. Die Schwellenländer sind nicht länger als „Werkbank der Industrieländer“ anzusehen, sondern werden zunehmend als zentrale Akteure in der Weltwirtschaftspolitik wahrgenommen. Als wichtigste Auswirkungen dieser Entwicklung sind festzuhalten:

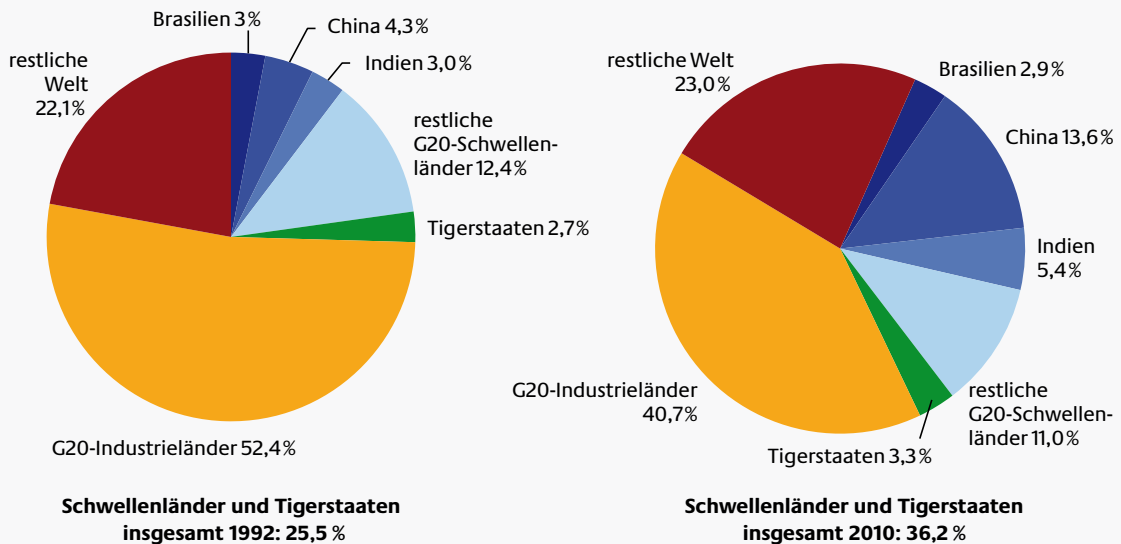
Schwellenländer als globale „Wachstumstreiber“

Der Anteil der Schwellenländer an der globalen Wirtschaftsleistung ist – gemessen in Kaufkraftparitäten – in den vergangenen zwanzig Jahren von 25 auf 36 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung angewachsen (vgl. Abb. 2). Gleichzeitig nahm der Anteil der G20-Industrieländer² von rund 52 Prozent im Jahr 1992 auf 41 Prozent ab. Seit Mitte der neunziger Jahre ist der Beitrag der Schwellenländer – insbesondere der BRIC – auf mittlerweile mehr als die Hälfte des globalen Wachstumsbeitrags deutlich angestiegen. Zwar konnten sich auch die Schwellenländer nicht völlig den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entziehen; anders als die meisten Indus-

1 G20-Schwellenländer: Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Republik Korea, Türkei; Asiatische Tigerstaaten: Hongkong, Malaysia, Taiwan, Thailand, Singapur.

2 G20-Industrieländer: Australien, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, USA.

Abbildung 2: Anteil am Welt-BIP (Kaufkraftparitäten) 1992 und 2010



G20-Schwellenländer: Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei
 Tigerstaaten: Hongkong, Malaysia, Singapur, Taiwan, Thailand

Quelle: IWF; eigene Berechnungen

trielländer fielen sie jedoch nicht in eine Rezession, sondern setzten ihren Expansionspfad – wenn auch abgeschwächt – fort. Sie haben sich somit anders als in früheren globalen Krisen zumindest teilweise von der konjunkturellen Entwicklung in den Industrieländern abkoppeln können. Nach Einschätzung des IWF werden die Schwellenländer im Zuge des sich fortsetzenden Konvergenzprozesses auch in den kommenden Jahren wesentliche Wachstumstreiber in der globalen Wirtschaftsentwicklung bleiben.

Verschiebung der globalen Handels- und Finanzströme

Mit dem gestiegenen Interesse der Industrieländer an den Schwellenländern als Ziel von Direktinvestitionen wurden diese Länder zunehmend in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden. Dementsprechend haben sich auch die Handelsströme intensiviert und strukturell verändert. Der Anteil der Schwellenländer am Welthandel hat sich seit dem Beginn der neunziger Jahre auf über 30 Prozent verdoppelt. Gleichzeitig ging der Anteil der G20-Industrieländer von 54 Prozent auf 38 Prozent zurück (vgl. Abb. 3). Die Schwellenländer als neue Produktionsstätten für zumeist industrielle Konsumgüter ermöglichten star-

ke Exportzuwächse in die Industrieländer. In der Folge weiteten sich die Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse der Schwellenländer deutlich aus. Die Industrieländer als Ganzes wiesen hingegen zunehmend Defizite auf.

Integration der Schwellenländer in die globalen Koordinierungsgremien

Der wirtschaftliche Aufstieg der Schwellenländer ging mit einem neuen Selbstbewusstsein, einem verstärkten Macht- und Mitspracheanspruch, aber auch einer größeren Verantwortung dieser Länder in den supranationalen und globalen Koordinierungsinstitutionen (VN, IWF, WTO, OECD usw.) einher. Während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte sich, dass infolge der starken Verflechtung von Industrie- und Schwellenländern eine internationale Koordination von Stabilisierungsmaßnahmen alleine durch die großen Industrieländer (G8) wenig sinnvoll erschien. Deshalb haben sich die G20 als neues, zentrales Forum der intergouvernementalen Zusammenarbeit in den Bereichen Finanz- und Wirtschaftspolitik etabliert. Aufgrund ihrer umfassenden Mitgliedschaft ist diese Gruppe in der Lage, aktiv die Lösung globaler Probleme voranzutreiben und einmal gefällte Be-

schlüsse mit der ganzen Energie der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer umzusetzen.³ Der Internationale Währungsfonds trug im vergangenen Jahr mit dem Neuzuschnitt der Quoten, in dessen Zuge 6,4 Prozent der Anteile überwiegend an Schwellenländer umverteilt wurden, der gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Länder Rechnung.

Seitens der Industrieländer besteht ein großes Interesse, die Schwellenländer im Bereich der globalen Regierungsführung („*global governance*“) stärker einzubinden und in Fragen gemeinsamer Standards, wie z. B. beim Klimaschutz, bei geistigen Eigentumsrechten, öffentlicher Auftragsvergabe, Exportfinanzierung sowie beim Investitions- und allgemeinen Rechtsschutz, eine Annäherung zu erreichen („*level playing field*“).

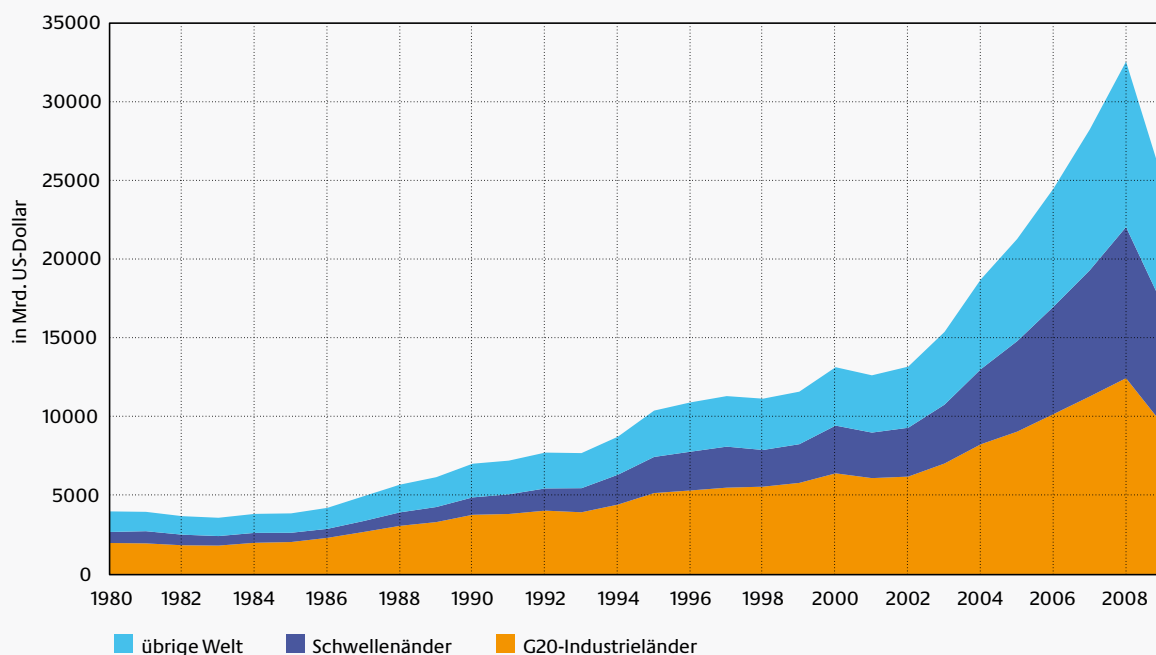
Das gestiegene politische Selbstverständnis der Schwellenländer zeigt sich u. a. auch bei deren zunehmender Anrufung des WTO-Schiedsgerichts in Handelsstreitfällen. Zwar halbierte sich die absolute Zahl der Streitfälle seit dessen Gründung 1995, der Anteil

der durch Schwellenländer initiierten Dispute verdoppelte sich jedoch gleichzeitig von unter 20 auf zuletzt über 40 Prozent (vgl. Abb. 4).

Stärkerer Wettbewerb um globale Rohstoffressourcen

Der wirtschaftliche Aufschwung der Schwellenländer zeigt sich auch in einer deutlich höheren globalen Rohstoff- und Nahrungsmittelnachfrage. Der Trend steigender Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise wird dadurch verschärft, dass einige Länder versuchen, sich exklusiven Zugang zu Rohstoffvorkommen zu sichern. China besitzt laut Schätzungen des US Geological Survey (USGS) 40 bis 50 Prozent der Weltvorkommen an Seltenen Erden, baute im Jahr 2010 jedoch 97 Prozent der Weltförderung ab. Die Exportbeschränkungen, die China bei diesen Rohstoffen auferlegt hat, lassen die Industrieländer ihre Abhängigkeit deutlich spüren. Zudem hat sich China – meist durch Partnerschaften – die Exklusivrechte über den Abbau von Rohstoffvorkommen in Afrika gesichert. Hinzu kommt, dass sich das Rohstoffangebot oft auf wenige Unternehmen konzentriert und ihnen so eine stärkere

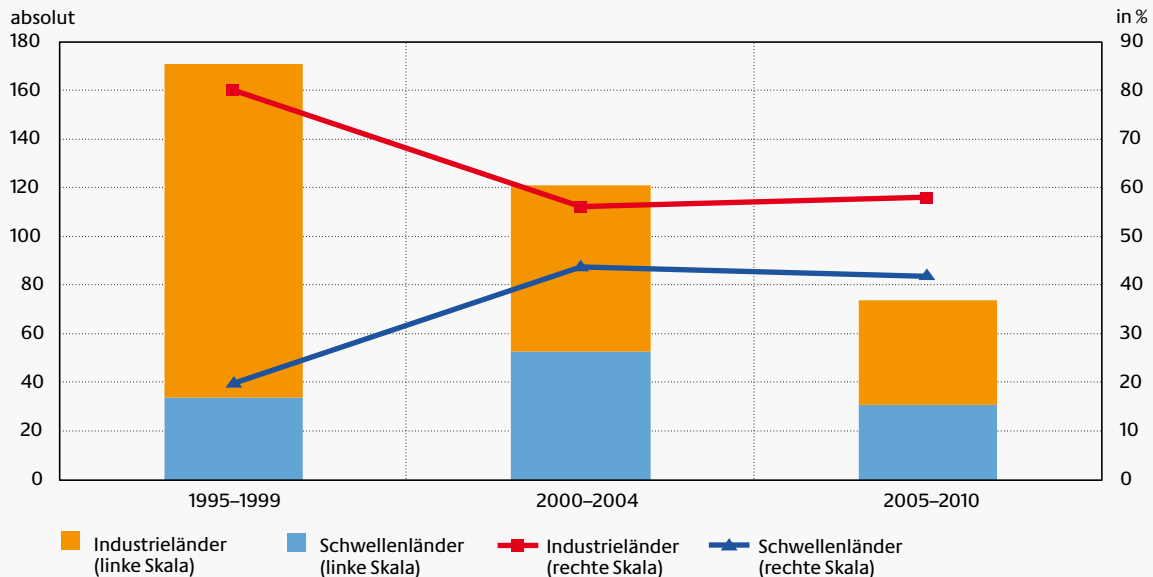
Abbildung 3: Welthandel nach Regionen



Quelle: Weltbank; eigene Berechnungen

3 Zu weiteren Informationen zu Aufgaben und Arbeitsweisen der G8/G20 siehe www.bmw.de/BMWi/Navigation/Aussenwirtschaft/weltwirtschaftsgipfel.html

Abbildung 4: Initiierte WTO-Schiedsgerichtsverfahren nach Regionen



Quelle: WTO; eigene Berechnungen

Verhandlungsmacht ermöglicht. Damit droht die Gefahr, dass sich weitere Staaten durch protektionistische Maßnahmen ihren eigenen Rohstoffbedarf zu sichern versuchen. Höhere Preise und der erschwerte Zugang zu einzelnen Rohstoffen könnten in Rohstoff importierenden Ländern wie Deutschland zu Engpässen in der industriellen Fertigung führen.⁴

Mit dem Nachlassen der zunächst disinflationären Effekte aus der Integration der Schwellenländer in die Weltwirtschaft, die sich bis Mitte des letzten Jahrzehnts in rückläufigen Güterpreisen niederschlugen, treten nun verstärkt preistreibende Tendenzen über steigende Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise in den Vordergrund.

Verstärkte Süd-Süd-Kooperationen

Das wirtschaftliche Erstarren und die Integration der Schwellenländer in die Weltwirtschaft äußerten sich nicht nur in engeren wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Industrieländern, sondern auch zwischen den Schwellenländern selbst. In den Jahren 1990 bis 2008 stieg der Süd-Süd-Handel um das Zehnfache, während der weltweite Handel „nur“ um das

Vierfache expandierte. Im Jahr 2009 stieg China zum Haupthandelspartner von Brasilien, Indien und Südafrika auf. Im Rohstoffsektor intensivierten insbesondere China und Indien ihre Handelsbeziehungen zu den rohstoffreichen Ländern Lateinamerikas und Afrikas. OECD-Berechnungen zufolge ist für die Schwellenländer die Handelsliberalisierung des Süd-Süd-Handels lohnender als eine Liberalisierung des Nord-Süd-Handels (vgl. Tab. 1).

Neuordnung der Weltwährungsreserven

Im Zuge der rasanten weltwirtschaftlichen Integration der Schwellenländer und den daraus folgenden Handelsüberschüssen in einigen Regionen, die mit einem entsprechenden Aufbau von Forderungen gegenüber den Handelspartnern einhergehen, verändert sich auch die regionale und strukturelle Zusammensetzung der globalen Währungsreserven. Die Konzentration der globalen Währungsreserven hat sich in den letzten 15 Jahren von den Industrie- zu den Schwellenländern verschoben. Verfügt die Industrieländer Mitte der neunziger Jahre noch über 67 Prozent der globalen Währungsreserven, so ging deren Anteil stetig auf zuletzt 34 Prozent zurück.

⁴ Besonders betroffen wären die Solarindustrie, die Auto- und Stahlindustrie, die Elektroindustrie, der Flugzeugbau, die optische Industrie, die Medizintechnik sowie die Logistik-, Telekommunikations- und Computerbranche.

Tabelle 1: Gewinne für den „Süden“ bei unterschiedlichen Szenarien einer Liberalisierung

| Szenario | Primärsektor | Verarbeitendes Gewerbe | beide Sektoren |
|--|---------------------------|------------------------|----------------|
| | Angaben in Mrd. US-Dollar | | |
| Nord-Süd-Zölle reduziert auf Nord-Nord-Niveau | -2,0 | -9,5 | -11,5 |
| Süd-Süd-Zölle reduziert auf Nord-Nord-Niveau | 1,9 | 20,1 | 22,1 |
| Süd-Süd – vollständige Handelsliberalisierung | 5,6 | 25,4 | 31,1 |
| multilaterale Liberalisierung von allen Märkten | 9,0 | 24,1 | 33,1 |

Quelle: OECD Shifting Wealth⁵

Parallel verdoppelte sich der Anteil der globalen Devisenreserven in den Schwellenländern von 33 Prozent 1995 auf fast 67 Prozent 2010. Diese veränderten „Machtverhältnisse“ lassen sich im Wesentlichen auf die rasante Zunahme der Währungsreserven der chinesischen Zentralbank zurückführen, die mittlerweile über rund 30 Prozent der globalen Währungsreserven verfügt. Gleichzeitig ging das Gewicht des US-Dollars an den weltweiten Währungsreserven in den vergangenen Jahren von 70 auf rund 60 Prozent zurück.

Ungeachtet des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas spielt der chinesische Renminbi bislang auf den globalen Devisenmärkten kaum eine Rolle. Die Währung ist weiterhin nicht frei konvertierbar und Kapitaltransfers in das und aus dem Ausland sind streng reglementiert. Die chinesische Regierung scheint allerdings mittlerweile das Ziel zu verfolgen, den Renminbi als weitere Weltreservewährung zu etablieren. So ist beabsichtigt, den Devisenhandel schrittweise freizugeben und in den kommenden fünf Jahren rund die Hälfte des Außenhandels in Renminbi zu fakturieren. Gleichzeitig beabsichtigt die chinesische Zentralbank, auf andere Länder, die den Renminbi als Reservewährung nutzen möchten, „aktiv zuzugehen“. Im Fokus stehen dabei insbesondere Schwellenländer in Asien und Lateinamerika. Voraussetzung für eine Etablierung des Renminbi als weitere Weltreservewährung dürfte allerdings neben dessen freier Konvertierbarkeit an den globalen Devisenmärkten auch die Schaffung einer ausreichend stabilen Finanzarchitektur in China sein.

Mittelfristige Perspektiven für die Schwellenländer

Der Aufholprozess wird sich weiter fortsetzen, allerdings mit geringerer Dynamik

Das starke Wachstum der Schwellenländer darf nicht über weiterhin bestehende Schwachstellen hinwegtäuschen. Trotz der hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre sind die meisten so genannten „aufstrebenden Mächte“ immer noch durch ein vergleichsweise niedriges Pro-Kopf-Einkommen, eine starke Ungleichverteilung und zunehmende Umweltprobleme gekennzeichnet.

Der Konvergenzprozess wird sich fortsetzen. Ob die Geschwindigkeit des Aufholprozesses mittelfristig an die in der Vergangenheit zu beobachtende Dynamik anknüpfen kann, ist allerdings aus mehreren Gründen infrage zu stellen.

Erstens dürfte sich die äußerst hohe Investitionsdynamik in einigen Schwellenländern infolge des bereits erreichten Niveaus etwas abschwächen. Damit wird auch ein Übergang von einem vor allem akkumulationsbedingten zu einem stärker innovationsbestimmten Wachstum notwendig. Um langfristig internationale Wettbewerbsvorteile zu sichern und auszubauen, muss die Wirtschaftsentwicklung eines Landes von Innovation und technischem Fortschritt geprägt sein. Bei Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (F&E), die zuvor vor allem in der Triade (USA, Japan, Europa) konzentriert waren, haben viele

⁵ Basiert auf der Studie von Mold/Prizzon: „South-South Trade Liberalisation As a Way Out of The Financial Crisis“, OECD Development Centre, 2010.

Schwellenländer erheblich aufgeholt (vgl. Abb. 5). Hierzu haben vor allem multinationale Unternehmen, auf die mehr als die Hälfte der weltweiten F&E-Aktivitäten entfallen, beigetragen.⁶ Insgesamt liegt die F&E-Intensität gemessen am BIP in den meisten Schwellenländern allerdings noch deutlich unter dem Niveau der Industrieländer.

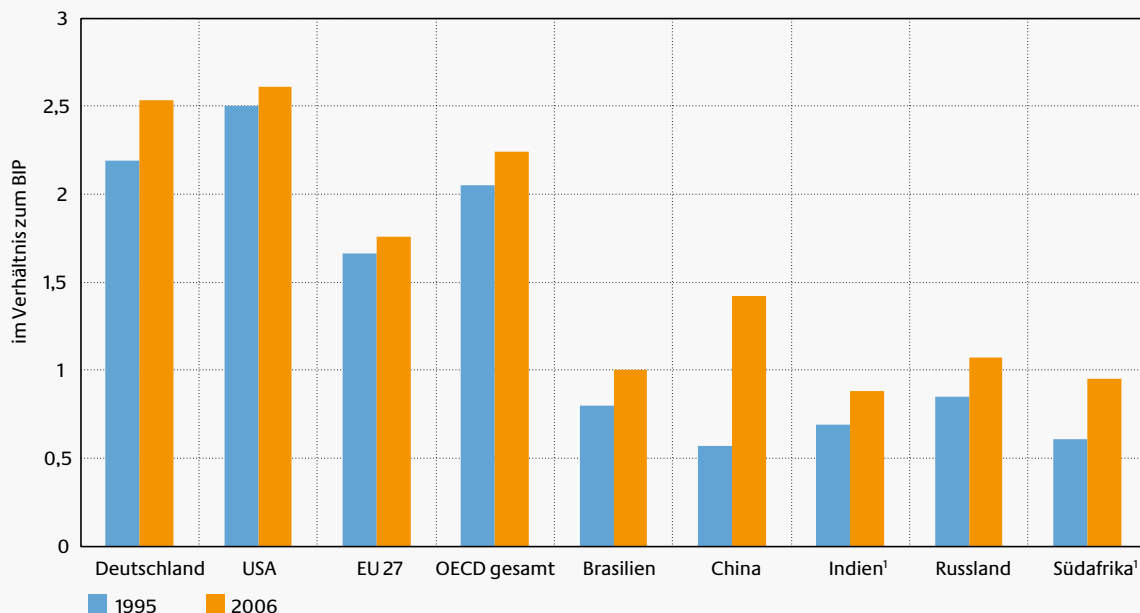
Zweitens konnten die Schwellenländer in der vergangenen Dekade von der hohen globalen Liquidität in Form von Kapitalzuflüssen von einem vergrößerten Kapitalangebot bzw. gesunkenen Finanzierungskosten für Investitionen profitieren. Mit der Überwindung der globalen Finanz- und Währungskrise dürfte die internationale Geldpolitik jedoch voraussichtlich weniger expansiv ausfallen als im vergangenen Jahrzehnt. Auch dürften strengere Anlage- und Eigenkapitalvorschriften für Geschäftsbanken

(z. B. Basel III) zu einer geringeren Liquiditätsbereitstellung und Risikobereitschaft führen. Hierdurch werden die mit – vor allem kurzfristigen – Kapitalzuflüssen verbundenen Risiken für das Finanzsystem von Schwellenländern zwar reduziert; die Finanzierungskosten für Investitionen und Kredite werden sich jedoch tendenziell erhöhen.⁷

Drittens werden in den kommenden Jahren demografische Effekte zunehmend an Bedeutung gewinnen, die sich dämpfend auf das Potenzialwachstum auswirken dürften (z. B. Chinas „Ein-Kind-Politik“). Diese Effekte werden durch eine höhere Mobilität bzw. stärkere internationale Migration der Arbeitskräfte nicht kompensiert werden können.

Viertens haben von dem rasanten Aufholprozess zwar alle Gesellschaftsschichten in den Schwellenlän-

Abbildung 5: Die F&E-Intensität in den meisten Schwellenländern ist seit Mitte der 1990er Jahre gestiegen, das Niveau liegt allerdings noch deutlich unterhalb des Niveaus der Industrieländer



¹ Angaben für Indien 1996; Angaben für Südafrika 1993

Quelle: OECD Factbook 2010

6 Nach einer Studie der Deutschen Bank Research unterhalten über 90 Prozent der führenden Technologiekonzerne inzwischen F&E-Standorte außerhalb ihres Heimatlandes, insbesondere auch in Schwellenländern. Dabei sei neuerdings ein dynamischer Technologietransfer aus den Schwellenländern zurück in die Industrieländer feststellbar: So habe sich China inzwischen zu einem Nettoexporteur von F&E-Leistungen in die EU entwickelt, begünstigt auch durch die Präsenz der F&E-Standorte ausländischer Firmen in China. DBResearch „Forschung folgt Fertigung – Internationale Arbeitsteilung in F&E“, Economics 82 vom 08.12.2010.

7 Vgl. Dobbs, Richard/Susan Lund/Andreas Schreiner „How the growth of emerging markets will strain global finance“; McKinsey Quarterly, Dezember 2010
http://www.mckinseyquarterly.com/How_the_growth_of_emerging_markets_will_strain_global_finance_2715

dern profitieren können, die reicheren jedoch überproportional, was zu einer wachsenden relativen Ungleichverteilung der Einkommen und damit einem zunehmenden gesellschaftlichen Konfliktpotenzial führt. Der Anstieg der Mittelklasse um mehrere Millionen Menschen und die Verringerung der Armutslücke – insbesondere in China – belegen zwar, dass die Schwellenländer auf diesem Gebiet bereits erste Erfolge verbuchen. Die damit notwendigen und wünschenswerten politischen Umverteilungsmaßnahmen können aber – wie empirische Analysen zeigen – das Wachstumspotenzial tendenziell dämpfen (z. B. infolge von Verwaltungsaufbau, Verzerrung von Anreizstrukturen).

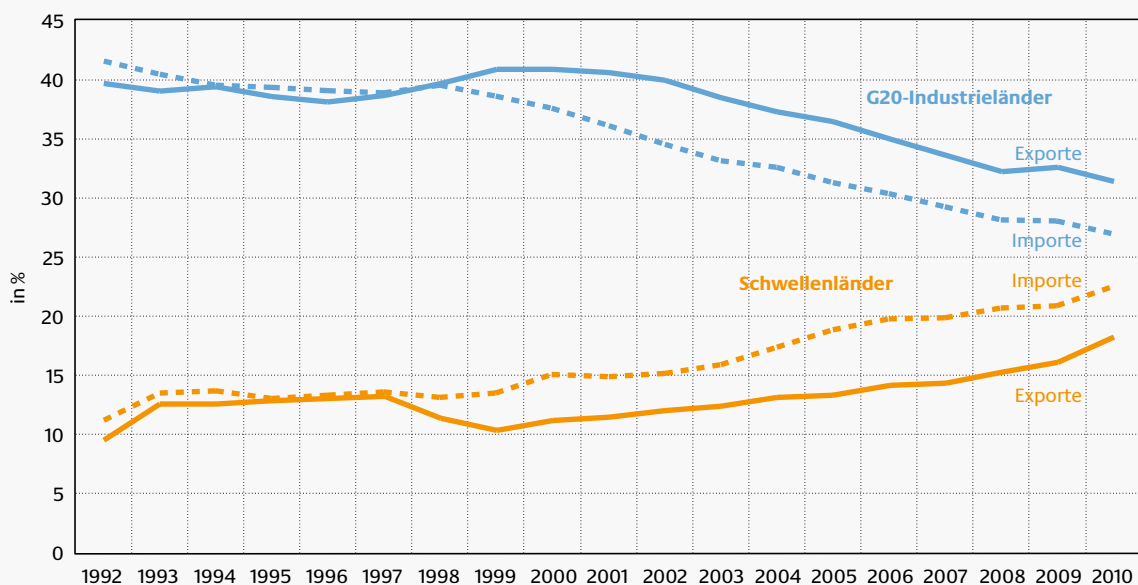
Schließlich ging das Wachstum in vielen Schwellenländern in der Vergangenheit häufig zulasten der Umwelt. Die rasante Ausdehnung der ressourcen- und emissionsintensiven Industrien in großen Schwellenländern hat wesentlich zu den global gestiegenen Umweltbelastungen beigetragen. Diese „grow first – clean later“-Strategie wird unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten jedoch auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten sein.

Außenwirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft ist mit ihrer exportstarken, traditionell auf qualitativ hochwertige Güter mit Schwerpunkten bei Kraftwagen, Investitions- und Vorleistungsgütern ausgerichteten Industrie sehr gut aufgestellt, um von der zunehmenden Handels- und Wirtschaftsverflechtung mit den aufstrebenden Schwellenländern zu profitieren. So verdoppelte sich der Anteil der deutschen Warenexporte in die Schwellenländer von unter zehn Prozent Anfang der neunziger Jahre auf 18 Prozent im Jahr 2010. Auch die Warenimporte aus diesen Ländern nahmen im Zuge der intensivierten Handelsbeziehungen überproportional zu; ihr Anteil stieg von rund elf Prozent zu Beginn der neunziger Jahre auf zuletzt über 22 Prozent (vgl. Abb. 6).

Mit einem recht hohen Investitionsgüteranteil bei den Exporten von rund 40 Prozent nehmen deutsche Unternehmen die Rolle des „Ausrüsters der Welt“ ein. Nach Umfragen des DIHK planen deutsche Unternehmen in diesem Jahr so viele Investitionen im Ausland wie nie zuvor.⁸ Zielregion Nummer eins

Abbildung 6: Anteil deutscher Warenexporte und -importe nach Regionen



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

8 „Auslandsinvestitionen in der Industrie“, Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2011.

für das Auslandsengagement deutscher Unternehmen ist dabei erstmals nicht mehr Europa, sondern China.

Mehrere Faktoren sind für das zunehmende Engagement deutscher Unternehmen bei den Handelspartnern vor Ort von Bedeutung:

- ▶ Ausländische Märkte können erfahrungsgemäß leichter erschlossen werden, wenn dort eigene Produktions- und Vertriebsstätten existieren; dadurch sinken beispielsweise die Transportkosten und lokale Kundenpräferenzen können leichter eingeschätzt werden.
- ▶ Unternehmen nutzen die günstigen Standortbedingungen in vielen ausländischen Märkten, die sich beispielsweise in einfacherem Zugang zu Rohstoffen, günstigeren steuerlichen Rahmenbedingungen oder niedrigeren Lohnkosten im Vergleich zu Deutschland bemerkbar machen, um verstärkt Vorleistungen von dort zu beziehen.
- ▶ Tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse erfordern eine partielle Produktionsverlagerung ins Ausland. So verlangen einige Länder für den Marktzutritt, dass die Wertschöpfung zu einem bestimmten Anteil vor Ort generiert wird („*Local-Content*“-Auflagen).
- ▶ Produktionsstätten im Ausland ermöglichen eine natürliche Absicherung gegenüber Wechselkurschwankungen („*natural hedging*“).

Die Schaffung von Produktionskapazitäten im Ausland erhöht damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und sichert zugleich auch Arbeitsplätze im Inland.⁹

Die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft, auch in Zukunft von der Dynamik der Schwellenländer zu profitieren, sind angesichts der industriebasierten, exportorientierten Ausrichtung grundsätzlich günstig. Die deutsche Industrie ist gut aufgestellt, um von den globalen Entwicklungen auch auf mittlere Frist zu profitieren. Mit dem steigenden Wohlstand wird

auch die Nachfrage nach Investitions-, Gebrauchs- und Verbrauchsgütern in Schwellen- und Entwicklungsländern zunehmen. Auch verändert die zunehmende gesellschaftliche Mittelschicht die Binnenanfrage: Es werden mehr qualitativ hochwertige Konsumgüter, z. B. Autos, nachgefragt. Die Perspektive einer rasch wachsenden und alternden Weltbevölkerung wird den Bedarf an Produkten der Pharmaindustrie, der Biotechnologie und der Medizintechnik vermehren. Das zunehmende Verlangen nach öffentlicher Infrastruktur in vielen Schwellenländern und die zunehmende Urbanisierung werden die Nachfrage nach Infrastrukturgütern im Verkehrs-, im Ver- und Entsorgungsbereich sowie im Bau steigern. Vor dem Hintergrund zunehmender Ressourcenknappheit und des Klimawandels gewinnen Technologien im Bereich des Umweltschutzes und der erneuerbaren Energien an Bedeutung. Deutsche Güter und Dienstleistungen, die auf diesen Gebieten häufig weltweit technologisch führend sind, werden hiervon besonders profitieren.

Allerdings ist zu erwarten, dass sich wichtige Importeure deutscher Waren, vor allem unter den südostasiatischen Schwellenländern (inklusive China), auf mittlere bis lange Sicht zu Wettbewerbern auf den globalen Märkten entwickeln werden. Daher müssen längerfristig verstärkt Potenziale beim Export von innovations- und forschungsintensiven Gütern in derzeit noch wenig beachtete Absatzmärkte genutzt werden. Laut DIHK-Umfrage plant ein steigender Anteil deutscher Betriebe, in Produktions- und Vertriebsstätten in verschiedenen Regionen Asiens sowie in Nord- und Südamerika zu investieren. Dadurch wird die regionale Struktur deutscher Exporte weiter „diversifiziert“, was sie weniger anfällig für konjunkturelle Nachfrageschwankungen in einzelnen Regionen macht. Dies ist aus wirtschaftspolitischer Sicht zu begrüßen.

Umgekehrt ist ein offenes Investitionsklima auch wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum in Deutschland. Ausländische Investitionen sind hochwillkommen – nicht nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Deutschland sollte sich daher verstärkt auch als Investitionsstandort z. B. für Staatsfonds aus

⁹ Dies belegt z. B. eine Untersuchung von Weder di Mauro/Moser/Urban: „Offshoring, Firm Performance and Establishment-level Employment: Identifying Productivity and Downsizing Effects“, CEPR Discussion Paper Series, No. 7455, 2009. Eine Literaturübersicht hierzu bietet auch der letzte OECD-Deutschlandbericht 2010.

Schwellenländern präsentieren. Deren Direktinvestitionen sind angesichts ihrer in aller Regel längerfristigen, strategischen Ausrichtung unternehmerisch vorteilhaft. Allerdings muss ein Staat grundsätzlich in der Lage sein, ausländische Investitionen auf eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit hin prüfen zu können. In der Bundesrepublik Deutschland findet eine Prüfung ausländischer Investitionen im Rahmen des Außenwirtschaftsrechts statt, sofern ausländische Investoren einen Erwerb von mehr als 25 Prozent der Stimmrechtsanteile eines deutschen Unternehmens beabsichtigen.¹⁰

Zur Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den Schwellenländern bietet es sich zudem an, das außenwirtschaftspolitische Instrumentarium verstärkt auf einzelne, viel versprechende „Neue Zielmärkte“ zu fokussieren, d. h. auf dynamische Schwellenländer, die bislang noch nicht so sehr im Interesse von Unternehmen und Politik stehen. Die Aufgabe der Außenwirtschaftspolitik liegt dabei vor allem im Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Marktzutrittsbarrieren sowie einer politischen Flankierung von Außenhandelsaktivitäten, insbesondere in „schwierigen“ Märkten. Hierzu gehören u. a. gezielte Informationen über Markt- und Exportchancen mithilfe der Germany Trade & Invest, Schwerpunktsetzungen bei Auslandsmessen, branchenbezogene Exportinitiativen, Nutzung der Marktzugangsteams der EU für den Abbau konkreter Handelsbarrieren, Reisen und Veranstaltungen mit deutschen Unternehmerinnen und Unternehmern unter besonderer Berücksichtigung von KMU, die strategische Wahrnehmung hochrangiger Delegationsbesuche sowie die Abstimmung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Ländern.

Um auf den schärfer werdenden internationalen Wettbewerb um wichtige Industrierohstoffe zu reagieren und die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen zu gewährleisten, ist zudem eine fortlaufende Anpassung des Instrumentariums der Außenwirtschaftsförderung notwendig. Dies kann u. a. durch Berücksichtigung bei den Kriterien zur Beantragung von Garantien für ungebundene Finanzkredite und

für Investitionsschutzabkommen im Rohstoffbereich sowie durch Prüfung und gegebenenfalls Implementierung von strategischen Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Schwellenländern erreicht werden.

Schließlich ist auch die Anerkennung eines gemeinsamen internationalen Regelwerks von zentraler Bedeutung, um die Beziehungen zu den Schwellenländern auf eine dauerhafte, vertrauensvolle Basis zu stellen. Hierunter fallen vor allem internationale Regeln, Standards und Konventionen z. B. im Rahmen der WTO und der OECD, etwa bei Exportkreditgarantien, der öffentlichen Auftragsvergabe sowie dem Investitions- und allgemeinen Rechtsschutz. Auf diese Weise können Schwellenländer an eine „global governance“ herangeführt und eingebunden werden, die ihrer gestiegenen wirtschaftlichen und politischen Verantwortung entspricht und ein gemeinsames „level playing field“ auf den Weltmärkten ermöglicht.

Fazit

Die großen Schwellenländer sind auf dem Weg, zu globalen Akteuren aufzusteigen – die neue Weltordnung des 21. Jahrhunderts ist multipolar. Diese Entwicklung ist mit zahlreichen Herausforderungen und Chancen sowohl für die Schwellenländer als auch die Industrieländer verbunden. Fortschritte in globalen Fragen der Sicherheits-, Umwelt-, Wirtschafts- und Handelspolitik werden in Zukunft nicht ohne eine Einbindung der großen Schwellenländer möglich sein. Es wird wesentlich darauf ankommen, dass diese Länder der damit verbundenen Verantwortung gerecht werden. Auf diese neue Kräftekonstellation des 21. Jahrhunderts muss sich die deutsche und europäische Politik rasch einstellen und die Schwellenländer zu einem Schwerpunkt ihrer Politik machen, um eine friedliche wirtschaftliche und politische Entwicklung, den Zugang zu offenen Märkten, eine nachhaltige ökologische Entwicklung und möglichst gleichberechtigte Chancen aus dem globalen Fortschritt für die Zukunft zu sichern.

Autor: Christoph Menzel

¹⁰ Weitere Informationen hierzu unter „Investitionsfreiheit und Prüfung ausländischer Investitionen – kein Widerspruch!“, BMWi-Monatsbericht März 2008 S. 7–10.

II. Wirtschaftliche Lage

Überblick¹

Die deutsche Wirtschaft läuft auf hohen Touren. Sie setzte ihren Aufschwung im ersten Quartal kraftvoll fort. Nachholeffekte und eine nach kurzer Winterstrenge schnell und kräftig einsetzende Frühjahrsbelebung trugen hierzu bei. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im ersten Quartal 2011 gegenüber dem Vorquartal um 1,5%.² Das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 wurde damit in realer Rechnung bereits wieder überschritten. Die Impulse kamen überwiegend aus dem Inland und stützten sich vor allem auf Investitionen in Ausrüstungen und Bauten sowie auf die staatlichen und privaten Konsumausgaben. Die Ausfuhren wie auch die Einfuhren nahmen ebenfalls zu. Der Außenbeitrag trug dabei positiv zum Wachstum bei.³

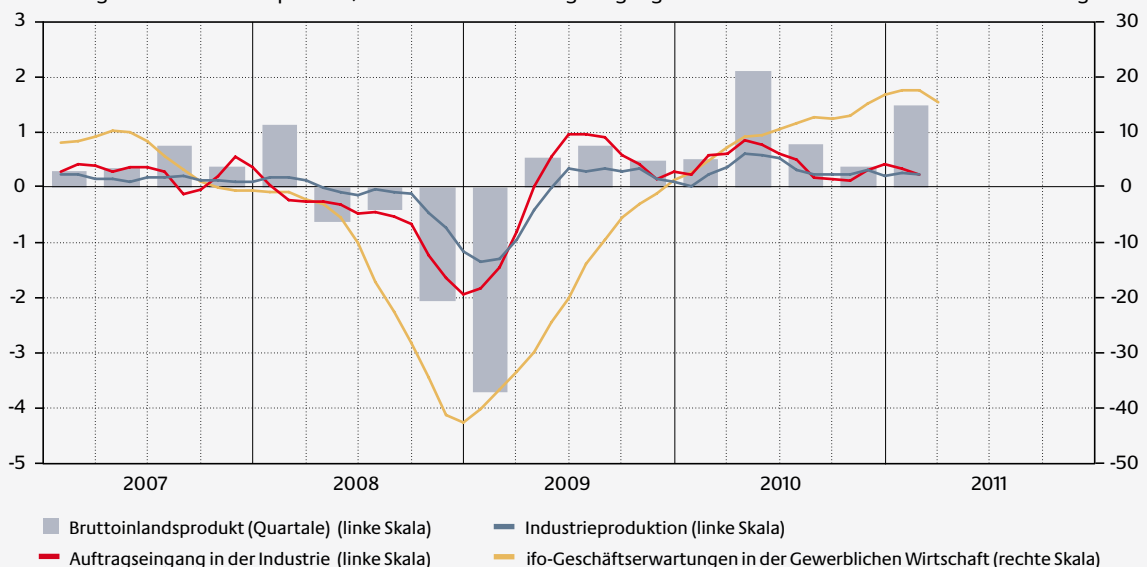
Nach dem Absturz in der Krise um insgesamt 6,6% und dem Tiefpunkt im ersten Quartal 2009 wächst die deutsche Wirtschaft nunmehr acht Quartale in Folge mit einer Zuwachsrate von durchschnittlich fast 0,9% pro Quartal. Dieses ungewöhnlich starke Wachstum war aufgrund eines Aufholprozesses bei hoher Wettbewerbsfähigkeit, weitgehend vorhandener Kapazitäten und einer gesunden Wirtschafts-

struktur möglich. In einem gerade in Europa nach wie vor teilweise schwierigen wirtschaftlichen Umfeld sowie vor dem Hintergrund weiterer z. B. geopolitischer Risiken dürfte die deutsche Volkswirtschaft im Verlauf des Jahres auf einen etwas moderateren Wachstumspfad einschwenken. Hierauf deuten auch bereits einige nationale und internationale Konjunkturindikatoren hin.

Das Produzierende Gewerbe ist weiter auf Wachstumskurs. Insgesamt nahm die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe bei einem Zuwachs um 0,7% im März im gesamten ersten Quartal um 2,6% zu und knüpfte damit an die Dynamik des Jahresschlussquartals 2010 an. Hierzu trug neben der Industrie auch das Bauhauptgewerbe maßgeblich bei. Die Produktion erhöhte sich zum Vorjahr arbeitstäglich bereinigt um 12,9% und lag nur noch knapp 4% unter dem Höchststand im ersten Quartal 2008. Die Auftragseingänge in der Industrie verzeichneten im ersten Quartal ein Plus von 2,3%, bei mittlerweile stärkeren Impulsen aus der Inlandsnachfrage. Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe notierte im April nahe seines Höchststandes. Damit bleiben die Aussichten für

Konjunkturüberblick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo-Geschäftserwartungen



*zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegen Vorperiode in % bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo-Institut

1 In diesem Bericht werden statistische Daten verwendet, die bis zum 16. Mai 2011 vorlagen.

2 Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich um preis-, kalender- und nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA saisonbereinigte Angaben.

3 Die ausführlichen Ergebnisse zum ersten Quartal werden vom Statistischen Bundesamt am 24. Mai 2011 veröffentlicht.

die Industrie bei einer voraussichtlich etwas ruhigeren Entwicklung positiv.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe stieg im Zuge von Nachholeffekten und einer kräftigen Frühjahrsbelebung im ersten Quartal um ungewöhnliche 15,7%. Der durch die strenge Witterung verursachte Produktionseinbruch zum Jahresende 2010 wurde deutlich überkompensiert. Während die Nachfrage nach Bauleistungen aus dem öffentlichen Sektor bei auslaufenden Konjunkturprogrammen zurückging, erhielten der private und gewerbliche Bau angesichts der guten Konjunktur und niedriger Zinsen kräftige Auftragsimpulse. Insgesamt nahmen die volatilen Auftragseingänge im Januar um 7,6% und im Februar um 8,7% zu. Das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe hellte sich seit dem Jahreswechsel ebenfalls spürbar auf.

Die privaten Haushalte haben ihre Konsumausgaben im ersten Quartal 2011 auch in realer Rechnung weiter erhöht. Im Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) nahmen die Umsätze zwar nur leicht um 0,3% zu, der Handel mit Kraftfahrzeugen verbuchte aber einen kräftigeren Umsatzschub. Die Umfragewerte unter privaten Haushalten und Einzelhändlern sind weiterhin überdurchschnittlich positiv. Die günstige Entwicklung der Beschäftigung und die Zunahme der verfügbaren Einkommen wirken sich trotz anziehender Verbraucherpreise positiv aus.

Die Entwicklung des Außenhandels ist weiterhin sehr lebhaft. Die Ein- und Ausfuhren nahmen im März in jeweiligen Preisen um 3,1% bzw. 7,3% zu und erreichten neue Höchststände. Die Ausfuhren an Waren legten im gesamten ersten Quartal um 3,9% zu, die

Einfuhren erhöhten sich um 5,6%. Die reale Rechnung wird allerdings durch die stark anziehenden Im- und Exportpreise gedämpft. Die Rahmenbedingungen für die Außenwirtschaft werden etwas weniger günstig. Die Expansionsgeschwindigkeiten von Weltwirtschaft und Welthandel scheinen etwas abzunehmen und die Frühindikatoren für wichtige Wirtschaftsregionen senden gemischte Signale.

Der Arbeitsmarkt wurde in einem ohnehin günstigen konjunkturellen Umfeld zusätzlich von einer kräftigen Frühjahrsbelebung erfasst. Der saisonbereinigte Beschäftigungszuwachs fiel im März mit 38.000 Personen erneut sehr kräftig aus. Getragen wird er durch die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die sich im Februar noch deutlicher um 84.000 Personen erhöhte. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen bleibt hoch, könnte aber in ihrer Dynamik den Zenit erreicht haben. Trotz nachlassender Entlastungseffekte durch die Arbeitsmarktpolitik sank die Zahl der Arbeitslosen von März auf April saisonbereinigt erneut spürbar um 37.000.

Das allgemeine Preisklima hat sich in den letzten Monaten vor allem durch den starken Anstieg der Rohölpreise spürbar verschlechtert. Der Anstieg der Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich im April auf 2,4%.

Preistreibende Kraft waren erneut die Energiepreise. Die Kerninflationsrate, also der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel, erhöhte sich zwar zuletzt auch deutlich auf 1,6%. Dies war aber unter anderem einem Basiseffekt geschuldet. Der Anstieg der übrigen Preiskomponenten hält sich demnach noch in Grenzen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

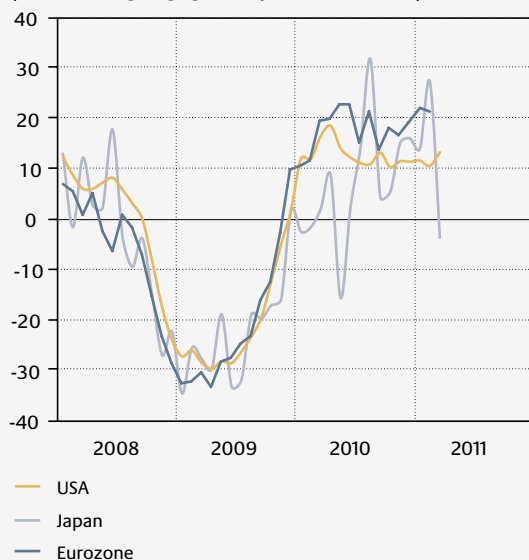
Die Erholung der Weltwirtschaft dauert an. Die globale Konjunktur hat zu Beginn des Jahres 2011 zusätzlich Auftrieb erhalten. Aktuelle Indikatoren wie der ifo-Weltgeschäftsklimaindex und der Frühindikator „Composite Leading Indicator“ der OECD sind gestiegen. Allerdings dürfte sich die Wachstumsdynamik aufgrund des zunehmenden Preisdrucks und der damit einhergehenden Belastung der Kaufkraft der privaten Haushalte voraussichtlich etwas abschwächen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet in seinem „World Economic Outlook“ vom April 2011 einen Zuwachs des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das laufende und das kommende Jahr von 4,4% beziehungsweise von 4,5%. Die weltwirtschaftlichen Regionen expandieren dabei unterschiedlich kräftig. Während sich in den aufstrebenden Volkswirtschaften – insbesondere in China und Indien – Anzeichen von Überhitzung zeigen, wachsen die fortgeschrittenen Volkswirtschaften gemäßiger. Das moderatere Wachstum ist insbesondere in der notwendigen Konsolidierung der privaten und öffentlichen Haushalte sowie der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit begründet. Durch die anziehende Weltkonjunktur profitiert auch der Welthandel. Im Jahr 2011 nimmt das Welthandelsvolumen laut IWF voraussichtlich um 7,4% zu. Es wächst damit in etwa entsprechend der Vorkrisendynamik. Geopolitische Instabilitäten im Nahen Osten und Nordafrika, zuneh-

mender Überhitzungsdruck in den Schwellenländern und stark gestiegene Rohstoffpreise bergen unverändert Risiken für die Erholung der Weltwirtschaft. Der Inflationsdruck nahm zuletzt weltweit zu. Besonders in den stark expandierenden Schwellenländern, die einen hohen Energieverbrauch aufweisen und vermehrt mit Kapazitätsengpässen konfrontiert sind, steigt das Verbraucherpreisniveau kräftig. Der IWF erwartet in den aufstrebenden Volkswirtschaften eine Teuerung von 6,9% im Jahr 2011. Der Preisdruck in den Industrieländern bleibt mit 2,2% im laufenden Jahr gemäßiger.

Die US-amerikanische Wirtschaft erholt sich zusehends, wenngleich die wirtschaftliche Dynamik etwas abgenommen hat. Das BIP nahm im ersten Quartal 2011 gegenüber dem Vorquartal annualisiert um 1,8% zu. Insbesondere der private Konsum (+2,7%) und die privaten Investitionen (+8,5%) legten zu. Die rückläufigen Staatsausgaben (-5,2%) wirkten sich hingegen aus konjunktureller Sicht retardierend auf die gesamtwirtschaftliche Produktion aus. Die aktuellen Indikatoren deuten auf eine fortgesetzte und selbsttragende Erholung der US-Wirtschaft hin. Der ISM-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe verlor nur leicht und signalisiert im April 2011 weitere Expansion. Die Lage am US-amerikanischen Arbeitsmarkt bleibt indes weiter getrübt. Die Arbeitslosenquote stieg erstmals seit November 2010 im April wieder auf 9,0%. Die Langzeitarbeitslosigkeit verharrt auf historisch hohem Niveau. Risiken bergen auch die weitere Entwicklung des Immobilienmarktes und die hohe Staatsverschuldung der USA. Dem IWF zufolge könnte die Staatsverschuldung im Jahr 2011 auf fast 11% des BIP steigen und die US-Gesamtverschuldung im nächsten Jahr bereits auf 100% des BIP zunehmen. Verglichen mit anderen „AAA“-Ländern wie Deutschland muss das US-Haushaltsdefizit damit als hoch eingestuft werden. Am 18. April 2011 senkte die Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P) ihren Ausblick für die USA auf „negativ“. Die USA wurden seit 1941 von S&P durchgehend mit Triple A bewertet. Aufgrund dieser Risiken geht der IWF in seiner aktuellen Prognose von einer fortgesetzten, jedoch leicht abgeschwächten wirtschaftlichen Erholung der US-Wirtschaft aus. Für die Jahre 2011 und 2012 erwartet er eine BIP-Zunahme von 2,8% bzw. 2,9%. Der Preisdruck war zuletzt aufgrund steigender Rohstoffpreise, insbesondere für Energie, ausgeprägter. Im April 2011

Auftragseingänge in der Industrie

(Veränderungen gegen Vorjahresmonat in %)



Quelle: Reuters EcoWin

| Internationale Wirtschaftsentwicklung | | | | | |
|---|------|------|------|------|------|
| Bruttoinlandsprodukt | | | | | |
| Veränderungen gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt) | | | | | |
| | 2010 | | | | 2011 |
| | Q1 | Q2 | Q3 | Q4 | Q1 |
| Euroraum | 0,4 | 1,0 | 0,4 | 0,3 | 0,8 |
| USA | 0,9 | 0,4 | 0,6 | 0,8 | 0,4 |
| Japan | 1,5 | 0,5 | 0,8 | -0,3 | - |
| Arbeitslosenquote | | | | | |
| Abgrenzung nach IAO (saisonbereinigt) | | | | | |
| | Nov. | Dez. | Jan. | Feb. | März |
| Euroraum | 10,1 | 10,0 | 10,0 | 9,9 | 9,9 |
| USA | 9,8 | 9,4 | 9,0 | 8,9 | 8,8 |
| Japan | 5,1 | 4,9 | 4,9 | 4,6 | 4,6 |
| Verbraucherpreise | | | | | |
| Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte) | | | | | |
| | Dez. | Jan. | Feb. | März | Apr. |
| Euroraum | 2,2 | 2,3 | 2,4 | 2,7 | 2,8 |
| USA | 1,5 | 1,6 | 2,1 | 2,7 | 3,2 |
| Japan | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | - |

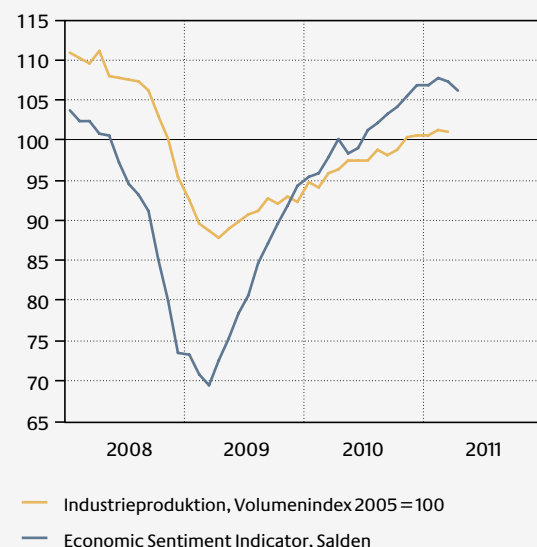
Quellen: EUROSTAT, OECD, Reuters EcoWin

lag die Inflationsrate bei +3,2% (gegenüber Vorjahresmonat). Ohne Energie und Nahrungsmittel stiegen die Verbraucherpreise um 1,3%.

Durch das schwere Erdbeben im Nordosten Japans und den anschließenden Tsunami am 11. März 2011 wurde die Infrastruktur der Region schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Reaktorkatastrophe und die damit einhergehenden Engpässe in der Stromversorgung beeinträchtigen die japanische Wirtschaft zusätzlich. Produktionsausfälle und Lieferengpässe betreffen vor allem die Elektro- und Automobilindustrie. Schon vor dem Erdbeben befand sich das Land in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Das BIP schrumpfte im Schlussquartal des Jahres 2010 um 0,3%. Die jüngsten Daten spiegeln die angespannte Wirtschaftslage wider. Die Auftragseingänge in der Industrie brachen im März 2011 um 15,8% ein und auch die Industrieproduktion verlor im selben Monat kräftig (-15,3%). Zudem waren sowohl Geschäftsklimaindex als auch Verbrauchervertrauen im März 2011 rückläufig. Die Verbraucherpreise stagnierten im März 2011 den vierten Monat in Folge. Die weitere Entwicklung wird auch davon abhängen, ob sich das Verbrauchervertrauen und damit die Konsumneigung stabilisiert. Vor dem Hintergrund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung der japanischen Wirtschaft behielt die Bank of Japan ihren bisherigen Kurs bei.

Im Euroraum gewinnt die wirtschaftliche Erholung an Dynamik. Im ersten Quartal 2011 verzeichnete das BIP einen Zuwachs von 0,8%. Die Europäische Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose für das Jahr 2011 von einer BIP-Zunahme im Euroraum von 1,8% und für das Jahr 2012 von 1,9% aus. Dabei gestaltet sich die wirtschaftliche Dynamik weiterhin heterogen. Während die Europäische Kommission für z. B. Deutschland ein Wachstum von 2,6% im Jahr 2011 prognostiziert, erwartet sie für Griechenland ein Minus von 3,5%. Die aktuellen Indikatoren zeigen auch zukünftig eine wirtschaftliche Erholung im Euroraum an. Der ifo-Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum stieg im zweiten Quartal 2011 leicht und liegt nunmehr deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt. Zudem beurteilen die Unternehmen die aktuelle wirtschaftliche Situation positiver als im ersten Quartal 2011. Auch der umfassend vorlaufende Economic Sentiment Indicator deutet

Eurozone
Industrieproduktion und Economic Sentiment
(saisonbereinigt)



Quellen: EUROSTAT, European Commission

auf eine weitere wirtschaftliche Erholung hin. Die Arbeitslosenquote im Euroraum stagnierte im März 2011 und lag bei 9,9%. Die Industrieproduktion fiel im selben Monat leicht (-0,2%). Die Verbraucherpreise nahmen im April 2011 um 2,8% gegenüber dem Vorjahresmonat zu.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

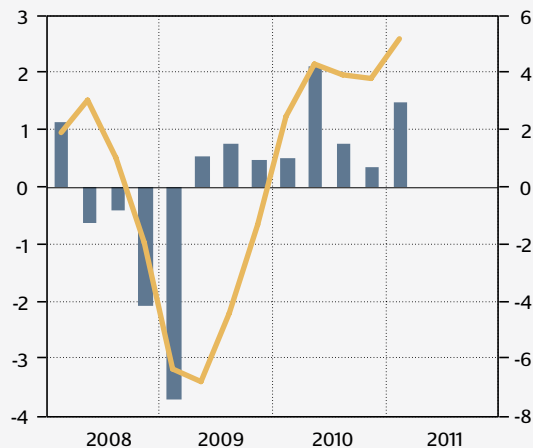
1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft läuft auf hohen Touren. Sie setzte ihren Aufschwung im ersten Quartal kraftvoll fort. Nachholeffekte und eine nach kurzer Winterstrenge schnell und kräftig einsetzende Frühjahrsbelebung trugen hierzu bei. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im ersten Quartal 2011 gegenüber dem Vorquartal um 1,5%. Das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 wurde damit in realer Rechnung bereits wieder überschritten. Die Impulse kamen überwiegend aus dem Inland und stützten sich vor allem auf Investitionen in Ausrüstungen und Bauten sowie auf die staatlichen und privaten Konsumausgaben. Die Ausfuhren wie auch die Einfuhren nahmen ebenfalls zu. Der Außenbeitrag trug dabei positiv zum Wachstum bei.

Nach dem Absturz in der Krise um insgesamt 6,6% und dem Tiefpunkt im ersten Quartal 2009 wächst die deutsche Wirtschaft nunmehr acht Quartale in Folge mit einer Zuwachsrate von durchschnittlich fast 0,9% pro Quartal. Dieses ungewöhnlich starke Wachstum war aufgrund eines Aufholprozesses bei hoher Wettbewerbsfähigkeit, weitgehend vorhandener Kapazitäten und einer gesunden Wirtschaftsstruktur möglich. In einem gerade in Europa nach wie vor teilweise schwierigen wirtschaftlichen Umfeld sowie vor

Bruttoinlandsprodukt

(Veränderungen in %, preisbereinigt)



— BIP (Ursprung), gegen Vorjahresquartal (rechte Skala)

■ BIP (saisonbereinigt), gegen Vorquartal (linke Skala)

Quelle: StBA

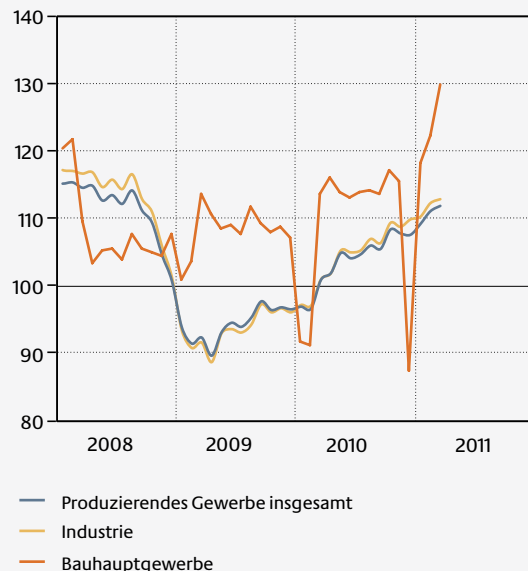
dem Hintergrund weiterer z. B. geopolitischer Risiken dürfte die deutsche Volkswirtschaft im Verlauf des Jahres auf einen etwas moderateren Wachstumspfad einschwenken. Hierauf deuten auch bereits einige nationale und internationale Konjunkturindikatoren hin.

2. Produzierendes Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe ist weiter auf Wachstumskurs. Nach der dynamischen Entwicklung im Jahresabschlussquartal 2010 lieferte es auch im ersten Quartal dieses Jahres entscheidende Impulse zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Hierzu trug neben der Industrie auch das Bauhauptgewerbe maßgeblich bei, das von Nachholeffekten und einer kräftigen Frühjahrsbelebung profitierte. Insgesamt nahm die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe im März preis- und saisonbereinigt um 0,7% und damit im ge-

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

(Volumenindex 2005 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, Bk

samten ersten Quartal um 2,6% zu. Gegenüber dem Stand vor einem Jahr erhöhte sich die Produktion im ersten Quartal arbeitstäglich bereinigt um 12,9%. Saisonbereinigt liegt sie nur noch knapp 4% unter dem Höchststand vor der Krise im ersten Quartal 2008.

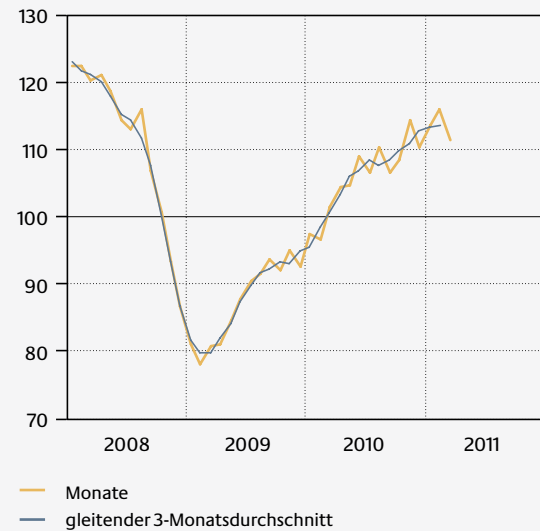
Die Industrieproduktion expandierte im ersten Quartal kräftig. Bei einem Zuwachs von 0,5% im März erhöhte sie sich im gesamten ersten Quartal weiter um 2,2%. Die stärksten Zuwächse meldeten die Produzenten von Vorleistungsgütern. Das Vorjahresniveau wurde von der Industrie insgesamt arbeitstäglich bereinigt im ersten Quartal um 13,5% überschritten. Die Impulse kamen den Umsätzen zufolge vornehmlich aus dem Inlandsabsatz. Insbesondere die Hersteller von Vorleistungsgütern verzeichneten ein merkliches Umsatzwachstum. Die Auslastung der Industriekapazitäten nahm zum Sommer hin weiter zu und bewegt sich inzwischen auf wieder überdurchschnittlichem Niveau.

| Industrie | | | | | |
|--|------|-----|------|------|------|
| Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (Volumen, saisonbereinigt) | | | | | |
| | Q4 | Q1 | Jan. | Feb. | März |
| Produktion | | | | | |
| Insgesamt | 3,0 | 2,2 | 0,4 | 1,8 | 0,5 |
| Vorleistungsgüter | 0,4 | 4,6 | 5,8 | 1,3 | 0,3 |
| Investitionsgüter | 7,0 | 0,1 | -5,2 | 2,5 | 0,8 |
| Konsumgüter | -0,1 | 2,1 | 2,1 | 1,1 | 0,8 |
| Umsätze | | | | | |
| Insgesamt | 4,4 | 0,8 | -0,2 | 0,6 | 0,8 |
| Inland | 2,6 | 1,4 | 2,1 | 1,7 | 0,1 |
| Ausland | 6,6 | 0,3 | -2,5 | -0,6 | 1,5 |
| Auftragseingänge | | | | | |
| Insgesamt | 3,1 | 2,3 | 3,1 | 1,9 | -4,0 |
| Inland | 2,0 | 3,2 | 4,7 | 2,1 | -3,5 |
| Ausland | 3,8 | 1,5 | 1,7 | 1,8 | -4,3 |
| Vorleistungsgüter | 0,4 | 4,5 | 5,2 | -0,4 | 0,3 |
| Investitionsgüter | 5,0 | 1,0 | 1,8 | 3,6 | -7,2 |
| Konsumgüter | 1,4 | 1,3 | 1,5 | 1,4 | -0,6 |

Quellen: StBA, BBk

Das Wachstum der Industrieproduktion wird sich fortsetzen, dürfte aber etwas ruhiger verlaufen als in der Aufholphase nach dem Einbruch durch die Krise. Trotz des deutlichen Rückgangs der Auftragseingänge im März um 4,0%, zu dem ein unterdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen beitrug, konnten die Industrieunternehmen im ersten Quartal ein Plus an neuen Aufträgen in Höhe von 2,3% verbuchen. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Inland merklich stärker zu als die aus dem Ausland. Die Hersteller von Vorleistungsgütern schnitten günstiger ab als die Investitions- und die Konsumgüterproduzenten.

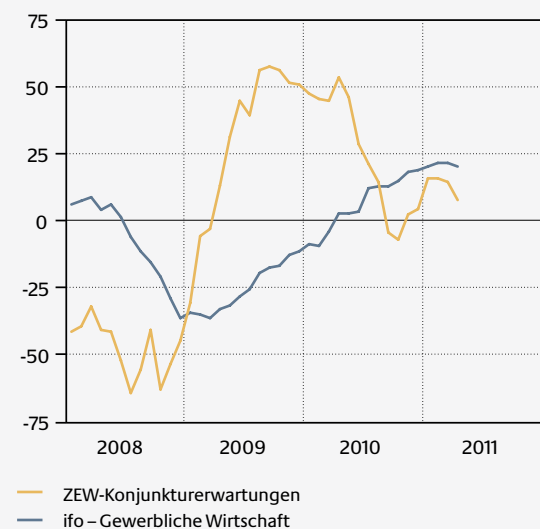
Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2005 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die positiven Aussichten werden auch durch die Stimmungsindikatoren unterstrichen. Der ifo-Geschäftsklimaindex und der Markit-Einkaufsmanagerindex notierten im April weiter nahe ihren bisherigen lokalen Höchstständen. Allerdings bleiben die welt-

Konjunkturklima
(Salden)



Quellen: ifo-Institut, ZEW

wirtschaftlichen Risiken hoch. Dies brachten die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten zum Ausdruck, die im April ihre Konjunkturerwartungen zurücknahmen.

Nach dem witterungsbedingten Produktionseinbruch zum Jahresende 2010 wurde die Produktion im Bauhauptgewerbe seitdem durch Nachholeffekte und eine außergewöhnlich kräftige Frühjahrsbelegung begünstigt. Bei einem Anstieg um 6,2% im März erhöhte sich die Erzeugung im Bauhauptgewerbe im

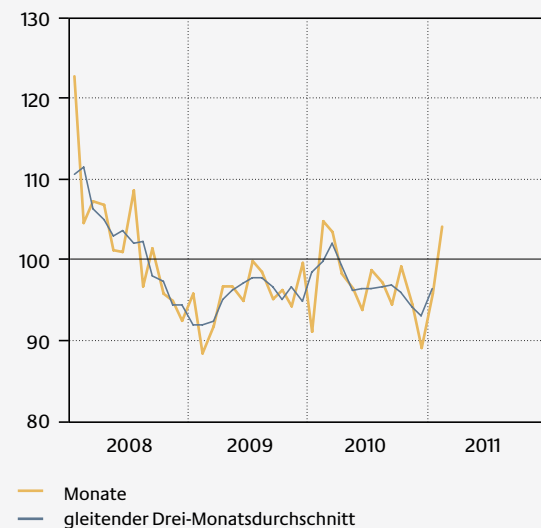
| Bauhauptgewerbe | | | | | |
|--|------|------|-------|------|-------|
| Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (Volumen, saisonbereinigt) | | | | | |
| Produktion | | | | | |
| | Q4 | Q1 | Jan. | Feb. | März |
| Insgesamt | -6,3 | 15,7 | 35,2 | 3,4 | 6,2 |
| Hochbau | -5,3 | 14,7 | 31,0 | 1,9 | 5,2 |
| Tiefbau | -8,3 | 17,7 | 43,3 | 6,0 | 7,9 |
| Auftragseingänge | | | | | |
| | Q3 | Q4 | Dez. | Jan. | Feb. |
| Insgesamt | 0,6 | -2,7 | -5,6 | 7,6 | 8,7 |
| Hochbau | 3,0 | -3,9 | -3,7 | 13,4 | 5,3 |
| Wohnungsbau* | 7,1 | -0,6 | 1,2 | 2,4 | 8,6 |
| Gewerblicher* | 5,6 | -5,3 | -5,7 | 26,2 | 10,4 |
| Öffentlicher* | -8,1 | -3,4 | -7,9 | 0,2 | -15,4 |
| Tiefbau | -1,8 | -1,6 | -7,7 | 1,6 | 12,6 |
| Straßenbau* | 0,7 | -5,4 | -7,4 | -9,8 | 17,1 |
| Gewerblicher* | -3,4 | 0,2 | -4,8 | 20,6 | 12,7 |
| Öffentlicher* | -1,1 | 3,6 | -10,8 | -5,5 | 10,5 |
| Öffentlicher Bau insg. | -2,3 | -2,5 | -8,8 | -6,5 | 7,3 |

* Angaben in jeweiligen Preisen
Quellen: StBA, BBK

ersten Quartal um ungewöhnliche 15,7%. Der Vorjahresstand wurde arbeitstäglich bereinigt im Dreimonatsvergleich zuletzt sogar um 35,4% überschritten. Neben einer gewissen Überzeichnung durch die bereits erwähnten Nachholeffekte dürften sich hierbei weiterhin die durch die Konjunkturprogramme angestoßenen Projekte auswirken.

Während die Auftragseingänge aus dem öffentlichen Sektor mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme tendenziell zurückgehen, nehmen die aus dem privaten und gewerblichen Bereich, gestützt auf die gute Konjunktur und niedrige Hypothekenzinsen, zu. Im Ergebnis stiegen die Bauaufträge zu Jahresbeginn im Januar saisonbereinigt um 7,6% und nochmals im Februar um 8,7% kräftig an. Sowohl der Wohnungs-

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2005 = 100, saisonbereinigt)



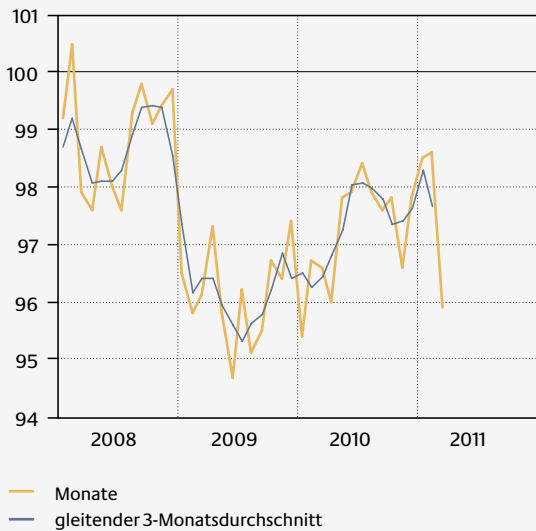
Quellen: StBA, BBK

bau als auch der gewerbliche Hoch- und Tiefbau konnten erhebliche Steigerungen verbuchen. Dabei flossen im Februar auch dem Tiefbau umfangreiche Aufträge von der öffentlichen Hand zu. Auch das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe hellte sich seit dem Jahreswechsel spürbar auf. Damit verstärkt sich insgesamt der Eindruck, dass im Bauhauptgewerbe trotz des Auslaufens der Konjunkturprogramme die Auftriebskräfte leicht die Oberhand behalten.

3. Privater Konsum

Die privaten Haushalte haben ihre Konsumausgaben im ersten Quartal 2011 in realer Rechnung weiter erhöht. Sie tragen damit seit fünf Quartalen zum binnenwirtschaftlichen Wachstum bei. Der Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftwagen) nahm an dieser Entwicklung im ersten Quartal mit einem Anstieg von 0,3% teil, obwohl die Umsätze im März spürbar um 2,7% zurückgingen. Ausgeprägter wuchsen die Umsätze im Handel mit Kraftfahrzeugen. Diese erhöhten sich im ersten Quartal um 4,8%. Sie enthalten jedoch auch die Umsätze mit gewerblichen Fahrzeugen, die den Investitionen und nicht dem privaten Konsum zuzurechnen sind. Die Neuzulassungen für private Pkw bewegen sich nach wie vor auf niedrigem Niveau, sie lagen im ersten Quartal aber etwas höher als vor

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2005 = 100, saisonbereinigt)

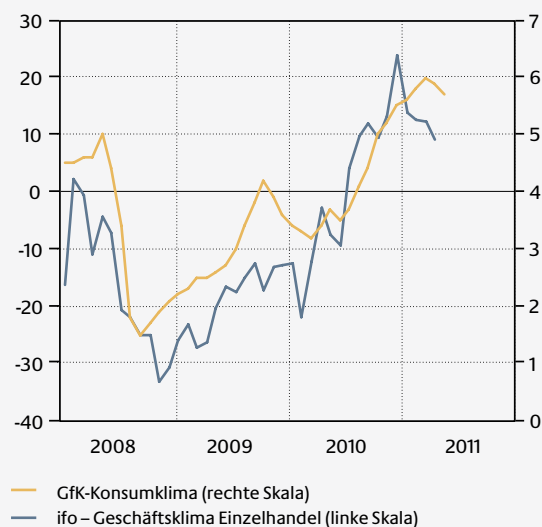


Quellen: StBA, BBk

einem Jahr. Gleichzeitig war ein gewisser Trend zu höherwertigen Fahrzeugen zu beobachten.

Die Ergebnisse der Umfragen sprechen für einen weiteren Anstieg der privaten Konsumausgaben. So-

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo-Institut, GfK

wohl für Unternehmen als auch Konsumenten werden gegenüber den langjährigen Durchschnitten deutlich positivere Umfragewerte verzeichnet. Sie deuten nach wie vor auf eine weitere Expansion der privaten Konsumausgaben hin, auch wenn das ifo-Geschäftsklima seit der Jahreswende etwas zurückhaltendere Einschätzungen widerspiegelte und auch das GfK-Konsumklima sich laut den letzten beiden Umfragen etwas abschwächte.

Zukünftig wird vor allem der anhaltende Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt in Verbindung mit einem weiteren Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter sowie steigenden Selbständigen- und Vermögenseinkommen einen weiteren spürbaren Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bewirken. Dem stehen allerdings Preisrisiken gegenüber, die derzeit vornehmlich von der Entwicklung der Energiepreise bestimmt werden.

4. Außenwirtschaft

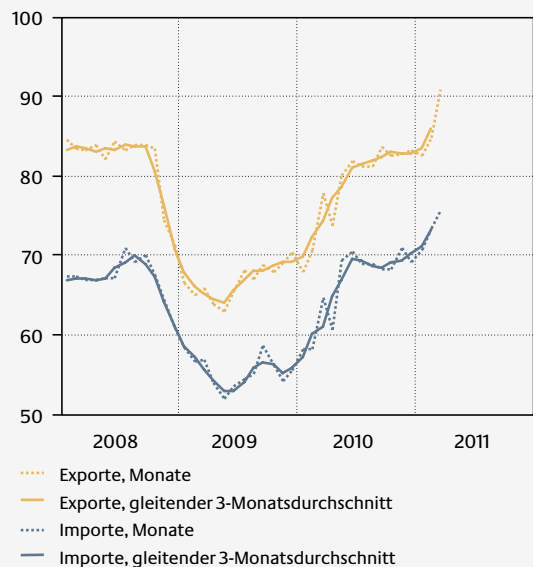
Der Aufwärtstrend der deutschen Außenwirtschaft setzt sich fort. Ein- und ausfuhrseitig wurden die starken krisenbedingten Einbrüche mehr als kompensiert und, gemessen in jeweiligen Preisen, neue Höchstwerte in der Aufzeichnungsgeschichte erreicht. Mit einem kräftigen saisonbereinigten Plus von 7,3% stiegen die Warenausfuhren im März noch stärker als im Vormonat. Die zuvor nur leichte Aufwärtsdynamik seit Jahresmitte 2010 hat damit einen spürbaren Impuls erhalten. Auch in realer Rechnung dürften die Ausfuhren nach den Zuwächsen im Februar⁴ weiter ansteigen, wenn auch moderater als im Durchschnitt des vergangenen Jahres. Die kräftigsten Impulse für den deutschen Außenhandel kamen weiterhin vor allem aus Drittländern sowie aus EU-Ländern außerhalb der Eurozone. So entfielen auf die dynamisch wachsenden Schwellenländer in Asien einschließlich Russland und Südamerika im Jahr 2010 bereits 14,4% der deutschen Warenexporte. Im Jahr 2000 waren es noch 7,8%.

Das Wachstum der Weltwirtschaft ist weiterhin beachtlich. Der IWF geht in seiner jüngsten Prognose vom April von einem anhaltend kräftigen, wenngleich etwas weniger dynamischen Wachstum der Welt-

4 Preisbereinigte Angaben liegen mit einem weiteren Monat Verzögerung vor: Februar +3,6%.

Außenhandel mit Waren

(in Milliarden Euro, saisonbereinigt)



wirtschaft aus als im vergangenen Jahr. Für 2011 wird ein Anstieg des Welt-BIP von 4,4% und für das Welt-handelsvolumen eine Zunahme von 7,4% erwartet.

Frühindikatoren wie der Welthandelsindikator des niederländischen CPB-Instituts und der OECD Composite Leading Indicator verbesserten sich zuletzt im Februar weiter. Auf nationaler Ebene haben die vom ifo-Institut im April befragten Unternehmen ihre Exporterwartungen, ausgehend von der bereits

Außenhandel*

| | Q4 | Q1 | Jan. | Feb. | März |
|--|------|------|------|------|------|
| Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt) | | | | | |
| Ausfuhr | 1,0 | 3,9 | -1,0 | 2,8 | 7,3 |
| Einfuhr | 1,1 | 5,6 | 2,3 | 4,0 | 3,1 |
| Veränderung gegen Vorjahresperiode in % (Ursprungswerte) | | | | | |
| Ausfuhr | 20,0 | 19,9 | 24,2 | 21,1 | 15,8 |
| Eurozone | 16,8 | - | 16,8 | 15,7 | 14,2 |
| EU Nicht-Eurozone | 21,3 | - | 22,7 | 21,9 | 20,0 |
| Drittländer | 24,8 | - | 30,9 | 23,9 | 15,4 |
| Einfuhr | 25,6 | 22,4 | 24,1 | 27,3 | 16,9 |
| Eurozone | 23,4 | - | 15,3 | 18,1 | 20,8 |
| EU Nicht-Eurozone | 26,9 | - | 21,9 | 21,1 | 21,8 |
| Drittländer | 29,6 | - | 28,2 | 35,5 | 9,9 |

* Warenhandel, in jeweiligen Preisen Quellen: StBA, BBk

recht positiven Einschätzung, weiter angehoben. Auch die nach wie vor aufwärts gerichteten Auslandsaufträge in der Industrie sprechen für zusätzliche Ausfuhrimpulse.

Die Wareneinfuhren in jeweiligen Preisen nahmen im März erneut deutlich um saisonbereinigt 3,1% zu. Hierin spiegeln sich allerdings auch rein preisliche Einflüsse im Gefolge der Rohstoff- und Energiepreisschübe wider. Beispielsweise erklärte der Preiseffekt im Vormonat ca. ein Drittel des Gesamtanstiegs. Neben dem hohen Importgehalt der Warenausfuhren dürfte aber auch die Belebung der Binnenwirtschaft die Warenimporte treiben.

Die Überschüsse der Handels- und der Leistungsbilanz sind im März saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen kräftig gestiegen.

5. Arbeitsmarkt

Auch der Arbeitsmarkt erlebt eine kräftige Frühjahrsbelebung. Die Erwerbstätigkeit nimmt, getragen durch die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, deutlich zu und die Arbeitslosigkeit

Arbeitsmarkt**Arbeitslose (BA)**

| | Q4 | Q1 | Feb. | März | Apr. |
|---------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| in Mio. (Ursprungszahlen) | 2,959 | 3,290 | 3,313 | 3,210 | 3,078 |
| gg. Vorjahr in 1.000 | -273 | -312 | -322 | -350 | -321 |
| gg. Vorperiode in 1.000* | -44 | -80 | -53 | -55 | -37 |
| Arbeitslosenquote | 7,0 | 7,8 | 7,9 | 7,6 | 7,3 |

Erwerbstätige (Inland)

| | Q4 | Q1 | Jan. | Feb. | März |
|--------------------------|------|------|------|------|------|
| in Mio. | 41,1 | 40,4 | 40,4 | 40,4 | 40,5 |
| gg. Vorjahr in 1.000 | 440 | 552 | 534 | 568 | 554 |
| gg. Vorperiode in 1.000* | 118 | 142 | 60 | 37 | 38 |

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

| | Q3 | Q4 | Dez. | Jan. | Feb. |
|--------------------------|------|------|------|------|------|
| in Mio. | 28,0 | 28,2 | 28,0 | 27,9 | 27,9 |
| gg. Vorjahr in 1.000 | 427 | 542 | 561 | 638 | 699 |
| gg. Vorperiode in 1.000* | 135 | 140 | 51 | 85 | 84 |

* kalender- und saisonbereinigte Angaben Quellen: BA, StBA, BBk

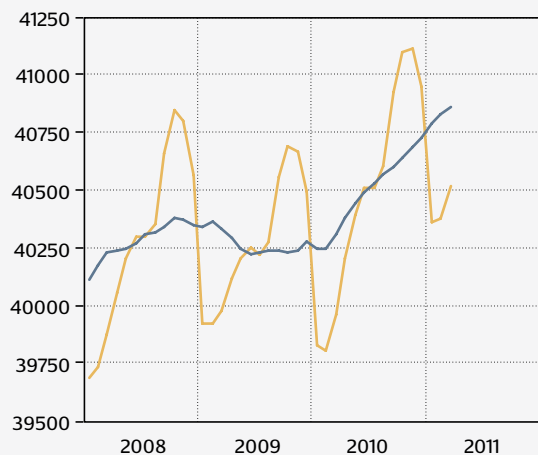
keit nimmt weiter ab. Dabei ist noch in Rechnung zu stellen, dass die Entlastungswirkung der Arbeitsmarktpolitik schwächer wird und im April ein gegenläufiger

Ferientageffekt bremsend zu Buche schlug. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist weiterhin hoch. Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt werden sich fortsetzen.

Der Beschäftigungsaufbau wurde im günstigen konjunkturellen Umfeld zusätzlich durch eine kräftige Frühjahrsbelebung beflügelt. Saisonbereinigt erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl im Inland im März um weitere 38.000 Personen. Der Anstieg entsprach in etwa dem des Vormonats. Der Anstieg der Ursprungszahlen auf 40,51 Mio. Personen fiel wesentlich stärker aus als jahreszeitlich üblich. Der Vorjahresstand wurde um 554.000 Personen überschritten.

Erwerbstätige (Inlandskonzept)

(in 1000)



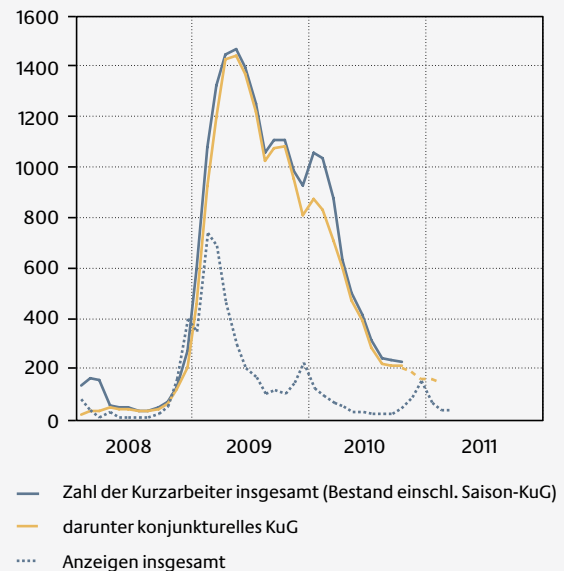
— Ursprung
— saisonbereinigt

Quellen: BA, StBA, BBk

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelt sich in den letzten Monaten besonders günstig. Nach ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) stieg ihre Zahl im Februar saisonbereinigt kräftig um 84.000. Binnen Jahresfrist entstanden hier 699.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Knapp zwei Drittel davon entfielen auf Vollzeitstellen, die um 457.000 zunahmen. Die Expansion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist zu einem Viertel auf den Bereich der Arbeitnehmerüberlassung zurückzuführen. Merklliche Zunahmen gab es darüber hinaus bei anderen wirtschaftlichen

Kurzarbeit und Anzeigen

(in 1000)



Quelle: BA

Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung), im Gesundheits- und Sozialwesen und auch im Verarbeitenden Gewerbe.

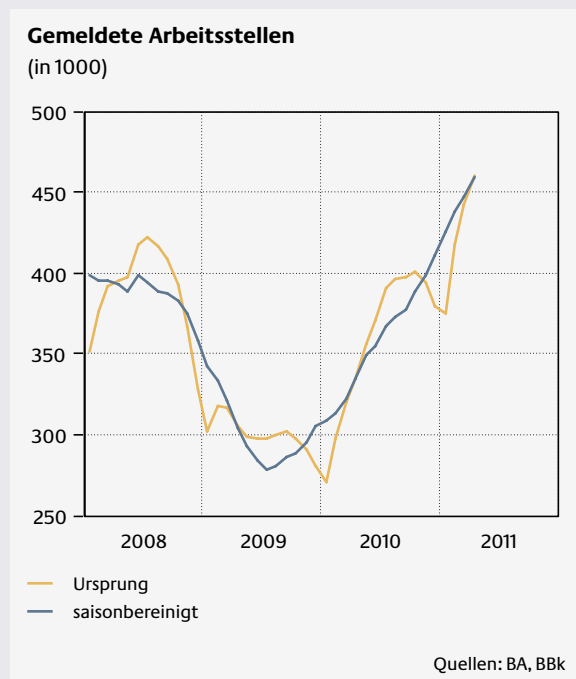
Andere Formen der Erwerbstätigkeit entwickeln sich demgegenüber uneinheitlich. Die Zahlen der Selbständigen und der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten nahmen zuletzt leicht zu. In Arbeitsgelegenheiten waren dagegen im April 75.000 Personen weniger beschäftigt als vor einem Jahr.

Die konjunkturelle Kurzarbeit geht weiterhin leicht zurück. Die BA ermittelte nach den aktuellen vorläufigen Daten für Februar 151.000 Personen als Empfänger von konjunkturellem Kurzarbeitergeld, 15.000 weniger als im Vormonat und 678.000 Personen weniger als vor einem Jahr.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist unverändert hoch. So stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen im April saisonbereinigt um 13.000. Insgesamt erhöhte sich der Bestand an gemeldeten Stellen zum Vorjahr nach den Ursprungszahlen um 126.000 auf 461.000. Aber nicht alle offenen Stellen werden der BA gemeldet. Nach der jüngsten Erhebung des IAB

waren im vierten Quartal 2010 in der gesamten Wirtschaft fast 1 Mio. Stellen vakant, ein Plus von 25 % auf Jahressicht.

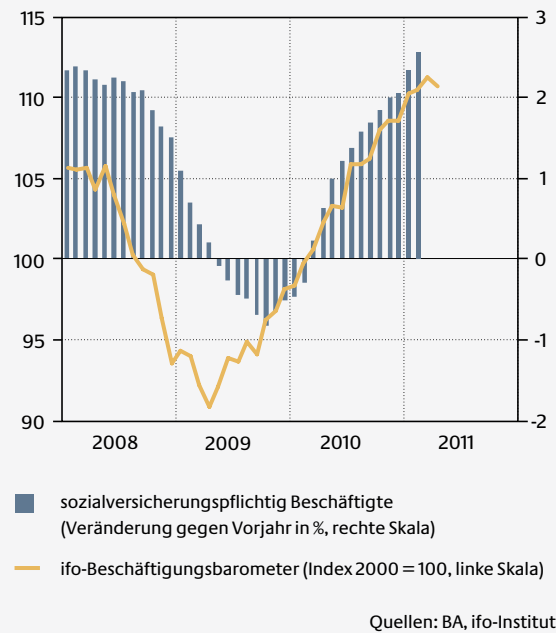
Der Stellenindex BA-X ist zuletzt im April nur noch leicht gestiegen. Gleichzeitig ging das ifo-Beschäftigungsbarometer nach siebenmaligem Anstieg in



Folge auf hohem Niveau etwas zurück. Beides könnte darauf hindeuten, dass die Dynamik der Arbeitskräftenachfrage nunmehr ihren Zenit erreicht hat. Dennoch dürfte die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter hoch bleiben.

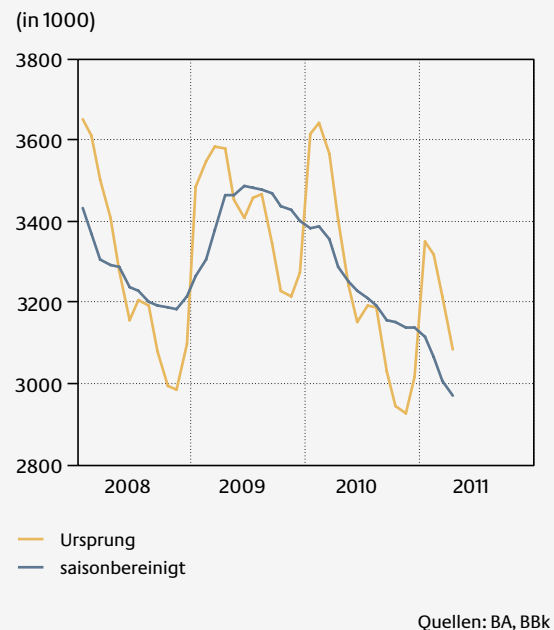
Die Arbeitslosigkeit ging im April saisonbereinigt weiter spürbar um 37.000 Personen zurück. Trotz nachlassender Entlastungswirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere bei den Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs), sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen von März auf April um 132.000 auf 3,078 Mio. Der Vorjahresstand wurde um 321.000 Personen deutlich unterschritten. Hinzu kommt, dass der Zähltag im Gegensatz zum Vorjahr vor Ostern lag und somit die erfahrungsgemäße Einstellungswelle nach den Feiertagen erst im nächsten Monat zu Buche schlägt. Dieser Teil der Frühjahrsbelebung wird sich demnach erst im Berichtsmonat Mai niederschlagen.

ifo-Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Die Arbeitslosenquote sank auf 7,3% (Vorjahr: 8,1%). Anhaltende Entlastungseffekte gehen vom demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenangebots aus, den das IAB im Jahr 2011 auf etwa 70.000 Personen beziffert.

Arbeitslose



Der Rückgang der Unterbeschäftigung fiel aufgrund der Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen noch kräftiger aus als bei der registrierten Arbeitslosigkeit. Im Konzept der Unterbeschäftigung werden neben den registrierten Arbeitslosen auch Personen erfasst, die an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder zeitweise arbeitsunfähig erkrankt sind. Sie ist damit umfassender definiert als das Konzept der registrierten Arbeitslosigkeit. Saisonbereinigt sank ihre Zahl (ohne Kurzarbeiter) im April um 51.000. Insgesamt gab es 4,04 Mio. Unterbeschäftigte, 529.000 Personen weniger als vor einem Jahr.

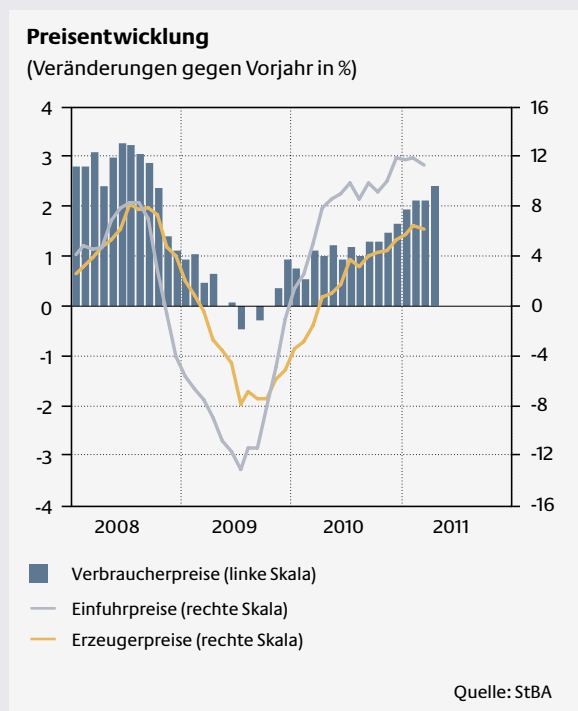
6. Preise

Das allgemeine Preisklima hat sich in den letzten Monaten vor allem durch den starken Anstieg der Rohölpreise spürbar verschlechtert. Angesichts des außenwirtschaftlichen Preisdrucks dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise vorerst hoch bleiben. Der Rohölpreis ging im vergangenen Monat allerdings spürbar zurück. Mitte Mai lag er bei ca. 113 US-Dollar je Barrel der Sorte Brent.

Die Einfuhrpreise nahmen im März im Verlauf den fünften Monat in Folge zu und stiegen wie bereits

im Februar um 1,1%. Zu diesem Anstieg hat erneut die Entwicklung der Rohstoffpreise beigetragen, die im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung seit Oktober 2010 kontinuierlich aufwärts gerichtet war. Mit der Erholung des Euro seit Jahresbeginn dürfte sich der Preisauftrieb allerdings etwas abschwächen. Der Vorjahresabstand reduzierte sich im März bereits auf 11,3%. Er befindet sich aber trotz des aktuellen Rückgangs weiterhin auf einem sehr hohen Niveau und sorgt für einen anhaltenden Preisdruck in der Produktionskette. Die Ausfuhrpreise erhöhten sich dagegen im Vorjahresvergleich deutlich gemäßigter um 4,9%. Insgesamt führte die Preisentwicklung bei den Im- und Exporten zu einer deutlichen Verschlechterung der Terms of Trade um 5,8% innerhalb eines Jahres. Zu diesem Anstieg hat maßgeblich die Verteuerung der Rohölimporte beigetragen.

Die Entwicklung der Erzeugerpreise wurde im März weiterhin von den Energiepreisen getrieben. Im Vergleich zum Vormonat stiegen sie um 0,4%. Der Vorjahresabstand verringerte sich bei den Produzentenpreisen leicht auf 6,2%, nachdem die Jahresrate im Februar den höchsten Stand seit zweieinhalb Jahren erklommen hatte. Insbesondere die Preiserhöhungen bei Energieprodukten (+10,5%) und bei Vorleistungsgütern (+7,7%) sorgten weiterhin für kräftige Steigerungsraten bei den Produktionskosten. Ohne den Energiesektor verteuerten sich die Erzeugerpreise im März um 4,4% gegenüber dem Vorjahr.



Verbraucherpreisindex

| Veränderungen in % | gg. Vormonat | | gg. Vorjahresmonat | |
|-----------------------------|--------------|------|--------------------|------|
| | März | Apr. | März | Apr. |
| Insgesamt | 0,5 | 0,2 | 2,1 | 2,4 |
| Kerninflation | 0,2 | 0,2 | 1,0 | 1,6 |
| Nahrungsmittel | -0,2 | 0,0 | 2,2 | 1,4 |
| Energie | 2,9 | 1,3 | 10,5 | 10,5 |
| Heizöl | 8,1 | 0,9 | 32,8 | 26,7 |
| Kraftstoffe | 5,1 | 2,6 | 11,2 | 12,0 |
| Insgesamt (saisonbereinigt) | 0,5 | 0,2 | - | - |

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise setzten ihren Aufwärtstrend zuletzt fort. Im April stiegen sie im Vergleich zum Vormonat um 0,2%. Preistreibend wirkte erneut die Entwicklung der Kraftstoff- und Heizölpreise auf-

grund der sprunghaften Verteuerung von Rohöl in den vergangenen Monaten. Saisonbereinigt erhöhten sich die Verbraucherpreise ebenfalls um 0,2%. Im Vergleich zum Vorjahr kletterte die Jahresrate im April auf 2,4% und übertraf damit bereits zum dritten Mal die von der EZB mittelfristig angestrebte Marke von unter, aber nahe 2%. Der Preisanstieg ist hauptsächlich der Entwicklung der Energiepreise geschuldet. Die Kerninflationsrate, die die schwankungsfällige Energie- und Nahrungsmittelkomponente unberücksichtigt lässt, stieg im April um 0,6 Prozentpunkte auf +1,6%, was aber teilweise einem Basis-effekt geschuldet war. Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex erhöhte sich im April um 2,6% gegenüber dem Vorjahr.

7. Monetäre Entwicklung

Die europäische Schuldenkrise bestimmte im Verlauf des Berichtszeitraums⁵ wieder stärker das Geschehen auf den Finanzmärkten. Während für Portugal Anfang Mai von der EU und dem IWF ein Rettungspaket von 78 Mrd. Euro geschnürt wurde, prägten vor allem die Verschuldungsprobleme Griechenlands das Marktgeschehen. Hierzu trug bei, dass die Kreditwürdigkeit Griechenlands durch verschiedene Rating-Agenturen weiter herabgestuft wurde.

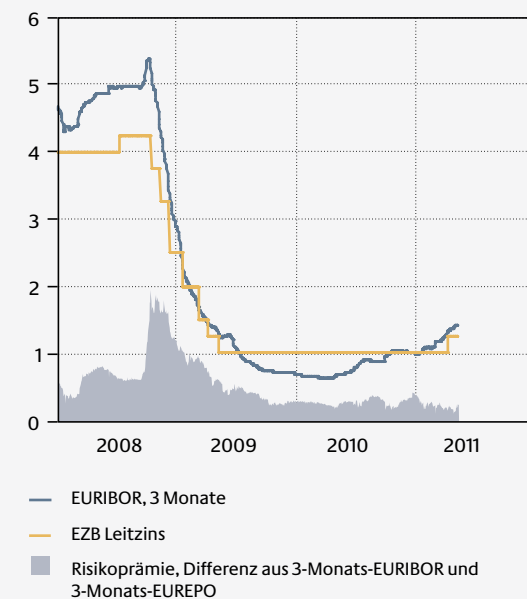
Diese Entwicklungen belasteten den Wechselkurs des Euro. Nachdem der Euro in Relation zum US-Dollar bis Anfang Mai wieder spürbar auf rund 1,49 US-Dollar aufwertete, geriet er danach wieder stärker unter Druck und notierte zuletzt bei 1,43 US-Dollar. Die Aktienmärkte hatten nach der Katastrophe in Japan recht schnell wieder Tritt gefasst und auch die wieder aufflammenden Diskussionen um die Schuldenkrise in der Eurozone belasteten die Kursentwicklung nur kurz. Angesichts nach wie vor guter konjunktureller Rahmendaten notierte der DAX zuletzt wieder in Reichweite seiner Jahreshöchststände.

Die Europäische Zentralbank hielt in ihrer Entscheidung vom 5. Mai den Leitzins unverändert, nachdem sie ihn Anfang April erstmals wieder seit Mai 2009 um 25 Basispunkte erhöht hatte. In ihrer Stellungnahme zu dieser Entscheidung unterstrich

sie, dass sie damit ihre akkommodierende Geldpolitik fortsetze. Die EZB sieht durch den vom Anstieg der Rohstoffpreise ausgehenden Druck auf die Preisentwicklung zwar erhöhte Risiken. Per saldo hält sie die Inflationserwartungen für die mittlere Frist aber fest verankert und im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB. Die amerikanische Zentralbank (FED) verkündete auf ihrer Sitzung Ende April die Fortsetzung ihres geldpolitischen Kurses in unveränderter Form. Sie beließ den Leitzins in einer Spanne zwischen 0 und 0,25% und bestätigte die Ausschöpfung ihres bis Mitte dieses Jahres angelegten Ankaufprogramms von US-Treasuries.

Die Entwicklung am europäischen Geldmarkt bewegt sich weiterhin in vergleichsweise normalen Bahnen. Die Inanspruchnahme der Einlagefazilität bei der EZB durch die Geschäftsbanken geht – sieht man von kurzfristigen Schwankungen einmal ab – tendenziell weiter zurück. Sie bewegte sich in den letzten Monaten insgesamt auf einem deutlich niedrigeren Niveau als im letzten Jahr und auch noch zu Beginn dieses Jahres. Der Risikoaufschlag am Interbankenmarkt, gemessen an der Differenz des Drei-

Geldmarktsätze in der Eurozone
(in %)



Quelle: Reuters EcoWin

monats-EURIBOR zum Dreimonats-EUREPO, ist weiterhin vergleichsweise niedrig. Er stieg im Berichtszeitraum allerdings wieder leicht an. Verschiedenen Geschäftsbanken, insbesondere in den angeschlagenen Peripherieländern, fällt die Refinanzierung am Interbankenmarkt nach wie vor schwer. Die hohen TARGET-2-Salden im Eurosystem zeigen, dass sie sich verstärkt über die EZB und ihre jeweiligen nationalen Zentralbanken finanzieren.

Die Renditeunterschiede europäischer Staatsanleihen haben sich im Zuge der wieder aufgeflamten Diskussion um die Euroschuldenkrise stärker auseinander entwickelt. Dies trieb vor allem die Renditen griechischer Papiere auf neue Rekordniveaus von bis zu 16%. Parallel hierzu kletterten die Kosten für Credit Default Swaps (CDS) in die Höhe. Auch irische und portugiesische Staatsanleihen wurden mit rund 11% bzw. 10% höher gehandelt als zu Beginn des Berichtszeitraums. Der Renditeanstieg fiel hier allerdings deutlich geringer aus. Zuletzt hatten die Ergebnisse der Stresstests irischer Banken die Anleger etwas beruhigt. Spanische und italienische Papiere rentierten nach wie vor stabil um die 5-Prozent-Marke. Demgegenüber sanken die Refinanzierungskosten für Deutschland und Frankreich, aber auch andere öko-

Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



— Deutschland — Spanien
— Irland — Griechenland
— Portugal

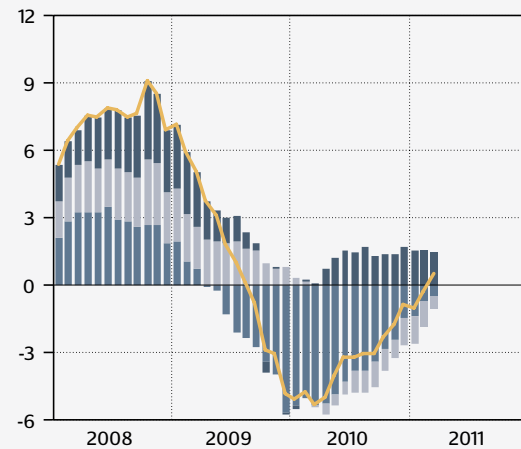
Quelle: Reuters EcoWin

nomisch starke Länder wie die Niederlande und Österreich. Deutsche Bundesanleihen standen zuletzt bei 3,1%. Sie lagen damit um 32 Basispunkte niedriger als noch Mitte April und notierten leicht unter den entsprechenden US-Treasuries, deren Rendite im selben Zeitraum etwas weniger deutlich zurückging.

Die Buchkredite an nicht finanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland erholen sich im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs seit Frühjahr dieses Jahres wieder deutlich. Mit der anhaltend lebhaften Investitionstätigkeit zieht dabei vor allem die Nachfrage nach Krediten mit längeren Laufzeiten von

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Ursprungszahlen, Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten)



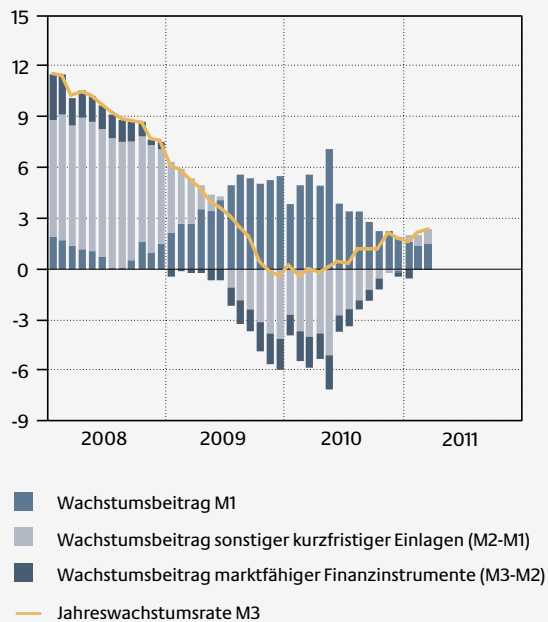
■ Laufzeit bis 1 Jahr
■ Laufzeit über 1 bis 5 Jahre
■ Laufzeit über 5 Jahre
— insgesamt

Quelle: BBk

über fünf Jahren wieder deutlicher an. Diese Kredite entwickeln sich bereits seit Februar des vergangenen Jahres wieder positiv. Auch das an private Haushalte vergebene Kreditvolumen erhöhte sich im März weiter. Während die Zuwachsrate der Konsumentenkredite aber seit September letzten Jahres wieder zurückgeht, nehmen die der Wohnungsbaukredite weiter leicht zu.

Die vom ifo-Institut ermittelte Kredithürde für die gewerbliche Wirtschaft ist im April weiter gesunken und knüpfte damit an ihren seit Januar 2010 zu verzeichnenden Rückgang an. Nur noch knapp 23% der befragten Unternehmen in der gewerblichen

Geldmenge in der Eurozone
Wachstumsrate von und Wachstumsbeiträge an M3
 (Ursprungszahlen, Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten)



Quelle: Reuters EcoWin

Wirtschaft bezeichnen die Kreditvergabe der Banken als restriktiv. Der Kreditmarktausblick der KfW vom März erwartet für die ersten beiden Quartale 2011 ein auf Jahressicht wachsendes Kreditneugeschäft. Diese Ergebnisse werden auch von der aktuellen April-Umfrage des Bank Lending Survey bestätigt. Hiernach haben sich die Kreditvergabebedingungen im ersten Quartal dieses Jahres spürbar entspannt und auch für das zweite Quartal werden wenig veränderte Kreditstandards erwartet. Gleichzeitig sind die Margen für durchschnittliche Bonitäten teilweise deutlich kleiner geworden. Vor dem Hintergrund anhaltend lebhafter Investitionstätigkeit wird derzeit ein deutlich gesteigener Mittelbedarf des privaten Sektors konstatiert.

Das Geldmengenwachstum beschleunigte sich zuletzt leicht. Die Zuwachsrate der weit gefassten Geldmenge M3 im Euroraum erhöhte sich im März im Vorjahresvergleich auf 2,3%, nach +2,1% im Februar. Während die Wachstumsrate der liquiden Komponente M1 (Bargeld und täglich fällige Einlagen) nahezu unverändert blieb, nahm vor allem das Wachstum kurzfristiger Termineinlagen zu. Das Volumen der marktfähigen Finanzinstrumente ging im März weiter leicht zurück. Die steilere Zinsstrukturkurve dämpfte das Wachstum von M3, da höherverzinsliche langfristige Anlagen außerhalb dieses Geldmengenaggregats weiter an Attraktivität gewannen.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

| Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ² | | | | | | | | |
|---|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 2009 | | | 2010 | | | | 2011 |
| | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. |
| Bruttoinlandsprodukt und Komponenten | | | | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | + 0,5 | + 0,8 | + 0,5 | + 0,5 | + 2,1 | + 0,8 | + 0,4 | + 1,5 |
| Inländische Verwendung | - 0,8 | + 0,9 | - 1,5 | + 1,9 | + 2,1 | 0,0 | - 0,4 | - |
| Private Konsumausgaben ³ | + 0,5 | - 1,2 | 0,0 | + 0,2 | + 0,4 | + 0,5 | + 0,2 | - |
| Konsumausgaben des Staates | + 0,6 | + 0,8 | - 0,3 | + 1,9 | - 1,0 | + 1,5 | + 0,6 | - |
| Bruttoanlageinvestitionen | - 1,0 | + 0,8 | - 0,8 | + 1,5 | + 5,5 | + 1,5 | - 1,1 | - |
| Ausrüstungen | - 2,7 | + 0,8 | - 1,4 | + 5,2 | + 4,1 | + 5,0 | + 2,6 | - |
| Bauten | - 0,2 | + 0,5 | - 0,7 | - 0,8 | + 7,0 | - 0,8 | - 3,9 | - |
| Sonstige Anlagen | + 1,4 | + 2,5 | + 2,0 | + 0,5 | + 2,0 | + 1,6 | + 1,7 | - |
| Exporte | - 1,4 | + 3,2 | + 2,7 | + 2,2 | + 7,6 | + 2,7 | + 2,5 | - |
| Importe | - 4,6 | + 4,1 | - 1,6 | + 5,5 | + 7,9 | + 1,4 | + 0,9 | - |
| Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴ | | | | | | | | |
| Inländische Verwendung | - 0,8 | + 0,9 | - 1,5 | + 1,7 | + 2,0 | 0,0 | - 0,4 | - |
| Private Konsumausgaben ³ | + 0,3 | - 0,8 | 0,0 | + 0,1 | + 0,3 | + 0,3 | + 0,1 | - |
| Konsumausgaben des Staates | + 0,1 | + 0,2 | - 0,1 | + 0,4 | - 0,2 | + 0,3 | + 0,1 | - |
| Bruttoanlageinvestitionen | - 0,2 | + 0,1 | - 0,1 | + 0,3 | + 1,0 | + 0,3 | - 0,2 | - |
| Ausrüstungen | - 0,2 | + 0,1 | - 0,1 | + 0,3 | + 0,3 | + 0,3 | + 0,2 | - |
| Bauten | 0,0 | + 0,1 | - 0,1 | - 0,1 | + 0,7 | - 0,1 | - 0,4 | - |
| Sonstige Anlagen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | - |
| Vorratsveränderung ⁵ | - 1,0 | + 1,4 | - 1,3 | + 0,9 | + 0,9 | - 0,8 | - 0,4 | - |
| Außenbeitrag | + 1,2 | - 0,2 | + 1,8 | - 1,1 | + 0,3 | + 0,7 | + 0,7 | - |
| Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %⁶ | | | | | | | | |
| | 2008 | | | 2010 | | | | 2011 |
| | 2008 | 2009 | 2010 | 1. Vj. | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. |
| Bruttoinlandsprodukt und Komponenten | | | | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | + 1,0 | - 4,7 | + 3,6 | + 2,5 | + 4,3 | + 3,9 | + 3,8 | + 5,2 |
| Inländische Verwendung | + 1,2 | - 1,9 | + 2,5 | + 0,4 | + 3,6 | + 2,6 | + 3,4 | - |
| Private Konsumausgaben ² | + 0,7 | - 0,2 | + 0,4 | - 0,3 | - 0,6 | + 1,1 | + 1,4 | - |
| Konsumausgaben des Staates | + 2,3 | + 2,9 | + 2,3 | + 3,1 | + 1,4 | + 2,0 | + 2,8 | - |
| Bruttoanlageinvestitionen | + 2,5 | -10,1 | + 6,0 | + 0,4 | + 7,9 | + 7,3 | + 7,6 | - |
| Ausrüstungen | + 3,5 | -22,6 | +10,9 | + 1,8 | + 9,6 | +12,9 | +17,6 | - |
| Bauten | + 1,2 | - 1,5 | + 2,8 | - 1,1 | + 6,7 | + 4,1 | + 0,8 | - |
| Sonstige Anlagen | + 6,5 | + 5,6 | + 6,4 | + 6,5 | + 7,3 | + 6,3 | + 5,6 | - |
| Exporte | + 2,5 | -14,3 | +14,1 | + 7,3 | +17,4 | +15,7 | +15,9 | - |
| Importe | + 3,3 | - 9,4 | +12,6 | + 3,2 | +17,1 | +13,6 | +16,4 | - |

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2000=100;

2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

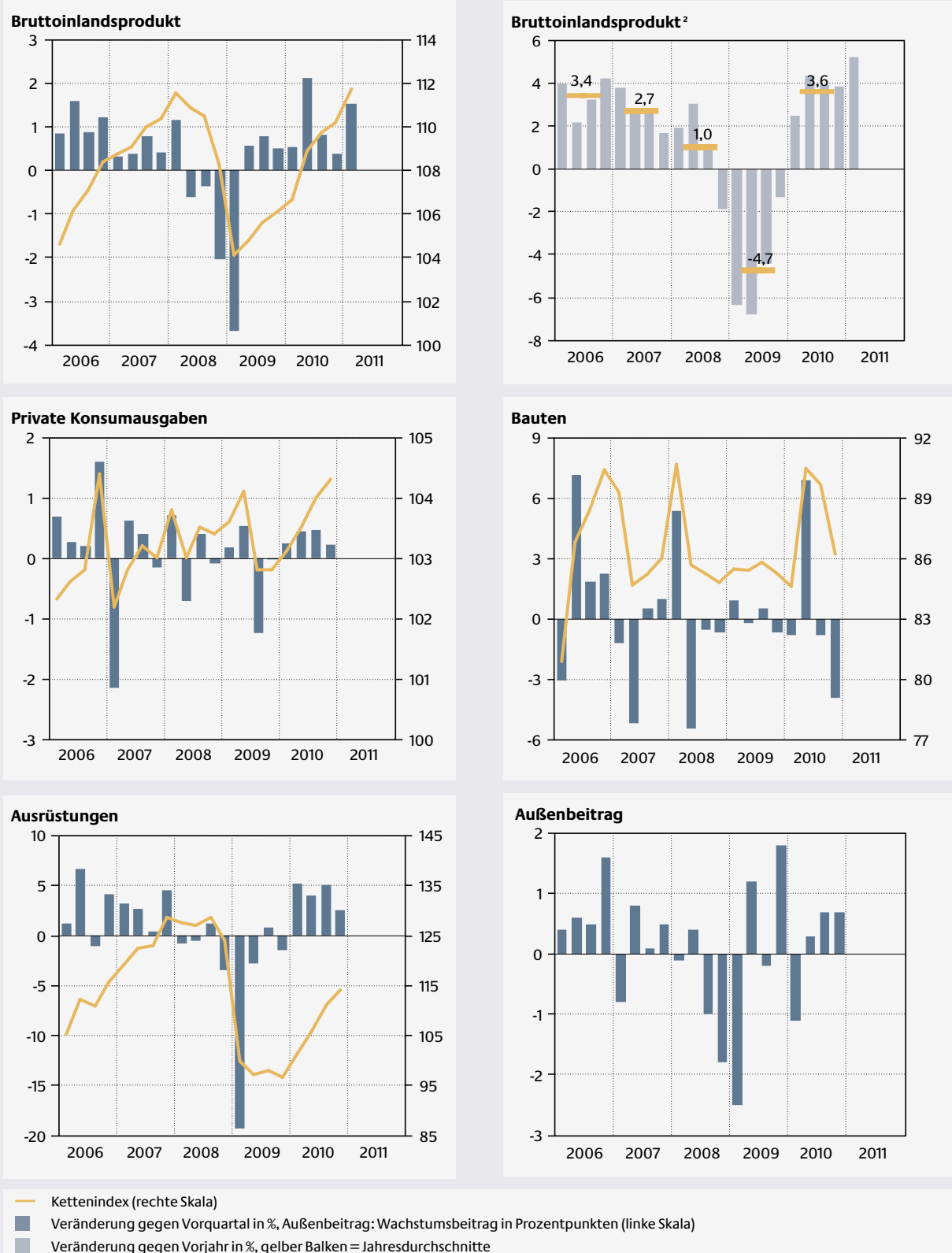
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;

4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;

5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;

6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

| Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹ | | | | | | | | |
|--|--|--------|--------|--------------------------------|--------|--------|--------|--------|
| | 2009 | | | | 2010 | | | |
| | 1. Vj. | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. |
| Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen² | | | | | | | | |
| Bruttowertschöpfung ³ | - 3,7 | + 0,2 | + 0,7 | + 0,2 | + 1,6 | + 1,7 | + 0,6 | + 0,6 |
| Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) | -11,0 | - 0,7 | + 2,9 | + 0,5 | + 4,4 | + 3,7 | + 0,2 | + 2,6 |
| Baugewerbe | + 1,1 | - 0,6 | - 0,3 | - 1,2 | + 0,1 | + 6,4 | - 2,5 | - 3,5 |
| Handel, Gastgewerbe und Verkehr | - 4,2 | - 0,1 | 0,0 | - 0,5 | + 1,0 | + 2,8 | + 0,9 | - 0,1 |
| Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister | - 1,1 | + 0,3 | - 0,2 | + 0,2 | + 1,1 | + 0,4 | + 0,6 | 0,0 |
| Öffentliche und private Dienstleister | - 0,2 | + 1,2 | + 0,5 | + 0,6 | + 0,3 | - 0,1 | + 1,2 | + 0,8 |
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | + 9,5 | + 0,5 | - 0,3 | - 0,6 | - 1,5 | + 2,2 | + 0,1 | + 0,1 |
| Veränderungen gegen Vorzeitraum in % | | | | | | | | |
| | | | | 2009 | | 2010 | | |
| | 2008 | 2009 | 2010 | 4. Vj. | 1. Vj. | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. |
| Preisentwicklung | | | | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | + 1,0 | + 1,4 | + 0,6 | + 1,3 | + 1,0 | + 0,8 | + 0,4 | + 0,3 |
| Inländische Verwendung | + 1,6 | 0,0 | + 1,4 | + 0,3 | + 1,3 | + 1,6 | + 1,3 | + 1,4 |
| Private Konsumausgaben | + 1,7 | + 0,1 | + 2,0 | + 0,6 | + 1,9 | + 2,0 | + 2,0 | + 1,9 |
| Kennzahlen | | | | | | | | |
| Erwerbstätige ³ | + 1,4 | 0,0 | + 0,5 | - 0,3 | - 0,2 | + 0,5 | + 0,8 | + 1,0 |
| Arbeitsvolumen ⁴ | + 1,2 | - 2,6 | + 2,6 | 0,0 | + 1,3 | + 2,9 | + 3,3 | + 3,0 |
| Arbeitsproduktivität ⁵ | - 0,4 | - 4,7 | + 3,1 | - 1,0 | + 2,5 | + 3,8 | + 3,1 | + 2,9 |
| Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶ | + 2,0 | + 0,2 | + 2,2 | + 0,2 | + 1,9 | + 2,3 | + 2,2 | + 2,3 |
| Lohnstückkosten ⁷ | + 2,4 | + 5,2 | - 0,9 | + 1,1 | - 0,6 | - 1,5 | - 0,8 | - 0,6 |
| verfügbares Einkommen ⁸ | + 3,2 | - 1,0 | + 2,7 | - 0,7 | + 2,3 | + 1,8 | + 3,2 | + 3,4 |
| Terms of Trade | - 1,2 | + 4,0 | - 2,2 | + 3,4 | - 0,6 | - 2,2 | - 2,5 | - 3,1 |
| Prognose Bruttoinlandsprodukt⁹ | | | | | | | | |
| | | | | Veränderung in % gegen Vorjahr | | | | |
| Institution | | | | Stand | 2011 | 2012 | | |
| EU | Europäische Union | | | 05/11 | + 2,6 | + 1,9 | | |
| Bundesregierung | Frühjahrsprognose | | | 04/11 | + 2,6 | + 1,8 | | |
| DIW | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung | | | 04/11 | + 2,7 | + 1,4 | | |
| Institute | Gemeinschaftsdiagnose (Institute) | | | 04/11 | + 2,8 | + 2,0 | | |
| IWF | Internationaler Währungsfonds | | | 04/11 | + 2,5 | + 2,1 | | |
| HWWI | Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut | | | 03/11 | + 2,3 | + 1,7 | | |
| IfW | Institut für Weltwirtschaft | | | 03/11 | + 2,8 | + 1,6 | | |
| IWH | Institut für Wirtschaftsforschung Halle | | | 03/11 | + 3,0 | + 1,9 | | |
| RWI | Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung | | | 03/11 | + 2,9 | + 2,4 | | |
| ifo | ifo-Institut für Wirtschaftsforschung | | | 12/10 | + 2,4 | - | | |
| OECD | Organisation for Economic Co-operation and Development ¹⁰ | | | 11/10 | + 2,5 | + 2,0 | | |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

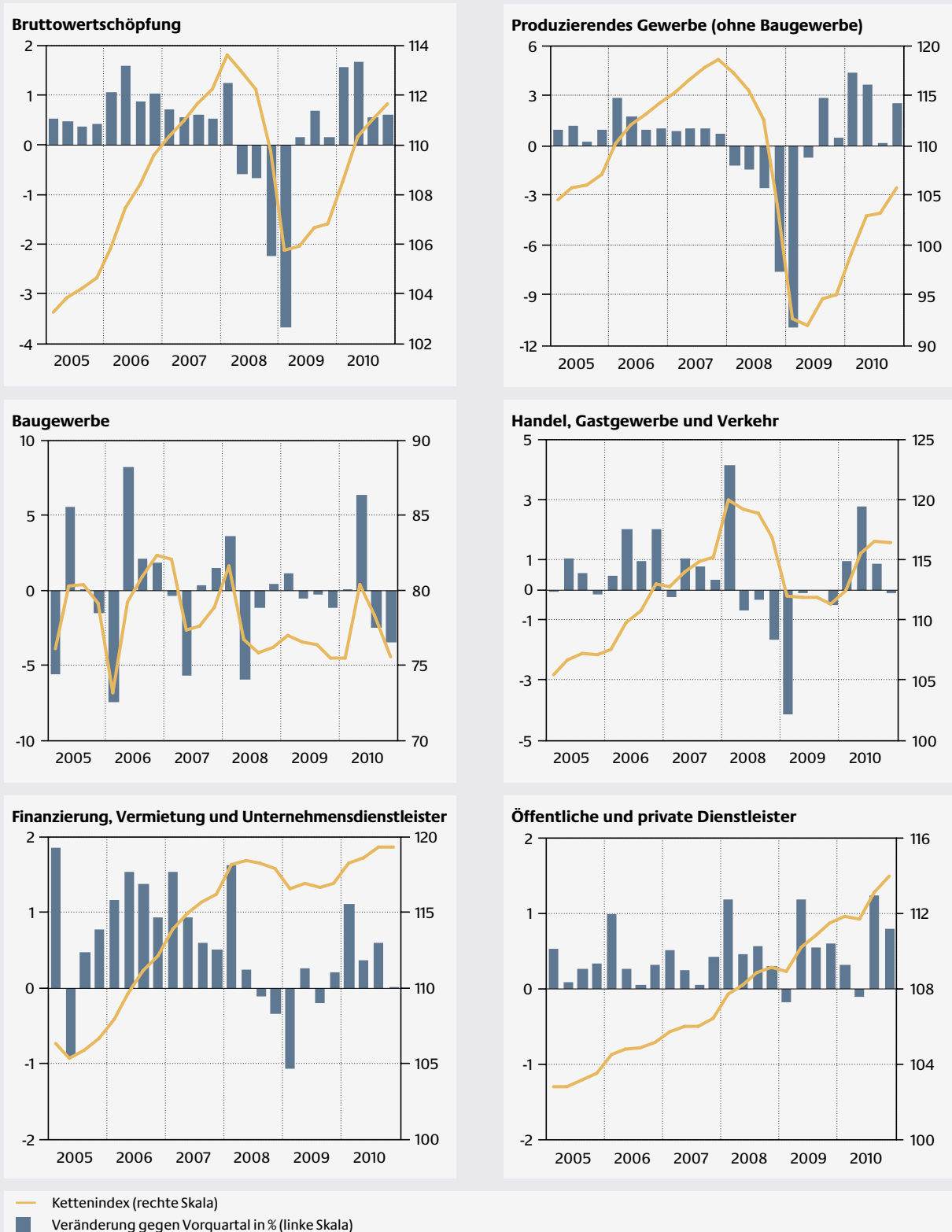
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;

3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;

6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;

10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

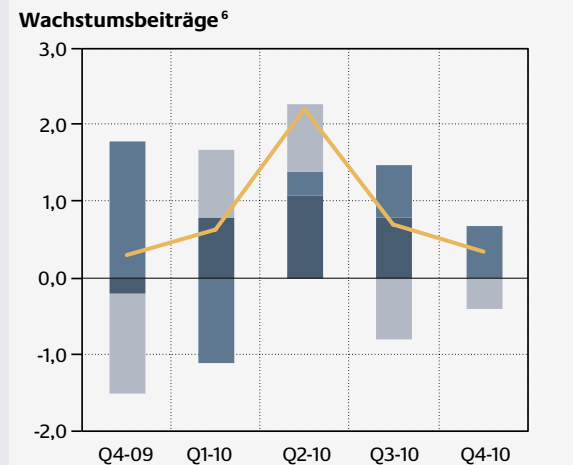
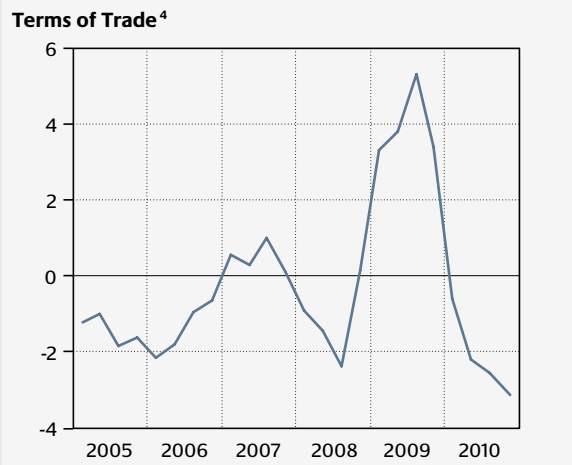
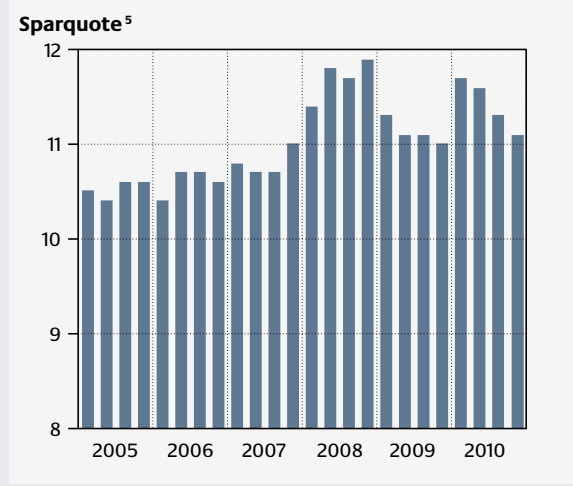
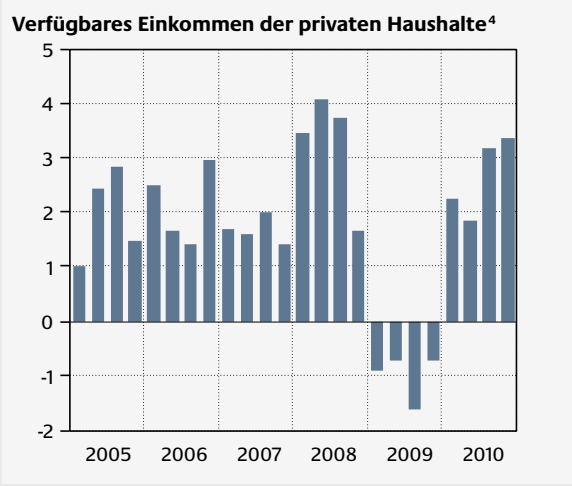
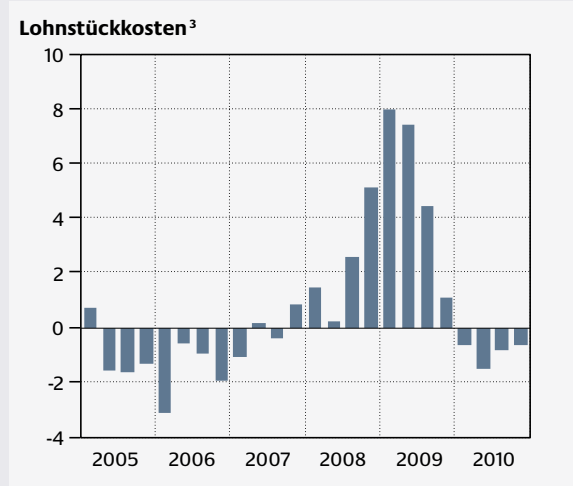
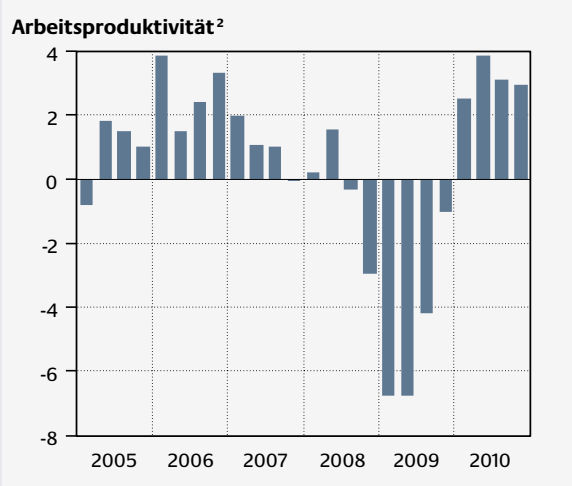
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen ■ Außenbeitrag
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100; ² Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

³ Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; ⁴ Ursprungszahlen; ⁵ Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

⁶ Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

| | 2008 | | | | 2009 | | | | 2010 | | | | 2011 | | | | |
|--|-------|-------|-------|-------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--|
| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. | |
| Bruttoinlandsprodukt¹ | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland | + 2,7 | + 1,0 | - 4,7 | + 3,6 | - 0,6 | - 0,4 | - 2,0 | - 3,7 | + 0,5 | + 0,8 | + 0,5 | + 0,5 | + 2,1 | + 0,8 | + 0,4 | + 1,5 | |
| Eurozone (EZ 17) ² | + 2,8 | + 0,4 | - 4,1 | + 1,8 | - 0,4 | - 0,6 | - 1,8 | - 2,5 | - 0,2 | + 0,4 | + 0,2 | + 0,4 | + 1,0 | + 0,4 | + 0,3 | + 0,8 | |
| Europäische Union (EU 27) ³ | + 3,0 | + 0,5 | - 4,2 | + 1,8 | - 0,3 | - 0,6 | - 1,9 | - 2,4 | - 0,3 | + 0,3 | + 0,3 | + 0,4 | + 1,0 | + 0,5 | + 0,2 | + 0,8 | |
| Japan | + 2,3 | - 1,2 | - 6,3 | + 4,0 | - 0,8 | - 1,3 | - 2,9 | - 5,4 | + 2,6 | - 0,5 | + 1,8 | + 1,5 | + 0,5 | + 0,8 | - 0,3 | - | |
| USA | + 1,9 | 0,0 | - 2,6 | + 2,9 | + 0,1 | - 1,0 | - 1,7 | - 1,2 | - 0,2 | + 0,4 | + 1,2 | + 0,9 | + 0,4 | + 0,6 | + 0,8 | + 0,4 | |
| Leistungsbilanzsaldo in % des BIP⁴ | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland | + 2,5 | + 2,1 | + 1,8 | + 1,9 | + 2,2 | + 1,6 | + 2,0 | + 1,4 | + 1,5 | + 1,8 | + 2,7 | + 1,9 | + 1,5 | + 1,7 | + 2,4 | + 1,9 | |
| Eurozone (EZ 17) ² | + 0,1 | - 1,5 | - 0,3 | - 0,4 | - 1,6 | - 1,6 | - 1,2 | - 1,2 | - 0,8 | + 0,3 | + 0,6 | - 0,8 | - 0,8 | - 0,3 | + 0,2 | - | |
| Europäische Union (EU 27) ³ | - 1,0 | - 2,0 | - 0,9 | - 0,8 | - 2,2 | - 2,2 | - 1,7 | - 1,3 | - 1,2 | - 0,7 | - 0,2 | - 0,9 | - 1,1 | - 0,5 | - 0,6 | - | |
| Japan | + 4,8 | + 3,3 | + 2,8 | + 3,6 | + 3,5 | + 2,9 | + 1,9 | + 1,8 | + 3,1 | + 3,1 | + 3,4 | + 3,8 | + 3,3 | + 3,6 | + 3,5 | - | |
| USA | - 5,1 | - 4,7 | - 2,7 | - 3,2 | - 4,9 | - 4,8 | - 4,2 | - 2,7 | - 2,4 | - 2,8 | - 2,8 | - 3,0 | - 3,4 | - 3,4 | - 3,0 | - | |
| Jahresdurchschnitt | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | 2010 | | | | | | | | | | | | 2011 | |
| | 2008 | 2009 | 2010 | April | Mai | Juni | Juli | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. | Feb. | März | April | |
| Arbeitslosenquoten in %⁵ | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland | 7,3 | 7,5 | 6,9 | 7,3 | 7,2 | 7,1 | 7,0 | 6,9 | 6,9 | 6,8 | 6,7 | 6,6 | 6,4 | 6,4 | 6,3 | - | |
| Eurozone (EZ 17) ² | 7,6 | 9,5 | 10,0 | 10,2 | 10,2 | 10,1 | 10,1 | 10,1 | 10,1 | 10,1 | 10,1 | 10,0 | 10,0 | 9,9 | 9,9 | - | |
| Europäische Union (EU 27) ³ | 7,0 | 8,9 | 9,6 | 9,7 | 9,7 | 9,6 | 9,6 | 9,6 | 9,6 | 9,7 | 9,6 | 9,6 | 9,5 | 9,5 | 9,5 | - | |
| Japan | 4,0 | 5,1 | 5,1 | 5,1 | 5,1 | 5,2 | 5,1 | 5,0 | 5,0 | 5,1 | 5,1 | 4,9 | 4,9 | 4,6 | 4,6 | - | |
| USA | 5,8 | 9,3 | 9,6 | 9,8 | 9,7 | 9,5 | 9,5 | 9,6 | 9,6 | 9,7 | 9,8 | 9,4 | 9,0 | 8,9 | 8,8 | - | |
| Verbraucherpreise⁶ | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland | + 2,8 | + 0,2 | + 1,2 | + 1,0 | + 1,2 | + 0,8 | + 1,2 | + 1,0 | + 1,3 | + 1,3 | + 1,6 | + 1,9 | + 2,0 | + 2,2 | + 2,3 | + 2,7 | |
| Eurozone (EZ 17) ² | + 3,3 | + 0,3 | + 1,6 | + 1,6 | + 1,7 | + 1,5 | + 1,7 | + 1,6 | + 1,9 | + 1,9 | + 1,9 | + 2,2 | + 2,3 | + 2,4 | + 2,7 | + 2,8 | |
| Europäische Union (EU 27) ³ | + 3,7 | + 1,0 | + 2,1 | + 2,1 | + 2,1 | + 1,9 | + 2,1 | + 2,0 | + 2,2 | + 2,3 | + 2,3 | + 2,7 | + 2,8 | + 2,9 | + 3,1 | - | |
| Japan | + 1,4 | - 1,3 | - 0,7 | - 1,2 | - 0,9 | - 0,7 | - 0,9 | - 0,9 | - 0,6 | + 0,2 | + 0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | - | |
| USA | + 3,8 | - 0,3 | + 1,6 | + 2,2 | + 2,0 | + 1,1 | + 1,2 | + 1,1 | + 1,1 | + 1,2 | + 1,1 | + 1,5 | + 1,6 | + 2,1 | + 2,7 | + 3,2 | |

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungswerten berechnet, Quartalsangaben auf Basis saisonbereinigter Werte berechnet;
- 2 Zur Eurozone gehören folgende 17 Mitgliedstaaten (Stand seit dem 1. Januar 2011): Belgien, Deutschland, Estland (seit 2011), Finnland, Frankreich, Griechenland (seit 2001), Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2008), Österreich, Portugal, Slowakei (seit 2009), Slowenien (seit 2007), Spanien, Zypern (seit 2008). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;
- 3 Der Europäischen Union gehören folgende 27 Mitgliedstaaten an (Stand seit dem 1. Januar 2007): Belgien, Bulgarien (seit 2007), Dänemark, Deutschland, Estland (seit 2004), Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland (seit 2004), Litauen (seit 2004), Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2004), Österreich, Polen (seit 2004), Portugal, Rumänien (seit 2007), Schweden, Slowenien (seit 2004), die Slowakei (seit 2004), Spanien, Tschechische Republik (seit 2004), Ungarn (seit 2004), das Vereinigte Königreich, Zypern (seit 2004). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;
- 4 Jahresangaben = Veränderung in % gegen Vorjahr, Quartalsangaben = Veränderung in % gegen Vorzeitraum;
- 5 Abgrenzung nach IAO, Berechnung auf Basis saisonbereinigter Größen, für Deutschland, EZ 16 und EU 27 harmonisierte Daten;
- 6 Veränderung in % gegen Vorjahreszeitraum.

1.7 Internationaler Vergleich – Frühindikatoren

| | 2010 | | | | | | | | 2011 | | | | |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|--|
| | Juni | Juli | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. | Feb. | März | April | Mai | |
| USA | | | | | | | | | | | | | |
| Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ¹ | 55,3 | 55,1 | 55,2 | 55,3 | 56,9 | 58,2 | 58,5 | 60,8 | 61,4 | 61,2 | 60,4 | - | |
| Auftragseingänge in der Industrie ² | +12,3 | +11,2 | +11,1 | +13,3 | +10,5 | +11,6 | +11,5 | +11,7 | +10,7 | +13,4 | - | - | |
| Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen | 3,2 | 3,0 | 2,7 | 2,6 | 2,5 | 2,7 | 3,3 | 3,4 | 3,6 | 3,4 | 3,4 | - | |
| Konsumentenvertrauen ³ | 76,0 | 67,8 | 68,9 | 68,2 | 67,7 | 71,6 | 74,5 | 74,2 | 77,5 | 67,5 | 69,8 | 72,4 | |
| Japan | | | | | | | | | | | | | |
| All-Industry-Activity-Index ⁴ | 96,0 | 97,1 | 96,6 | 96,2 | 96,2 | 96,5 | 96,6 | 96,1 | 96,8 | - | - | - | |
| Auftragseingänge in der Industrie ⁵ | + 2,5 | +14,2 | +31,9 | + 4,3 | + 5,4 | +15,1 | +16,1 | +14,0 | +27,3 | - 3,7 | - | - | |
| Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen | 1,2 | 1,1 | 1,0 | 1,1 | 0,9 | 1,0 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | - | |
| Konsumentenvertrauen ⁶ | 43,6 | 43,4 | 42,5 | 41,4 | 41,1 | 40,6 | 40,2 | 41,1 | 40,7 | 38,3 | 33,6 | - | |
| Eurozone | | | | | | | | | | | | | |
| Vertrauensindikator für die Industrie ⁷ | -5,4 | -3,8 | -2,6 | -1,2 | 0,6 | 1,8 | 5,1 | 6,1 | 6,6 | 6,7 | 5,8 | - | |
| Auftragseingänge in der Industrie ⁸ | +22,6 | +15,1 | +21,1 | +13,6 | +17,9 | +16,6 | +19,0 | +22,1 | +21,3 | - | - | - | |
| Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen | 3,6 | 3,5 | 3,3 | 3,3 | 3,3 | 3,7 | 4,1 | 4,2 | 4,3 | - | - | - | |
| Konsumentenvertrauen ⁹ | -17,3 | -14,0 | -11,4 | -11,0 | -10,9 | - 9,4 | -11,0 | -11,2 | -10,0 | -10,6 | -11,6 | - | |

1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

2 US Census Bureau, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

3 University of Michigan;

4 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index (2000 = 100), saisonbereinigt;

5 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Private Machinery, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

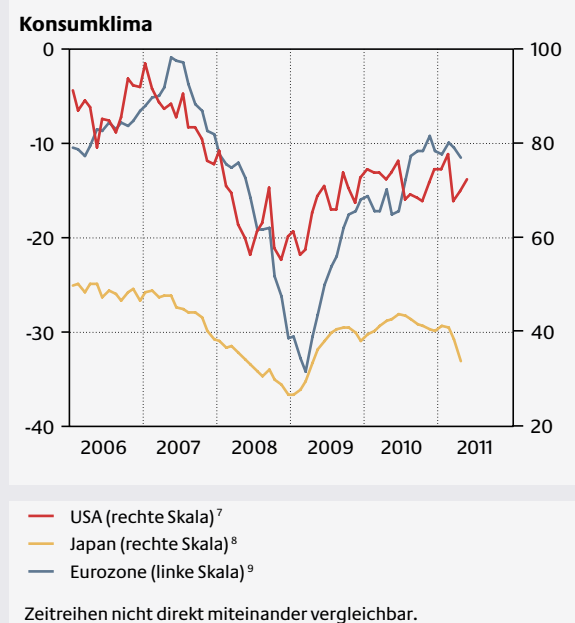
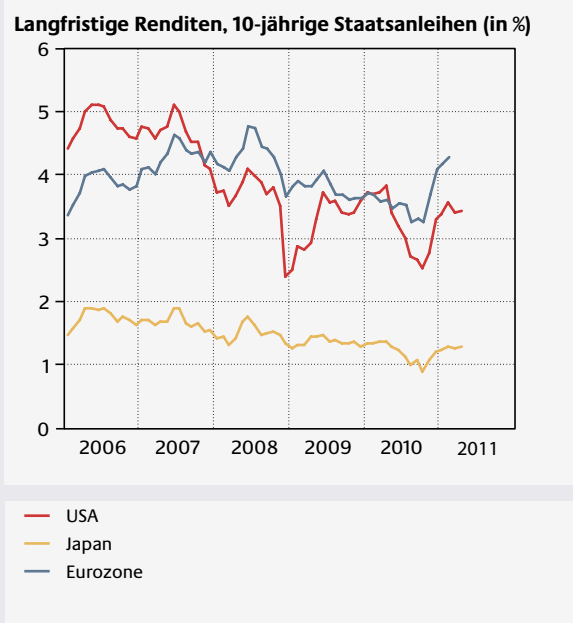
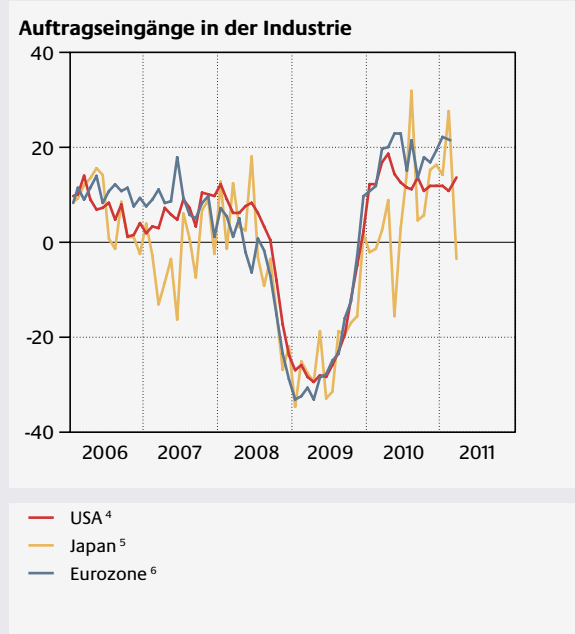
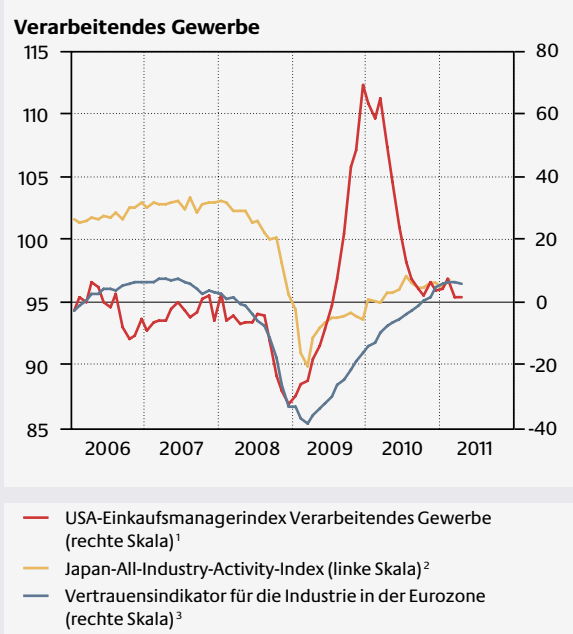
6 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) des Konsumentenvertrauens, saisonbereinigt;

7 Reuters, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

8 Eurostat, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Frühindikatoren



1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

2 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index (2000 = 100), saisonbereinigt;

3 EU-Kommission, Salden, saisonbereinigt;

4 US Census Bureau, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

5 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Private Machinery, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

6 EUROSTAT, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

7 University of Michigan;

8 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) des Konsumentenvertrauens, saisonbereinigt;

9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

| Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹) | | | | | |
|--|---------------------|--------|---------|-------------------|------------------------|
| Produktion ² | 2011 | | | | |
| | 1. Vj. ^p | Januar | Februar | März ^p | Feb./März ^p |
| Produzierendes Gewerbe insgesamt | + 2,6 | + 1,5 | + 1,7 | + 0,7 | + 2,9 |
| Industrie ³ | + 2,2 | + 0,4 | + 1,8 | + 0,5 | + 2,3 |
| Vorleistungsgüterproduzenten | + 4,6 | + 5,8 | + 1,3 | + 0,3 | + 4,3 |
| Investitionsgüterproduzenten | + 0,1 | - 5,2 | + 2,5 | + 0,8 | + 0,3 |
| Konsumgüterproduzenten | + 2,1 | + 2,1 | + 1,1 | + 0,8 | + 2,4 |
| Gebrauchsgüterproduzenten | + 2,9 | + 3,1 | + 1,2 | + 0,9 | + 3,3 |
| Verbrauchsgüterproduzenten | + 1,9 | + 1,9 | + 1,1 | + 0,8 | + 2,3 |
| Energie ⁴ | - 3,0 | - 5,2 | - 1,5 | - 1,2 | - 4,7 |
| Bauhauptgewerbe ⁵ | + 15,7 | + 35,2 | + 3,4 | + 6,2 | + 22,5 |

| Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶ | | | | | |
|---|---------------------|--------|---------|-------------------|------------------------|
| Produktion ² | 2011 | | | | |
| | 1. Vj. ^p | Januar | Februar | März ^p | Feb./März ^p |
| Produzierendes Gewerbe insgesamt | + 12,9 | + 12,7 | + 15,2 | + 11,2 | + 13,0 |
| Industrie ³ | + 13,5 | + 13,3 | + 15,7 | + 11,9 | + 13,7 |
| Vorleistungsgüterproduzenten | + 14,0 | + 14,3 | + 15,8 | + 12,1 | + 13,9 |
| Investitionsgüterproduzenten | + 17,5 | + 17,9 | + 20,0 | + 15,1 | + 17,4 |
| Konsumgüterproduzenten | + 4,5 | + 2,8 | + 6,4 | + 4,4 | + 5,3 |
| Gebrauchsgüterproduzenten | + 8,5 | + 6,2 | + 9,0 | + 10,0 | + 9,5 |
| Verbrauchsgüterproduzenten | + 3,8 | + 2,3 | + 5,9 | + 3,3 | + 4,5 |
| Energie ⁴ | - 2,4 | - 3,7 | - 3,1 | - 0,6 | - 1,8 |
| Bauhauptgewerbe ⁵ | + 35,4 | + 53,1 | + 56,3 | + 16,2 | + 30,0 |

| In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷) | | | | | |
|--|--------|--------|--------|--------|--------|
| Kapazitäts- und Geräteauslastung | 2010 | | | 2011 | |
| | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. | 2. Vj. |
| Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe⁸ | 80,1 | 82,5 | 83,0 | 84,9 | 85,6 |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Preisbereinigt, Index 2005 = 100;

3 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden;

4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung;

5 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau;

6 Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt;

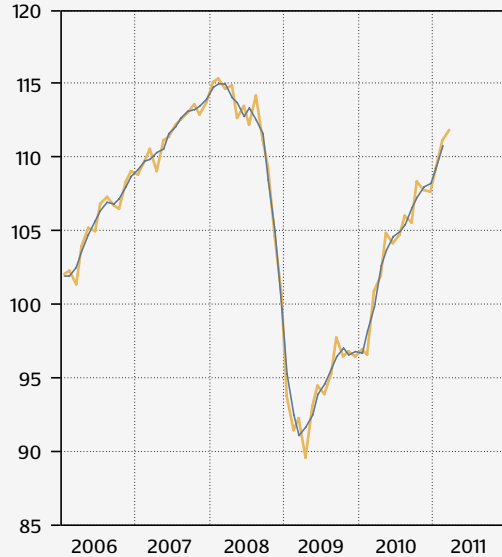
7 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

8 Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie;

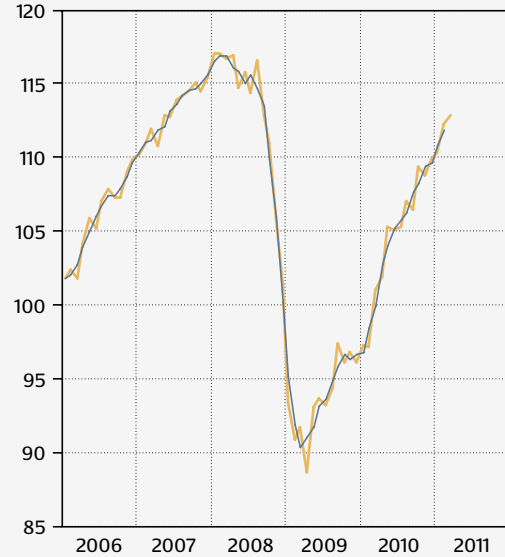
p Vorläufiges Ergebnis.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

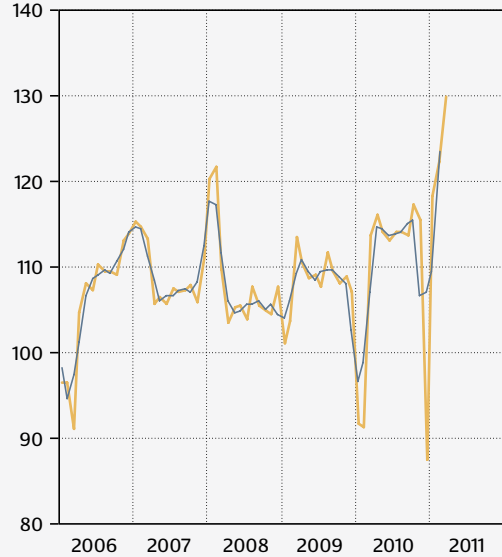
Produzierendes Gewerbe insgesamt



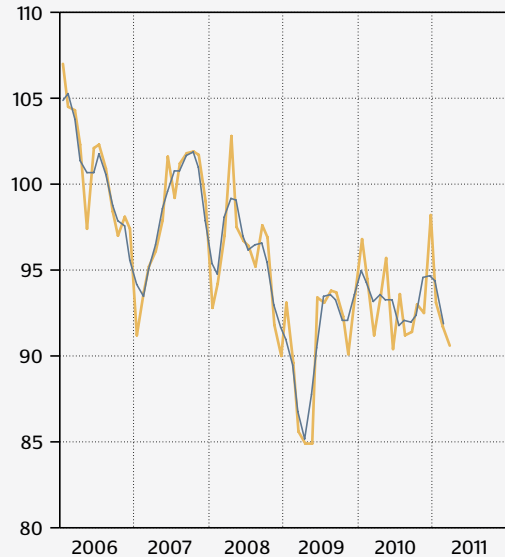
Industrie²



Bauhauptgewerbe



Energie



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2005 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

2.3 Auftragseingang der Industrie/ Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

Bundesrepublik Deutschland

| Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹) | | | | | |
|--|---------------------|--------|---------|-------------------|------------------------|
| Auftragseingang ² | 2011 | | | | |
| | 1. Vj. ^p | Januar | Februar | März ^p | Feb./März ^p |
| Industrie insgesamt³ | + 2,3 | + 3,1 | + 1,9 | - 4,0 | + 1,4 |
| Inland | + 3,2 | + 4,7 | + 2,1 | - 3,5 | + 2,6 |
| Ausland | + 1,5 | + 1,7 | + 1,8 | - 4,3 | + 0,4 |
| Eurozone | + 5,5 | + 2,5 | + 2,7 | - 2,7 | + 2,6 |
| Nicht-Eurozone | - 1,2 | + 1,3 | + 1,2 | - 5,5 | - 0,9 |
| Vorleistungsgüterproduzenten | + 4,5 | + 5,2 | - 0,4 | + 0,3 | + 2,2 |
| Inland | + 5,3 | + 6,9 | + 0,5 | + 0,3 | + 4,0 |
| Ausland | + 3,4 | + 3,4 | - 1,5 | + 0,3 | + 0,3 |
| Investitionsgüterproduzenten | + 1,0 | + 1,8 | + 3,6 | - 7,2 | + 0,7 |
| Inland | + 1,7 | + 3,2 | + 3,4 | - 7,4 | + 1,2 |
| Ausland | + 0,4 | + 0,9 | + 3,8 | - 7,2 | + 0,5 |
| Konsumgüterproduzenten | + 1,3 | + 1,5 | + 1,4 | - 0,6 | + 1,9 |
| Inland | + 1,7 | + 1,8 | + 3,2 | - 0,7 | + 3,7 |
| Ausland | + 1,1 | + 1,1 | - 0,1 | - 0,6 | + 0,2 |

| Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁴ | | | | | |
|---|---------------------|--------|---------|-------------------|------------------------|
| Auftragseingang ² | 2011 | | | | |
| | 1. Vj. ^p | Januar | Februar | März ^p | Feb./März ^p |
| Industrie insgesamt³ | + 15,0 | + 16,5 | + 19,6 | + 9,7 | + 14,3 |
| Inland | + 11,1 | + 12,1 | + 15,4 | + 6,3 | + 10,6 |
| Ausland | + 18,3 | + 20,1 | + 23,3 | + 12,6 | + 17,6 |
| Eurozone | + 15,7 | + 15,7 | + 22,9 | + 9,3 | + 15,6 |
| Nicht-Eurozone | + 20,4 | + 23,5 | + 23,5 | + 15,0 | + 19,0 |
| Vorleistungsgüterproduzenten | + 11,5 | + 14,2 | + 11,7 | + 8,8 | + 10,1 |
| Inland | + 10,0 | + 12,7 | + 10,9 | + 6,8 | + 8,7 |
| Ausland | + 13,2 | + 16,0 | + 12,8 | + 11,2 | + 12,0 |
| Investitionsgüterproduzenten | + 19,2 | + 20,3 | + 27,2 | + 11,3 | + 18,6 |
| Inland | + 13,7 | + 14,1 | + 21,5 | + 6,6 | + 13,4 |
| Ausland | + 22,9 | + 24,6 | + 31,2 | + 14,4 | + 22,2 |
| Konsumgüterproduzenten | + 4,6 | + 2,2 | + 9,1 | + 2,7 | + 5,8 |
| Inland | + 2,2 | - 1,6 | + 6,2 | + 2,0 | + 4,1 |
| Ausland | + 7,0 | + 5,8 | + 11,7 | + 3,5 | + 7,5 |
| Gebrauchsgüterproduzenten | + 10,3 | + 12,7 | + 12,1 | + 6,5 | + 9,1 |
| Verbrauchsgüterproduzenten | + 2,8 | - 1,3 | + 8,1 | + 1,5 | + 4,7 |

| Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁵) | | | | | | | | |
|---|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Auftragsbestand | 2009 | | 2010 | | | 2011 | | |
| | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. | 2. Vj. |
| Verarbeitendes Gewerbe insgesamt | 2,3 | 2,3 | 2,4 | 2,5 | 2,7 | 2,7 | 2,7 | 2,8 |
| Vorleistungsgüterproduzenten | 1,8 | 1,8 | 1,8 | 1,9 | 2,2 | 2,2 | 2,3 | 2,3 |
| Investitionsgüterproduzenten | 2,8 | 2,9 | 3,1 | 3,3 | 3,5 | 3,4 | 3,4 | 3,6 |
| Konsumgüterproduzenten | 2,2 | 2,0 | 2,1 | 1,9 | 2,0 | 2,3 | 2,1 | 2,4 |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Preisbereinigt, Index 2005 = 100;

3 Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen;

4 Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt;

5 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

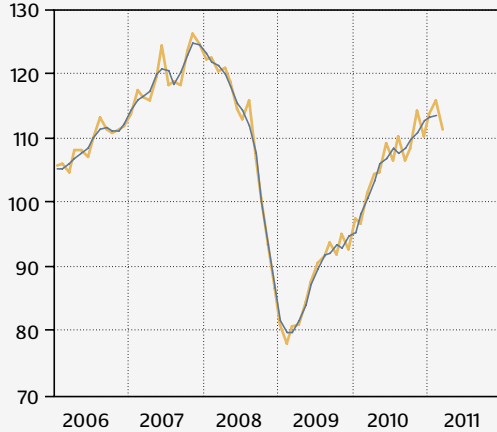
p Vorläufiges Ergebnis.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

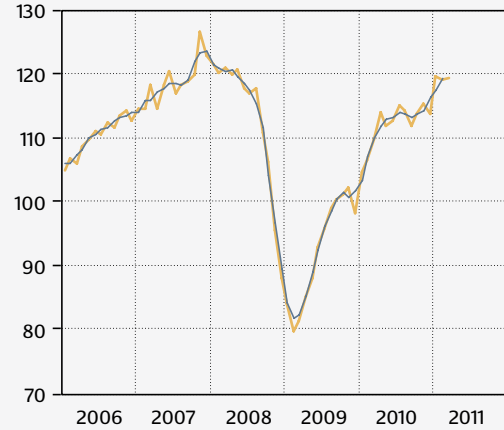
Bundesrepublik Deutschland

Industrie insgesamt

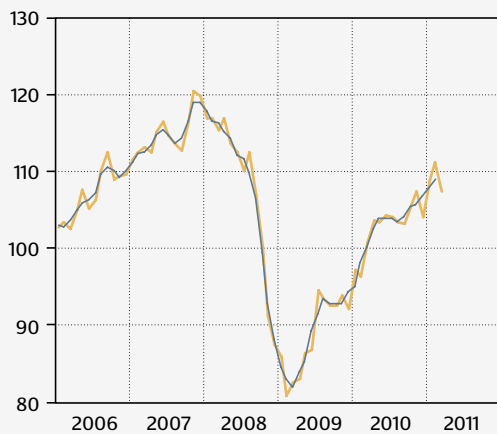
ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



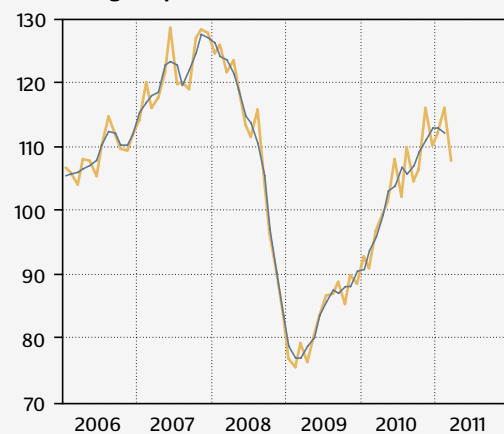
Vorleistungsgüterproduzenten



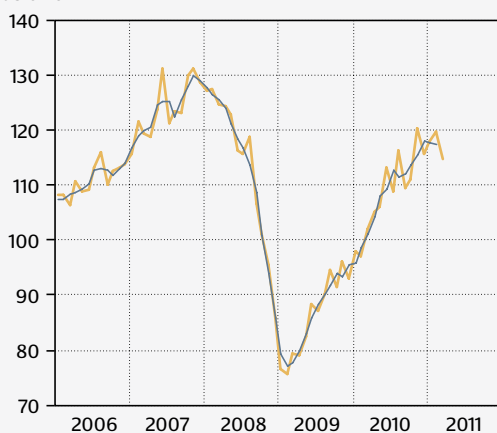
Inland



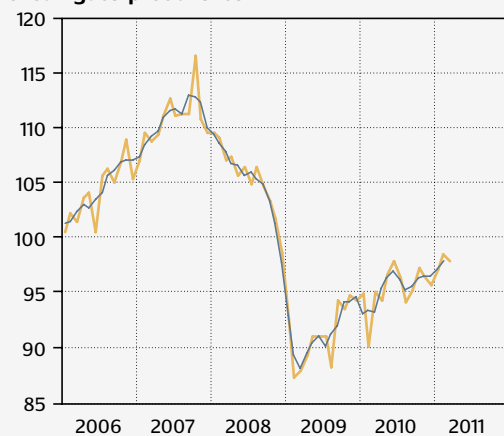
Investitionsgüterproduzenten



Ausland



Konsumgüterproduzenten²



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2005 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland, Ostdeutschland

| Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹) | | | | | | |
|--|---------|----------|----------|--------|---------|-----------|
| Auftragseingang ² | 2010 | | | 2011 | | |
| | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | Jan./Feb. |
| Hoch- und Tiefbau insgesamt | + 4,9 | - 4,7 | - 5,6 | + 7,6 | + 8,7 | + 9,1 |
| Hochbau | + 4,6 | - 4,4 | - 3,7 | + 13,4 | + 5,3 | + 14,2 |
| Wohnungsbau | - 5,1 | + 1,7 | + 1,1 | + 2,4 | + 7,7 | + 6,9 |
| Hochbau ohne Wohnungsbau | + 10,1 | - 7,4 | - 6,4 | + 19,7 | + 4,1 | + 18,1 |
| Tiefbau | + 4,9 | - 5,0 | - 7,7 | + 1,6 | + 12,6 | + 3,7 |
| Straßenbau | - 7,0 | + 9,4 | - 7,5 | - 9,9 | + 16,8 | - 6,2 |
| Tiefbau ohne Straßenbau | + 12,3 | - 12,3 | - 7,8 | + 8,8 | + 10,5 | + 9,9 |
| Baugenehmigungen ³ | | | | | | |
| Hochbau insgesamt | + 1,4 | - 0,2 | - 6,1 | + 7,8 | + 9,1 | + 9,1 |
| Wohnungsbau | + 1,5 | + 5,5 | - 16,7 | + 20,5 | + 4,2 | + 11,8 |
| Wirtschaftsbau | + 5,0 | - 4,8 | + 2,5 | - 4,3 | + 18,6 | + 6,2 |
| Öffentlicher Bau | - 6,7 | - 11,4 | + 21,0 | - 6,7 | + 8,6 | + 5,8 |

| Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % | | | | | | |
|--|---------|----------|----------|--------|---------|-----------|
| Auftragseingang ² | 2010 | | | 2011 | | |
| | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | Jan./Feb. |
| Hoch- und Tiefbau insgesamt | + 1,1 | + 0,5 | - 10,3 | + 8,6 | + 1,6 | + 4,6 |
| Hochbau | + 3,4 | - 0,5 | - 4,8 | + 21,2 | + 14,5 | + 17,5 |
| Wohnungsbau | + 1,2 | + 5,7 | + 11,6 | + 37,3 | + 25,4 | + 30,4 |
| Hochbau ohne Wohnungsbau | + 4,5 | - 3,6 | - 12,2 | + 14,9 | + 9,8 | + 12,1 |
| Tiefbau | - 1,0 | + 1,8 | - 16,1 | - 4,5 | - 11,2 | - 8,4 |
| Straßenbau | - 17,2 | - 0,4 | - 21,7 | - 9,1 | - 14,0 | - 12,0 |
| Tiefbau ohne Straßenbau | + 9,4 | + 3,1 | - 13,0 | - 2,3 | - 10,0 | - 6,7 |
| Baugenehmigungen im Wohnungsbau⁴ | + 2,4 | + 13,8 | - 5,2 | + 27,9 | + 26,6 | + 27,2 |

| Weitere Konjunkturindikatoren im Baugewerbe | | | | | | |
|--|----------|--------|---------|--------|--------|------------|
| Kapazitäts- und Geräteauslastung | 2010 | | | 2011 | | |
| | Dezember | Januar | Februar | März | April | März/April |
| Baubehinderungen⁵ | + 61,0 | + 88,0 | + 81,0 | + 70,0 | + 36,0 | + 53,0 |
| Geräte- bzw. Kapazitätsausnutzung⁶ | + 66,3 | + 54,3 | + 54,0 | + 60,8 | + 71,2 | + 66,0 |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten; preisbereinigt, Index 2005=100;

3 Veranschlagte Baukosten, saisonbereinigt;

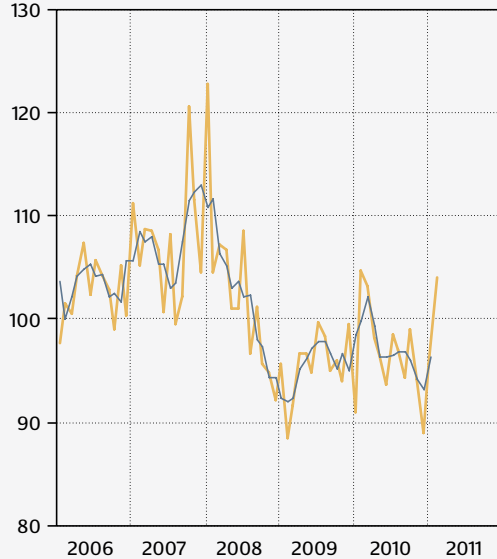
4 Kubikmeter umbauter Raum, Ursprungszahlen, 1995=100;

5 ifo-Konjunkturtest, Behinderungen der Bautätigkeit durch ungünstige Witterungsbedingungen, Ursprungszahlen, Anteil der positiven Antworten in Prozent;

6 ifo-Konjunkturtest, Ursprungszahlen, in Prozent.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe Bundesrepublik Deutschland

Bauhauptgewerbe Deutschland insgesamt^{1,2}

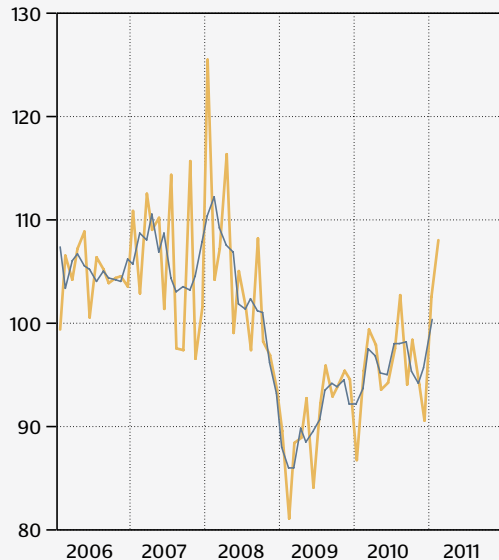


— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Erteilte Baugenehmigungen im Wohnungsbau³

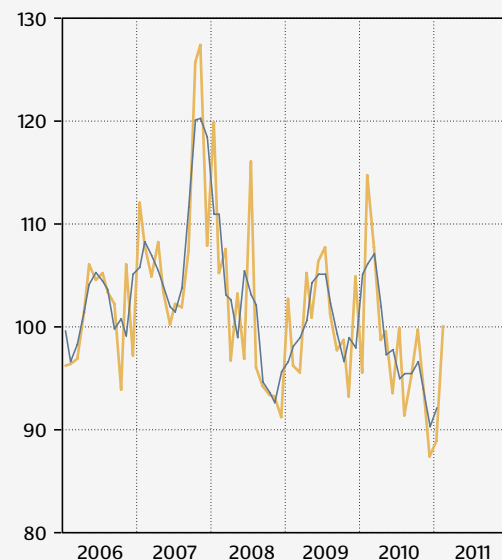


Hochbau Deutschland insgesamt¹



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Tiefbau Deutschland insgesamt¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2005 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo – Geschäftsklima

Bundesrepublik Deutschland

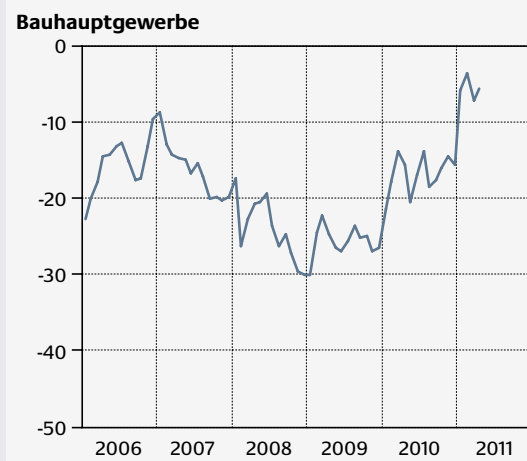
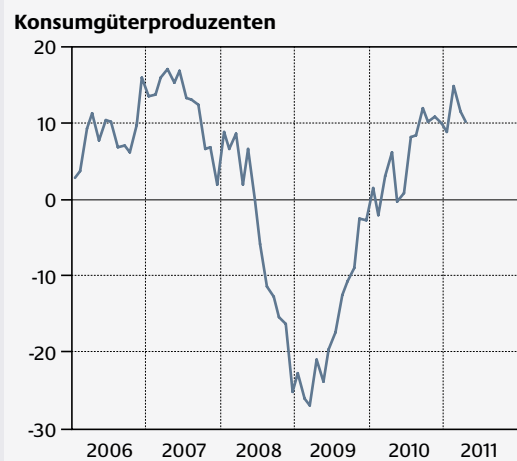
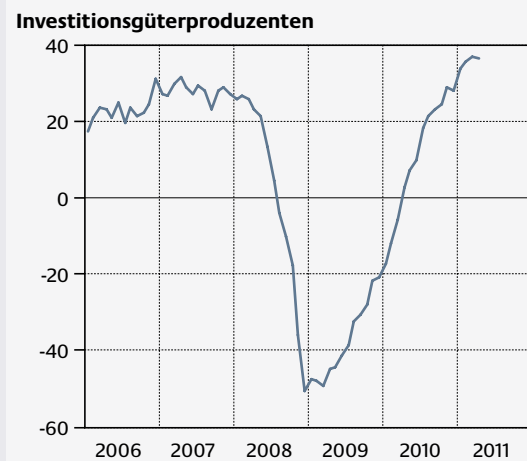
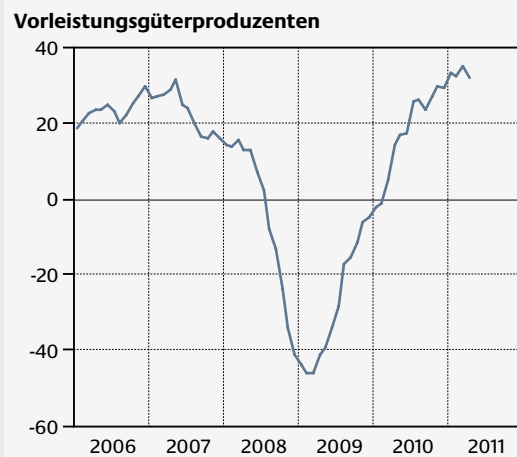
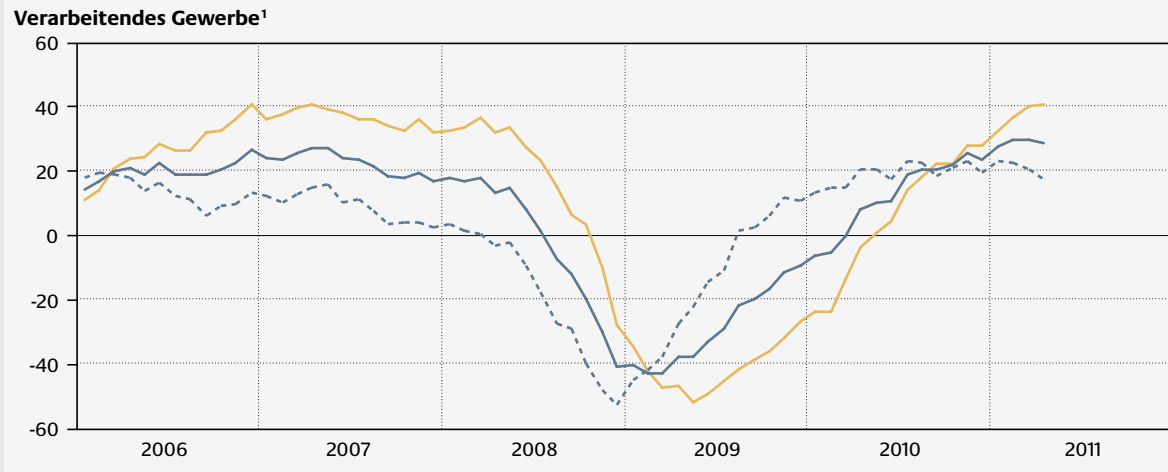
| Salden saisonbereinigt ¹ | | | | | | |
|-------------------------------------|----------|----------|--------|---------|--------|--------|
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | November | Dezember | Januar | Februar | März | April |
| Gewerbliche Wirtschaft | | | | | | |
| Geschäftsklima | + 17,9 | + 18,9 | + 19,9 | + 21,8 | + 21,4 | + 19,9 |
| Geschäftslage (Beurteilung) | + 20,3 | + 21,7 | + 21,6 | + 25,3 | + 27,3 | + 28,1 |
| Geschäftslage (Erwartungen) | + 15,5 | + 16,3 | + 18,2 | + 18,3 | + 15,6 | + 12,0 |
| Verarbeitendes Gewerbe | | | | | | |
| Geschäftsklima | + 25,3 | + 23,7 | + 27,8 | + 29,5 | + 29,9 | + 28,8 |
| Geschäftslage (Beurteilung) | + 27,8 | + 27,9 | + 32,4 | + 36,6 | + 39,9 | + 40,6 |
| Geschäftslage (Erwartungen) | + 22,9 | + 19,5 | + 23,3 | + 22,5 | + 20,4 | + 17,6 |
| Vorleistungsgüterproduzenten | | | | | | |
| Geschäftsklima | + 29,7 | + 29,2 | + 33,0 | + 32,1 | + 35,1 | + 31,8 |
| Geschäftslage (Beurteilung) | + 33,4 | + 32,8 | + 39,7 | + 41,1 | + 47,0 | + 47,2 |
| Geschäftslage (Erwartungen) | + 26,0 | + 25,6 | + 26,5 | + 23,5 | + 23,7 | + 17,3 |
| Investitionsgüterproduzenten | | | | | | |
| Geschäftsklima | + 28,6 | + 27,7 | + 33,7 | + 35,5 | + 37,0 | + 36,3 |
| Geschäftslage (Beurteilung) | + 29,1 | + 33,0 | + 39,1 | + 44,8 | + 49,9 | + 48,6 |
| Geschäftslage (Erwartungen) | + 28,1 | + 22,5 | + 28,4 | + 26,6 | + 24,7 | + 24,6 |
| Konsumgüterproduzenten | | | | | | |
| Geschäftsklima | + 10,7 | + 9,9 | + 8,7 | + 14,8 | + 11,5 | + 10,0 |
| Geschäftslage (Beurteilung) | + 10,7 | + 13,6 | + 9,4 | + 13,1 | + 13,5 | + 13,6 |
| Geschäftslage (Erwartungen) | + 10,8 | + 6,2 | + 8,1 | + 16,5 | + 9,6 | + 6,5 |
| Bauhauptgewerbe | | | | | | |
| Geschäftsklima | - 14,5 | - 15,6 | - 6,0 | - 3,6 | - 7,2 | - 5,7 |
| Geschäftslage (Beurteilung) | - 15,3 | - 23,9 | - 18,1 | - 12,2 | - 13,1 | - 6,5 |
| Geschäftslage (Erwartungen) | - 13,8 | - 6,9 | + 6,9 | + 5,4 | - 1,1 | - 4,8 |

Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigungsverfahren des ifo-Instituts.

2.8 Entwicklung des ifo-Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



— Geschäftsklima — Geschäftslage - - - Geschäftserwartungen

Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinungsverfahren des ifo-Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Einzelhandelsumsatz, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

| Umsätze ¹ (Monatliche Messzahlen) | | | | | | | | | |
|--|--|----------|----------|-----------|---|---------|------------|------------|--|
| | Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ² | | | | Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³ | | | | |
| | 2011 | | | | | | | | |
| | Januar | Februar | März | Feb./März | Januar | Februar | März | Feb./März | |
| Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) | + 0,7 | + 0,1 | - 2,7 | - 0,9 | + 3,0 | + 2,0 | - 0,7 | + 0,5 | |
| darunter: Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren | - 1,2 | 0,0 | - 0,2 | - 0,7 | - 2,1 | - 1,3 | - 1,9 | - 1,7 | |
| Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren | + 1,7 | + 3,7 | - 2,5 | + 3,3 | + 3,5 | + 5,7 | - 0,1 | + 2,4 | |
| Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik | + 8,6 | - 6,1 | - 2,8 | - 3,6 | + 13,2 | + 3,9 | + 2,6 | + 3,2 | |
| Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf | + 4,5 | + 2,3 | - 4,0 | + 2,4 | + 7,8 | + 6,2 | - 0,3 | + 2,5 | |
| Apotheken und medizinischer Facheinzelhandel | + 1,3 | - 0,9 | - 3,0 | - 1,8 | + 5,5 | + 2,3 | - 2,2 | 0,0 | |
| Handel mit Kfz; Instandhaltung und Reparatur von Kfz | + 6,9 | + 1,8 | - 4,3 | + 2,9 | + 16,3 | + 20,4 | + 8,2 | + 13,4 | |
| Gastgewerbe | + 4,0 | - 1,2 | - | - | + 3,9 | + 1,3 | - | - | |
| Weitere Indikatoren | | | | | | | | | |
| | Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % | | | | | | | | |
| | 2010 | | | | 2011 | | | | |
| | November | Dezember | Januar | Februar | März | April | März/April | Jan.-April | |
| Pkw-Neuzulassungen⁴ | - 6,2 | + 6,9 | + 16,5 | + 15,2 | + 11,4 | + 2,6 | + 7,3 | + 10,7 | |
| Preise für Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe⁵ | + 1,9 | + 2,4 | + 2,7 | + 3,1 | + 3,2 | + 3,1 | + 3,1 | + 3,0 | |
| Stimmungsindikatoren | | | | | | | | | |
| | 2010 | | | | 2011 | | | | |
| | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | März | April | Mai | |
| | ifo – Konjunkturtest Einzelhandel⁶ | | | | | | | | |
| Geschäftsklima | + 9,3 | + 13,3 | + 24,0 | + 13,9 | + 12,4 | + 12,1 | + 9,1 | - | |
| Geschäftslage | + 16,1 | + 14,2 | + 30,9 | + 17,9 | + 11,6 | + 13,7 | + 12,0 | - | |
| Geschäftserwartungen | + 2,7 | + 12,3 | + 17,4 | + 9,9 | + 13,2 | + 10,4 | + 6,3 | - | |
| GfK – Konsumklima⁷ | | | | | | | | | |
| darunter: Anschaffungsneigung | + 28,0 | + 30,3 | + 32,9 | + 34,5 | + 35,0 | + 35,3 | + 35,4 | - | |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrzeugbundesamt, ifo-Institut, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 2005=100;

2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Gastgewerbe nach Berliner Verfahren (BV 4.1);

3 Einzelhandelsumsatz: preis- und kalenderbereinigt; Handel mit Kfz; Gastgewerbe: Preisbereinigt, Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt;

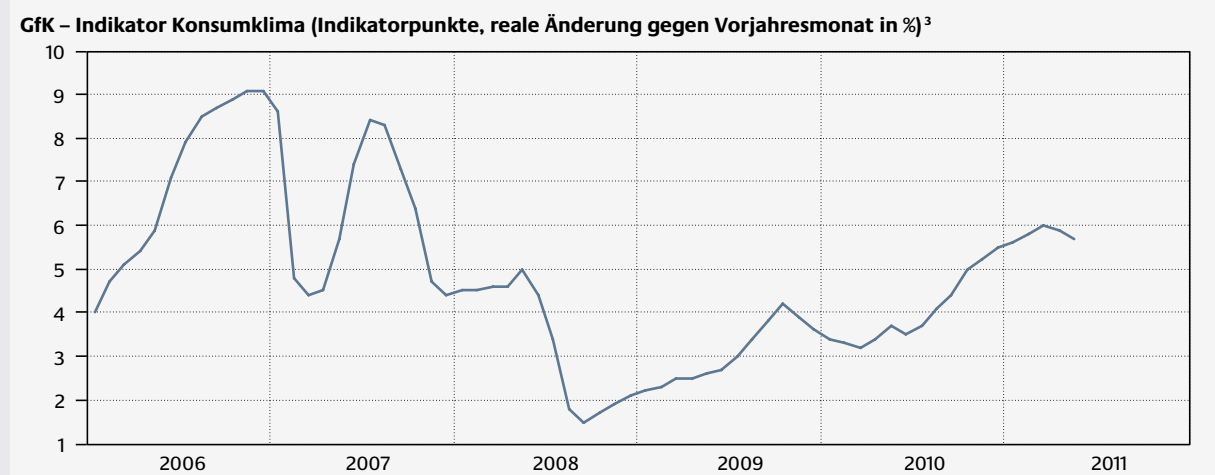
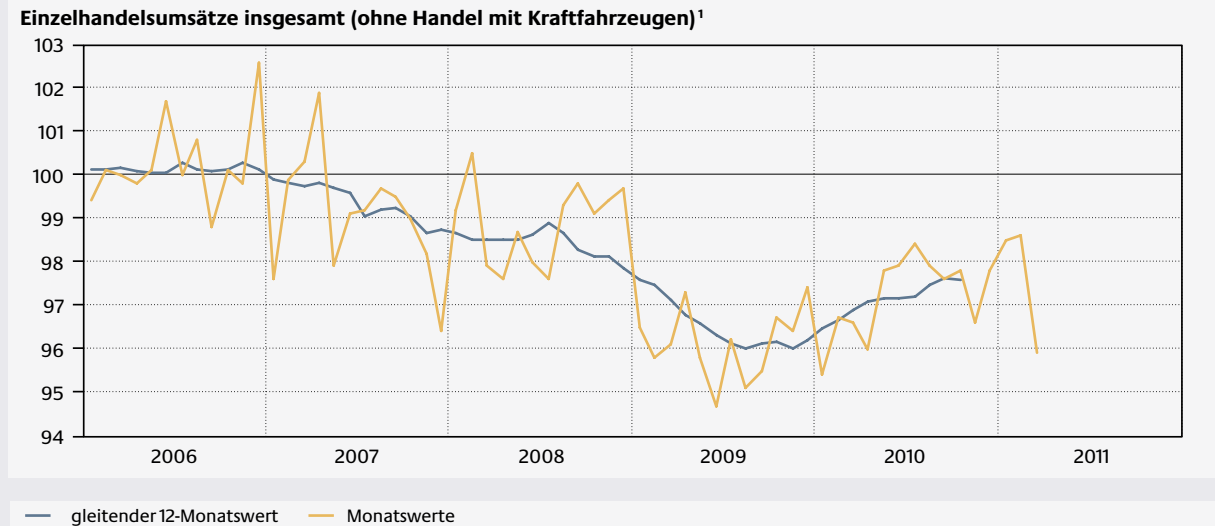
4 Ursprungszahlen;

5 Indikator für die Entwicklung der Ausgaben der Privaten Haushalte für Wohnen (COICOP-VPI-Nr. 04);

6 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

7 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 2005 = 100, preis- und saisonbereingt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Einfuhr, Ausfuhr, Leistungsbilanz

| Werte in Mrd. Euro | | | | | | |
|--|--------------|---------------|-----------|--------------------------------|---------|-----------|
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | 1. Vj. | März | Jan.-März | 1. Vj. | März | Jan.-März |
| Einfuhr (Waren) | 179,7 | 67,9 | 179,7 | 219,9 | 79,4 | 219,9 |
| Ausfuhr (Waren) | 217,5 | 84,9 | 217,5 | 260,9 | 98,3 | 260,9 |
| Saldo der | | | | | | |
| Handelsbilanz | + 37,8 | + 17,0 | + 37,8 | + 41,0 | + 18,9 | + 41,0 |
| Ergänzungen zum Warenverkehr | - 2,5 | - 1,2 | - 2,5 | - 4,4 | - 1,9 | - 4,4 |
| Dienstleistungen | - 0,9 | + 0,6 | - 0,9 | - 0,3 | + 0,5 | - 0,3 |
| Erwerbs- und Vermögenseinkommen | + 14,3 | + 5,1 | + 14,3 | + 13,2 | + 4,9 | + 13,2 |
| laufenden Übertragungen | - 14,1 | - 2,7 | - 14,1 | - 14,1 | - 2,9 | - 14,1 |
| Leistungsbilanz | + 34,6 | + 18,8 | + 34,6 | + 35,5 | + 19,5 | + 35,5 |
| Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹ | | | | | | |
| | 2010 | | 2011 | | | |
| | 4. Vj. | 1. Vj. | Januar | Februar | März | Jan.-März |
| | in Mrd. Euro | | | | | |
| Saldo der | | | | | | |
| Handelsbilanz | - 1,4 | + 3,1 | + 2,0 | - 0,8 | + 1,9 | + 3,1 |
| Ergänzungen zum Warenverkehr | - 0,9 | - 1,8 | - 0,3 | - 0,8 | - 0,7 | - 1,8 |
| Dienstleistungen | - 0,6 | + 0,6 | + 0,3 | + 0,3 | - 0,1 | + 0,6 |
| Erwerbs- und Vermögenseinkommen | - 2,5 | - 1,1 | - 0,9 | 0,0 | - 0,2 | - 1,1 |
| laufenden Übertragungen | + 0,8 | 0,0 | + 0,5 | - 0,2 | - 0,2 | 0,0 |
| Leistungsbilanz | - 4,2 | + 1,0 | + 1,5 | - 1,3 | + 0,7 | + 1,0 |
| | in % | | | | | |
| Einfuhr (Waren) | + 25,6 | + 22,4 | + 24,1 | + 27,3 | + 16,9 | + 22,4 |
| Ausfuhr (Waren) | + 20,0 | + 19,9 | + 24,2 | + 21,1 | + 15,8 | + 19,9 |
| Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²) | | | | | | |
| | 2011 | | | | | |
| | Februar | Werte März | Feb./März | Volumen ³ Januar | Februar | Jan./Feb. |
| Einfuhr (Waren) | + 4,0 | + 3,1 | + 6,8 | + 1,2 | + 2,7 | + 1,0 |
| Ausfuhr (Waren) | + 2,8 | + 7,3 | + 6,0 | - 2,3 | + 3,6 | - 0,9 |

Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

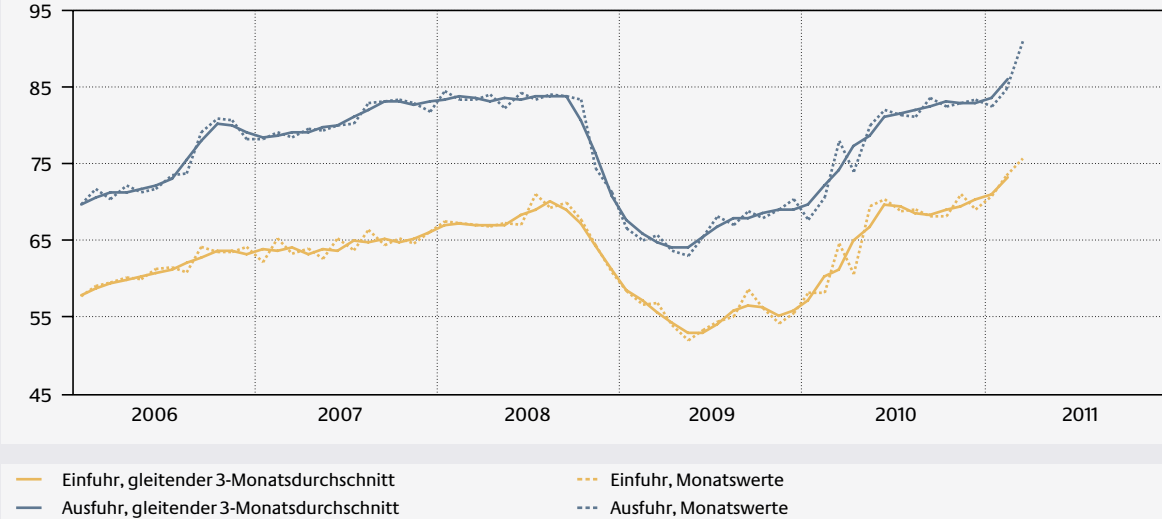
1 Ursprungszahlen;

2 Verfahren Census X-12-ARIMA;

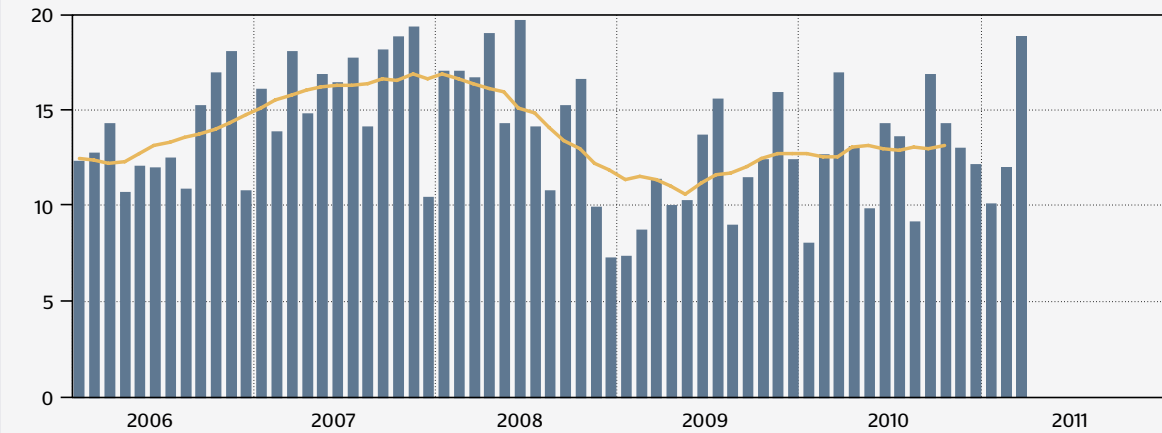
3 Preisbasis 2005.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

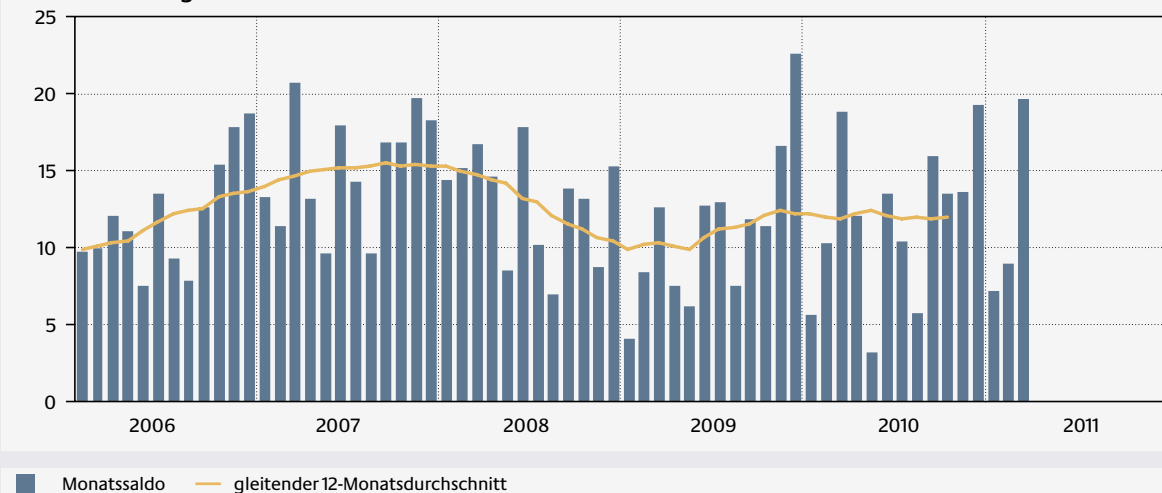
Ausfuhr/Einfuhr, saisonbereinigt¹, Werte in Mrd. Euro



Saldo der Handelsbilanz in Mrd. Euro



Saldo der Leistungsbilanz in Mrd. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen

Bundesrepublik Deutschland

| Ursprungszahlen ⁶ | | | | | | |
|--|---------------------------------|----------|--------|---------------------------------------|--------|-------|
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| Erwerbstätige ¹ | 39 802 | 39 957 | 40 201 | 40 370 | 40 511 | - |
| Erwerbslose ² | 3 411 | 3 220 | 3 031 | 2 758 | 2 727 | - |
| Erwerbslosenquote in % ^{2,3} | 8,2 | 7,7 | 7,3 | 6,6 | 6,5 | - |
| Arbeitslose ⁴ | 3 635 | 3 560 | 3 399 | 3 313 | 3 210 | 3 078 |
| Arbeitslosenquote in % ^{3,4} | 8,6 | 8,5 | 8,1 | 7,9 | 7,6 | 7,3 |
| Zugänge an Arbeitslosen ⁴ | 759 | 731 | 789 | 702 | 650 | 651 |
| Abgänge an Arbeitslosen ⁴ | 734 | 806 | 950 | 735 | 752 | 783 |
| Kurzarbeiter ^{4,7} | 1 031 | 874 | 632 | - | - | - |
| Gemeldete Arbeitsstellen ⁴ | 298 | 320 | 335 | 417 | 442 | 461 |
| Veränderungen gegen Vorzeitraum | | | | | | |
| | Veränderungen gegen Vorzeitraum | | | Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum | | |
| | 2011 | | | | | |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| Erwerbstätige ¹ | + 9 | + 141 | - | + 568 | + 554 | - |
| Erwerbslose ² | - 157 | - 31 | - | - 653 | - 493 | - |
| Arbeitslose ⁴ | - 33 | - 102 | - 132 | - 322 | - 350 | - 321 |
| Kurzarbeiter ^{4,7} | - | - | - | - | - | - |
| Gemeldete Arbeitsstellen ⁴ | + 43 | + 25 | + 19 | + 120 | + 122 | + 126 |
| Saisonbereinigte Zahlen^{5,6} | | | | | | |
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | November | Dezember | Januar | Februar | März | April |
| Erwerbstätige ¹ | 40 686 | 40 728 | 40 788 | 40 825 | 40 863 | - |
| Erwerbslose ² | 2 777 | 2 734 | 2 691 | 2 653 | 2 621 | - |
| Erwerbslosenquote in % ^{2,3} | 6,7 | 6,6 | 6,4 | 6,4 | 6,3 | - |
| Arbeitslose ⁴ | 3 138 | 3 135 | 3 115 | 3 062 | 3 007 | 2 970 |
| Arbeitslosenquote in % ^{3,4} | 7,4 | 7,4 | 7,4 | 7,3 | 7,1 | 7,1 |
| Gemeldete Arbeitsstellen ⁴ | 399 | 411 | 426 | 438 | 447 | 460 |
| Veränderungen gegen Vorzeitraum | | | | | | |
| Erwerbstätige ¹ | + 50 | + 42 | + 60 | + 37 | + 38 | - |
| Erwerbslose ² | - 43 | - 43 | - 43 | - 38 | - 32 | - |
| Arbeitslose ⁴ | - 12 | - 3 | - 20 | - 53 | - 55 | - 37 |

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Berechnung nach dem Inlandskonzept im Rahmen der Erwerbstätigenrechnung des StBA;

2 Abgrenzung nach IAO. Die Angaben werden seit September 2007 im Rahmen der Arbeitskräftestichprobe des Mikrozensus erhoben;

3 Mit dem Berichtsmonat März 2011 werden die Erwerbslosenquoten ausschließlich auf der Basis von Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung ermittelt. Diese Quoten liegen im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte über den bisherigen Ergebnissen;

4 Nationale Abgrenzung;

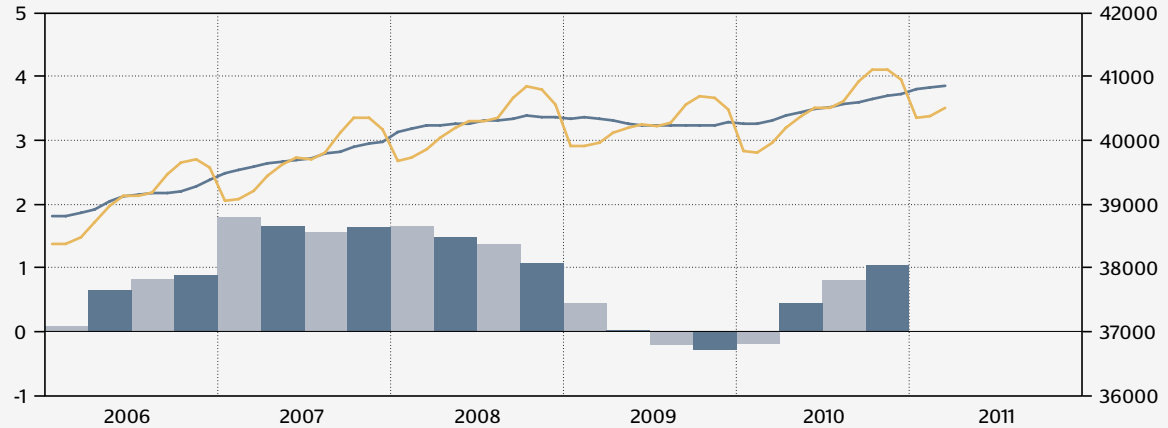
5 Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 In 1.000 Personen, Quoten in %.

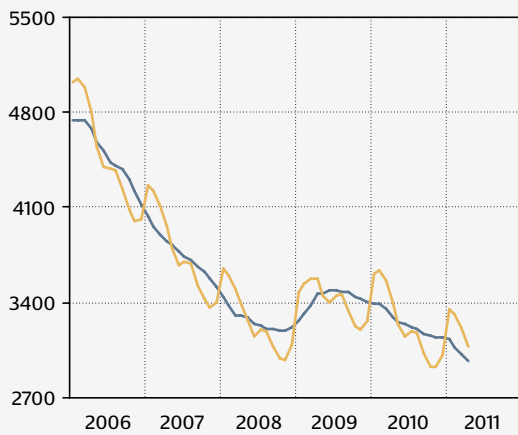
5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland

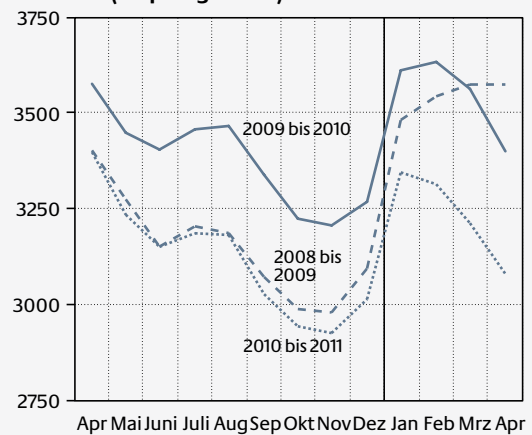
Erwerbstätige in 1.000, monatlich, rechte Skala, Erwerbstätige, vierteljährliche Veränderung gegen Vorjahr in %, linke Skala¹



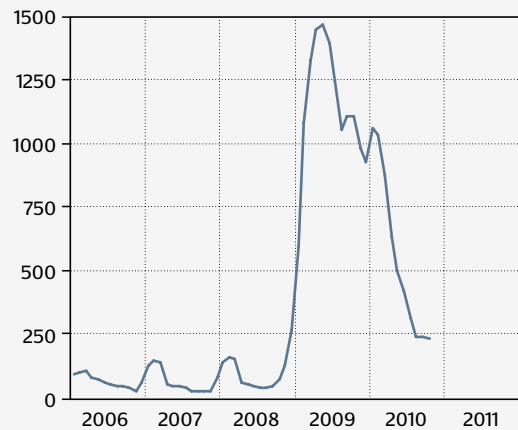
Arbeitslose in 1.000



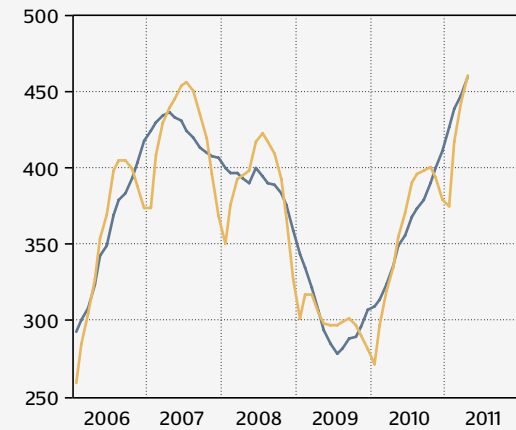
Arbeitslose (Ursprungswerte) in 1.000



Kurzarbeiter in 1.000



Gemeldete Arbeitsstellen in 1.000



■ Erwerbstätige – Veränderung in % — Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach Inlandskonzept.

5.3 Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen in Westdeutschland

| Ursprungszahlen ⁴ | | | | | | |
|--|---------------------------------|----------|--------|---------------------------------------|-------|-------|
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| Arbeitslose ² | 2 475 | 2 422 | 2 324 | 2 238 | 2 168 | 2 085 |
| Arbeitslosenquote in % ^{1,2} | 7,4 | 7,2 | 6,9 | 6,6 | 6,4 | 6,2 |
| Zugänge an Arbeitslosen ² | 534 | 509 | 553 | 492 | 454 | 457 |
| Abgänge an Arbeitslosen ² | 522 | 562 | 651 | 525 | 524 | 538 |
| Kurzarbeiter ² | 845 | 713 | 530 | - | - | - |
| Gemeldete Arbeitsstellen ² | 246 | 262 | 275 | 348 | 368 | 386 |
| | Veränderungen gegen Vorzeitraum | | | Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum | | |
| | 2011 | | | | | |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| Arbeitslose ² | - 33 | - 70 | - 82 | - 237 | - 254 | - 238 |
| Kurzarbeiter ² | - | - | - | - | - | - |
| Gemeldete Arbeitsstellen ² | + 34 | + 20 | + 17 | + 102 | + 107 | + 111 |
| Saisonbereinigte Zahlen ^{3,4} | | | | | | |
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | November | Dezember | Januar | Februar | März | April |
| Arbeitslose ² | 2 157 | 2 148 | 2 130 | 2 091 | 2 054 | 2 028 |
| Arbeitslosenquote in % ^{1,2} | 6,4 | 6,4 | 6,3 | 6,2 | 6,1 | 6,0 |
| Gemeldete Arbeitsstellen ² | 334 | 345 | 357 | 367 | 376 | 388 |
| | Veränderungen gegen Vorzeitraum | | | | | |
| Arbeitslose ² | - 8 | - 9 | - 18 | - 39 | - 37 | - 26 |
| Gemeldete Arbeitsstellen ² | + 8 | + 11 | + 12 | + 10 | + 9 | + 12 |

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

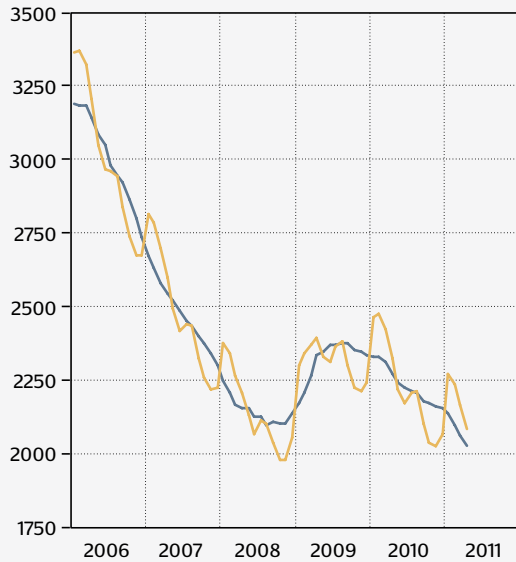
2 Nationale Abgrenzung;

3 Verfahren Census X-12-ARIMA;

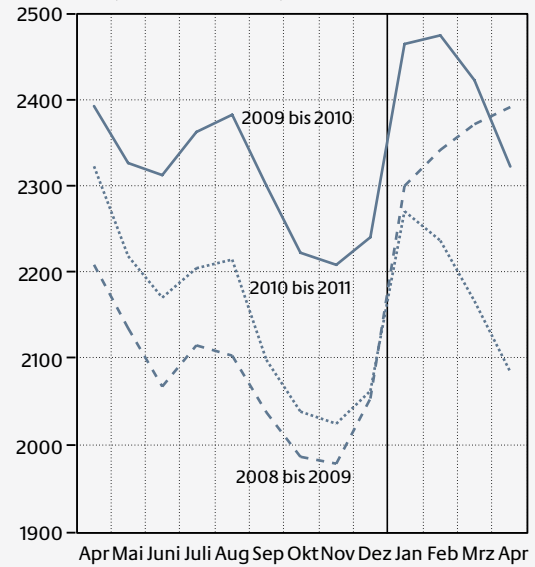
4 In 1.000 Personen, Quoten in %.

5.4 Entwicklung des Arbeitsmarkts in Westdeutschland

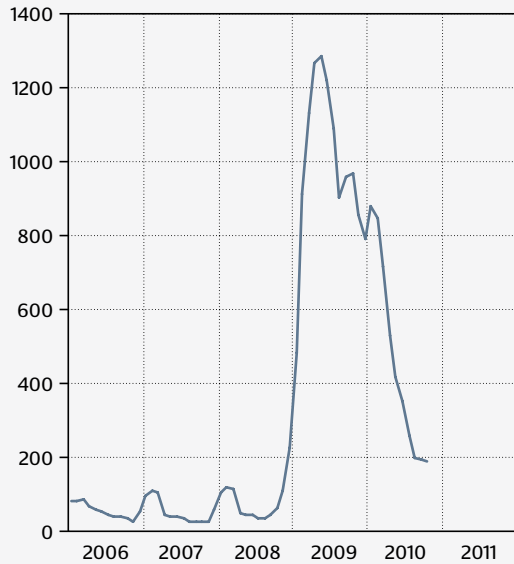
Arbeitslose in 1.000



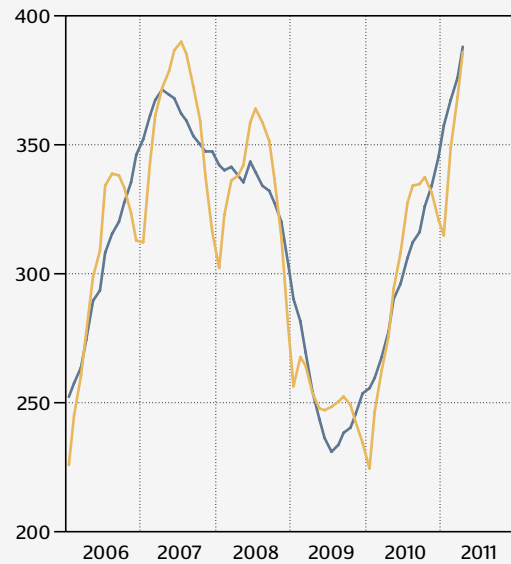
Arbeitslose (Ursprungswerte) in 1.000



Kurzarbeiter in 1.000



Gemeldete Arbeitsstellen in 1.000



— Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

5.5 Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen in Ostdeutschland

| Ursprungszahlen ⁴ | | | | | | |
|--|---------------------------------|----------|--------|---------------------------------------|-------|-------|
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| Arbeitslose ² | 1 160 | 1 138 | 1 076 | 1 075 | 1 043 | 993 |
| Arbeitslosenquote in % ^{1,2} | 13,7 | 13,4 | 12,7 | 12,7 | 12,4 | 11,8 |
| Zugänge an Arbeitslosen ² | 225 | 222 | 236 | 210 | 196 | 194 |
| Abgänge an Arbeitslosen ² | 212 | 244 | 299 | 211 | 228 | 244 |
| Kurzarbeiter ² | 183 | 160 | 101 | - | - | - |
| Gemeldete Arbeitsstellen ² | 52 | 58 | 60 | 69 | 74 | 75 |
| | Veränderungen gegen Vorzeitraum | | | Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum | | |
| | 2011 | | | | | |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| Arbeitslose ² | 0 | - 32 | - 50 | - 85 | - 96 | - 83 |
| Kurzarbeiter ² | - | - | - | - | - | - |
| Gemeldete Arbeitsstellen ² | + 9 | + 4 | + 1 | + 17 | + 16 | + 15 |
| Saisonbereinigte Zahlen ^{3,4} | | | | | | |
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | November | Dezember | Januar | Februar | März | April |
| Arbeitslose ² | 981 | 987 | 985 | 971 | 953 | 942 |
| Arbeitslosenquote in % ^{1,2} | 11,6 | 11,7 | 11,7 | 11,5 | 11,3 | 11,2 |
| Gemeldete Arbeitsstellen ² | 65 | 66 | 69 | 71 | 71 | 72 |
| | Veränderungen gegen Vorzeitraum | | | | | |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| Arbeitslose ² | - 4 | + 6 | - 2 | - 14 | - 18 | - 11 |
| Gemeldete Arbeitsstellen ² | + 2 | + 1 | + 3 | + 2 | 0 | + 1 |

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

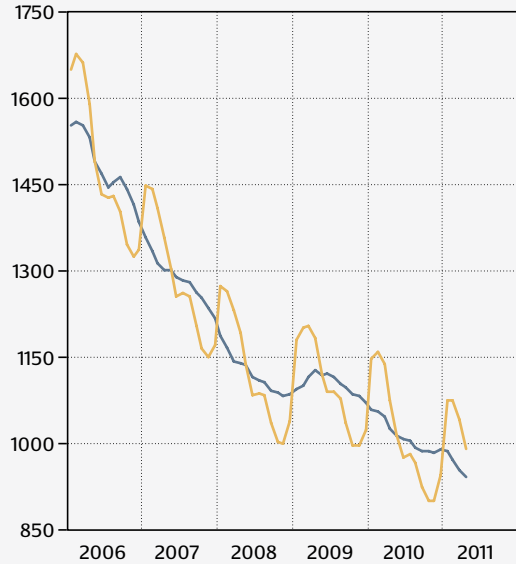
2 Nationale Abgrenzung;

3 Verfahren Census X-12-ARIMA;

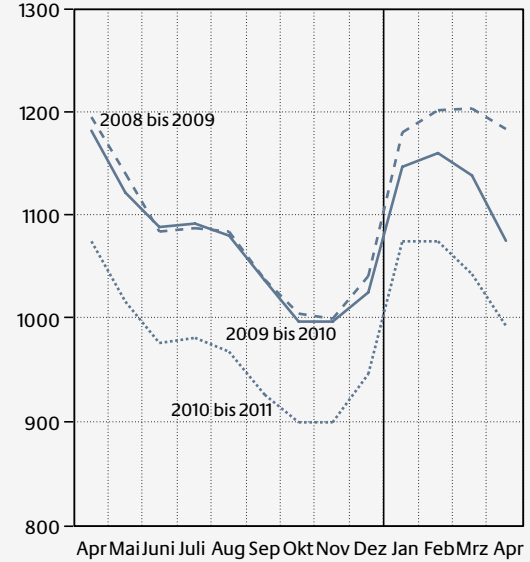
4 In 1.000 Personen, Quoten in %.

5.6 Entwicklung des Arbeitsmarkts in Ostdeutschland

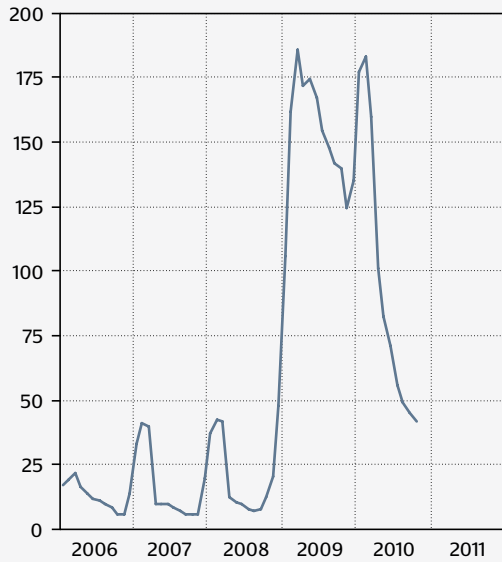
Arbeitslose in 1.000



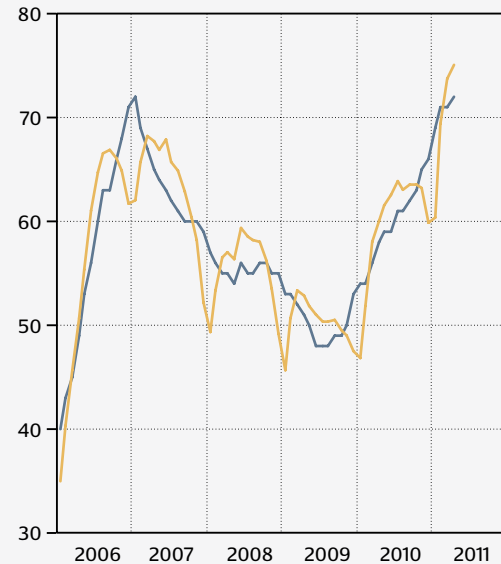
Arbeitslose (Ursprungswerte) in 1.000



Kurzarbeiter in 1.000



Gemeldete Arbeitsstellen 1.000



— Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

| | Veränderungen gegen Vorzeitraum in % | | | Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % | | |
|---|--------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|--|-----------------------------|----------------------------|
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| Verbraucherpreise¹ | | | | | | |
| Insgesamt (Ursprungszahlen) | + 0,5 | + 0,5 | + 0,2 | + 2,1 | + 2,1 | + 2,4 |
| Waren | + 0,5 | + 1,0 | + 0,3 | + 3,1 | + 3,2 | + 3,1 |
| Verbrauchsgüter | + 0,5 | + 1,0 | + 0,5 | + 4,7 | + 4,6 | + 4,4 |
| darunter: Nahrungsmittel | + 1,0 | - 0,2 | 0,0 | + 3,4 | + 2,2 | + 1,4 |
| darunter: Saisonabhängige Nahrungsmittel ² | + 3,0 | - 3,4 | - 0,9 | + 9,8 | + 1,5 | - 3,2 |
| Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer | + 0,6 | + 1,6 | + 0,1 | + 0,4 | + 1,2 | + 1,2 |
| Langlebige Gebrauchsgüter | + 0,3 | + 0,1 | - 0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Dienstleistungen | + 0,7 | - 0,1 | + 0,2 | + 1,1 | + 0,9 | + 1,7 |
| darunter: Wohnungsmiete | + 0,1 | + 0,2 | + 0,1 | + 1,2 | + 1,3 | + 1,2 |
| nachrichtlich: Kerninflation ³ | + 0,5 | + 0,2 | + 0,2 | + 1,0 | + 1,0 | + 1,6 |
| Insgesamt (saisonbereinigt⁴) | + 0,1 | + 0,5 | + 0,2 | - | - | - |
| Insgesamt ohne Energie (saisonbereinigt⁴) | + 0,1 | + 0,2 | + 0,2 | - | - | - |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| HVPI ⁵ | + 0,6 | + 0,6 | + 0,2 | + 2,2 | + 2,3 | + 2,6 |
| Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁶ | | | | | | |
| Insgesamt | + 0,7 | + 0,4 | - | + 6,4 | + 6,2 | - |
| Vorleistungsgüterproduzenten | + 1,1 | + 0,1 | - | + 8,5 | + 7,7 | - |
| Investitionsgüterproduzenten | + 0,2 | 0,0 | - | + 1,1 | + 1,0 | - |
| Konsumgüterproduzenten | + 0,4 | + 0,3 | - | + 2,9 | + 3,3 | - |
| Gebrauchsgüterproduzenten | + 0,2 | + 0,1 | - | + 1,5 | + 1,4 | - |
| Verbrauchsgüterproduzenten | + 0,4 | + 0,3 | - | + 3,1 | + 3,6 | - |
| Energie | + 0,9 | + 1,2 | - | + 11,0 | + 10,5 | - |
| | 2010 | 2011 | 2010 | 2011 | 2010 | 2011 |
| | August⁸ | November⁸ | Februar⁸ | August⁸ | November⁸ | Februar⁸ |
| Baupreise⁷ | | | | | | |
| Wohngebäude | + 0,4 | + 0,4 | + 1,1 | + 1,2 | + 1,6 | + 2,6 |
| Straßenbau | + 0,3 | + 0,1 | + 0,8 | + 0,8 | + 0,8 | + 1,6 |

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisindex 2005 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose);

2 Obst, Gemüse (einschl. Kartoffeln), Fische;

3 Insgesamt ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel;

4 Saisonbereinigungsverfahren Census X-II;

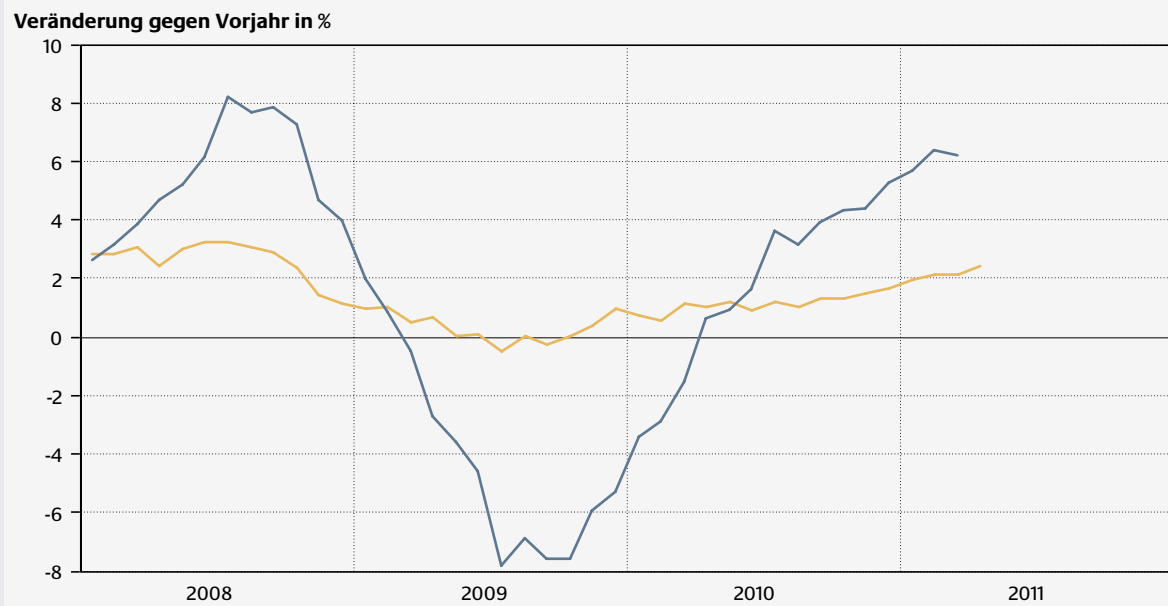
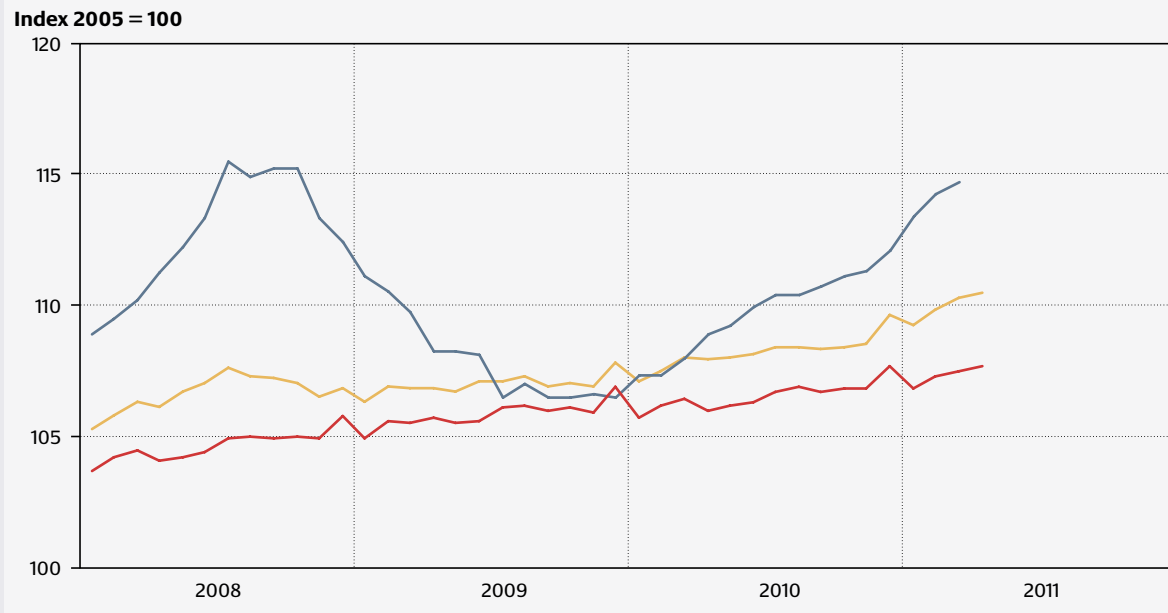
5 Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Ursprungszahlen, Basis 2005 = 100;

6 Ursprungszahlen, Preisindex 2005 = 100;

7 Dreimonatsvergleich, Ursprungszahlen, Preisindex 2005 = 100;

8 Endmonat des 3-Monatszeitraums.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Kerninflation



— Verbraucherpreise — Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
— Kerninflation (Verbraucherpreise ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel)

6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

| | Veränderungen gegen Vorzeitraum in % | | | Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % | | |
|---|--------------------------------------|----------|--------|--|--------|--------|
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | Februar | März | April | Februar | März | April |
| Weltmarktpreise für Rohstoffe¹ | | | | | | |
| Insgesamt | + 4,5 | + 8,1 | + 6,1 | + 33,3 | + 36,5 | + 35,6 |
| Nahrungs- und Genussmittel | + 4,3 | - 2,5 | + 1,5 | + 51,1 | + 51,9 | + 55,0 |
| Industrie-Rohstoffe | + 3,2 | - 1,1 | + 4,9 | + 36,7 | + 27,2 | + 20,3 |
| Energie-Rohstoffe (Kohle und Rohöl) | + 4,8 | + 10,7 | + 6,6 | + 31,5 | + 37,2 | + 37,4 |
| Außenhandelspreise² | | | | | | |
| Einfuhrpreise insgesamt | + 1,1 | + 1,1 | - | + 11,9 | + 11,3 | - |
| Güter der Ernährungswirtschaft | + 1,7 | - 0,6 | - | + 12,5 | + 9,5 | - |
| Güter der gewerblichen Wirtschaft | + 1,1 | + 1,3 | - | + 11,9 | + 11,5 | - |
| Rohstoffe und Halbwaren | + 3,0 | + 3,6 | - | + 33,9 | + 31,6 | - |
| Fertigwaren | + 0,1 | + 0,2 | - | + 4,0 | + 3,8 | - |
| Ausfuhrpreise insgesamt | + 0,4 | + 0,3 | - | + 5,4 | + 4,9 | - |
| Terms of Trade | - 0,8 | - 0,8 | - | - 5,8 | - 5,7 | - |
| Wechselkurs des Euro | | | | | | |
| nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ³ | + 1,0 | + 1,7 | + 1,7 | - 4,2 | - 2,1 | + 0,9 |
| realer effektiver Wechselkurs des Euro ³ | + 0,8 | + 2,0 | + 1,8 | - 4,7 | - 2,6 | + 0,3 |
| Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ⁴ | + 0,5 | + 0,6 | + 0,8 | - 2,1 | - 1,6 | - 0,1 |
| Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ⁵ | + 0,7 | + 0,8 | + 0,7 | - 3,2 | - 1,9 | - 0,1 |
| Ursprungszahlen, Monatsdurchschnitte | | | | | | |
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | November | Dezember | Januar | Februar | März | April |
| Wechselkurs 1 Euro / US-Dollar | 1,3661 | 1,3220 | 1,3360 | 1,3649 | 1,3999 | 1,4442 |
| Wechselkurs 1 Euro / Yen | 112,69 | 110,11 | 110,38 | 112,77 | 114,40 | 120,42 |
| Wechselkurs 1 Euro / Pfund Sterling | 0,8551 | 0,8481 | 0,8471 | 0,8464 | 0,8665 | 0,8829 |

Quellen: HWWI-Institut für Wirtschaftsforschung, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010 = 100;

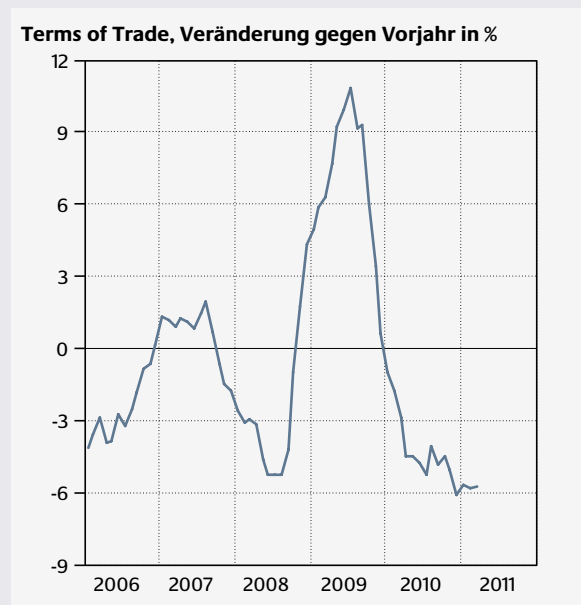
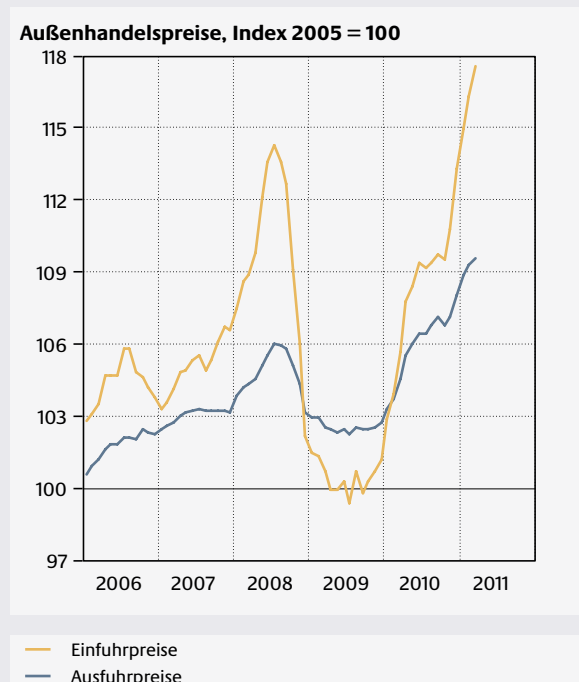
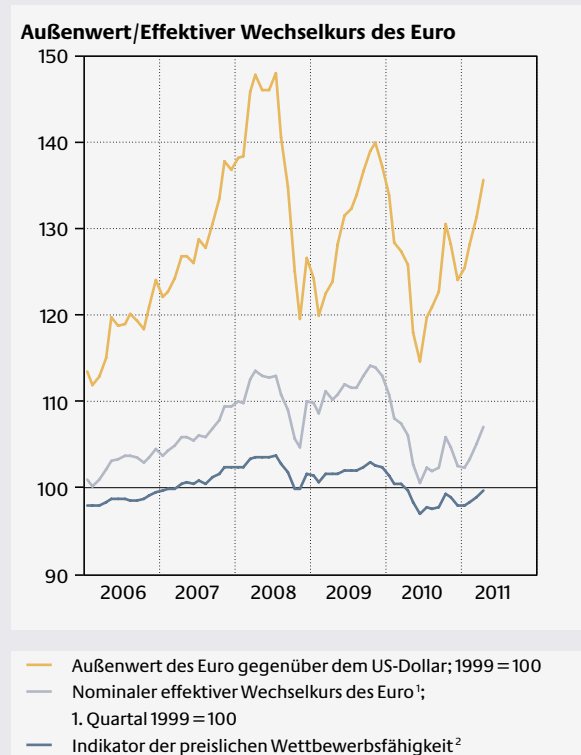
2 Index 2005 = 100;

3 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

4 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (24 Industrieländer);

5 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (56 Industrieländer).

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI-Institut, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (24 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

| Ursprungszahlen in % p.a., Monatsdurchschnitte | | | | | | |
|--|----------|----------|----------|----------|---------|---------|
| | 2010 | | | 2011 | | |
| | November | Dezember | Januar | Februar | März | April |
| 3-Monats EURIBOR | 1,04 | 1,02 | 1,02 | 1,09 | 1,18 | 1,32 |
| 6-Monats EURIBOR | 1,27 | 1,25 | 1,25 | 1,35 | 1,48 | 1,62 |
| 12-Monats EURIBOR | 1,54 | 1,53 | 1,55 | 1,71 | 1,92 | 2,09 |
| Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen | 1,43 | 1,58 | 1,81 | 2,10 | 2,23 | 2,45 |
| Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen | 2,03 | 2,34 | 2,56 | 2,77 | 2,83 | 2,98 |
| Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen | 2,53 | 2,91 | 3,02 | 3,20 | 3,21 | 3,34 |
| Veränderungen zum Vorjahr in % | | | | | | |
| Wachstum der Geldmenge M1 ¹ | + 4,6 | + 4,4 | + 3,2 | + 2,9 | + 3,0 | - |
| Wachstum der Geldmenge M2 ¹ | + 2,3 | + 2,2 | + 2,3 | + 2,4 | + 2,6 | - |
| Wachstum der Geldmenge M3 ¹ | + 2,1 | + 1,7 | + 1,5 | + 2,1 | + 2,3 | - |
| Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ¹ | + 1,6 | + 1,8 | + 1,8 | + 2,0 | - | - |
| Kredite an den privaten Sektor im Euroraum ¹ | + 1,9 | + 1,6 | + 2,1 | + 2,3 | + 2,2 | - |
| Kredite an den privaten Sektor in Deutschland ¹ | + 0,2 | - 0,6 | + 0,1 | + 1,1 | + 0,8 | - |
| darunter: Buchkredite im Euroraum | + 2,0 | + 1,9 | + 2,4 | + 2,6 | + 2,5 | - |
| Buchkredite in Deutschland | + 0,7 | 0,0 | + 0,3 | + 1,5 | + 0,9 | - |
| Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland ² | - 1,8 | - 0,9 | - 1,0 | - 0,3 | + 0,5 | - |
| darunter: Laufzeit bis 1 Jahr | - 12,2 | - 7,7 | - 7,4 | - 3,8 | - 2,6 | - |
| Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre | - 5,7 | - 8,0 | - 8,1 | - 7,6 | - 3,7 | - |
| Laufzeit über 5 Jahre | + 2,2 | + 2,6 | + 2,3 | + 2,3 | + 2,3 | - |
| Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ² | + 0,6 | + 0,6 | + 0,6 | + 0,6 | + 0,5 | - |
| darunter: Wohnungsbaukredite | + 0,6 | + 0,6 | + 0,7 | + 0,8 | + 0,8 | - |
| Ursprungszahlen, Monatsdurchschnitte | | | | | | |
| Deutscher Aktienindex (DAX 30) ³ | 6744,41 | 6991,35 | 7039,68 | 7294,16 | 6952,82 | 7230,47 |
| Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁴ | 2809,65 | 2825,58 | 2900,69 | 3015,73 | 2890,36 | 2946,62 |
| Standard & Poor's 500 ⁴ | 1198,86 | 1242,19 | 1283,12 | 1322,21 | 1304,49 | 1331,78 |
| Nikkei 225 ⁴ | 9782,67 | 10257,35 | 10443,38 | 10621,43 | 9824,37 | 9654,39 |

Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

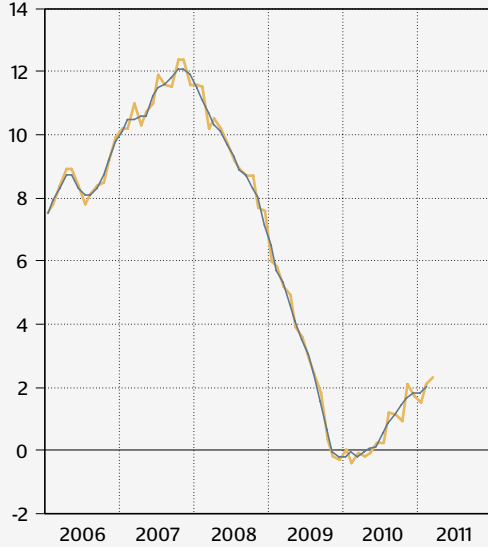
2 Ursprungszahlen;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

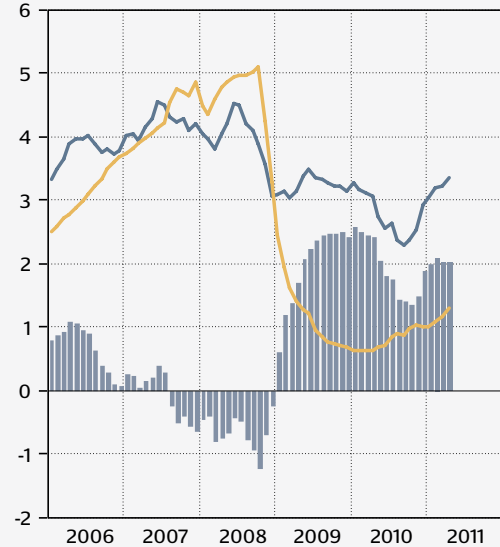
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur

Wachstum der Geldmenge M3 in der EWU



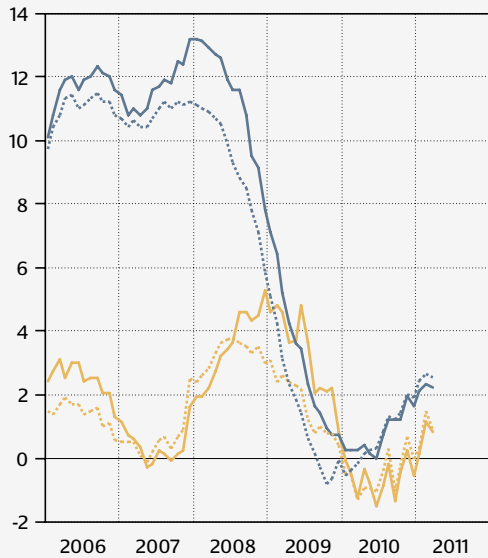
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Umlaufrendite, EURIBOR, in % p.a.



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR

Kredite an Nichtbanken



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU

Aktienindizes



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones EURO Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelautenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzeltatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo-Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obgleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo-Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragsingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendrischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitsmäßig bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d.h. nicht preisbereinigter) und realer (d.h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo-Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Dr. Sven Sattler
(Mitarbeiterkapitalbeteiligung – mit partner-schaftlicher Unternehmenskultur zum wirt-schaftlichen Erfolg)

Matthias Pannhorst
(Deutschlands Nationales Reformprogramm 2011: auf dem Weg ins erste Europäische Semester)

Bernd Neujahr
(THESEUS für den Mittelstand)

Christoph Menzel
(New Kids on the Block)

André Eid, Joachim Kaiser, Mathias Kesting,
Carolin Achenbach, Jenny Hildebrandt
(Wirtschaftliche Lage)

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik Veröffentlichungskalender 2011

| Ausgabe | Veröffentlichungszeitpunkt im Internet |
|----------------|---|
| Juli 2011 | Mi, 22. Juni 2011 |
| August 2011 | Fr, 22. Juli 2011 |
| September 2011 | Di, 23. August 2011 |
| Oktober 2011 | Mi, 21. September 2011 |
| November 2011 | Fr, 21. Oktober 2011 |
| Dezember 2011 | Di, 22. November 2011 |

Verzeichnis der Fachartikel zum Monatsbericht von Oktober 2007 bis Mai 2011


| Ausgabe | Fachartikel | Seite |
|-------------------------------|---|-------|
| Oktober 2007 | Gesamtwirtschaftliche Einordnung der US-Hypothekenkrise | 7 |
| | Wirtschaftspolitische Aspekte der Föderalismusreform | 15 |
| | Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer | 25 |
| | EU-Strukturpolitik | 26 |
| | Justitia in Europa: Welche Rolle spielt der Europäische Gerichtshof für Bürger, Unternehmen, Staat? | 33 |
| November/Dezember 2007 | Moderne Instrumente der Mittelstandsfinanzierung | 7 |
| | Zeiten für Gründer – Die GmbH-Reform | 11 |
| | Zukunftsweisende Berufsbilder und Qualifikationen | 15 |
| | Sicherung des Fachkräftebedarfs durch Qualifizierung und Zuwanderung | 19 |
| Januar 2008 | Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung | 7 |
| | Zehn Leitlinien für eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik | 13 |
| | Industriepolitik – in Deutschland und Europa | 19 |
| | Wettbewerb im Energiebereich | 24 |
| | Wachstum und Demografie – Wie kann Deutschland den demografischen Wandel erfolgreich bewältigen? | 30 |
| Februar 2008 | Luftfahrtforschung am Standort Deutschland | 7 |
| | Für die Erde ins All – Satelliten für Erdbeobachtung und Kommunikation in Deutschland | 11 |
| | Die Technologieförderung des BMWi für den Mittelstand – von Ideen über Kooperationen zu Innovationen | 18 |
| | Von Potsdam nach Hannover – Bilanz und Ausblick des Zweiten Nationalen IT-Gipfels | 24 |
| | Wirtschaftspolitische Aspekte des Vertrags von Lissabon | 25 |
| | | |
| März 2008 | Investitionsfreiheit und Prüfung ausländischer Investitionen – kein Widerspruch! | 7 |
| | Produkt- und Markenpiraterie – Handelspolitische Aspekte und internationale Zusammenarbeit | 11 |
| | Exportkontrolle – Sicherheitspolitische Beschränkungen des Außenhandels | 18 |
| | Sicherung der Erdgasversorgung in Deutschland | 24 |
| | Jahreswirtschaftsbericht 2008: Kurs halten! | 30 |
| April 2008 | Zum Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BWi) für eine Neufassung der Kreditaufnahmeregel im Grundgesetz | 7 |
| | Klimaschutz als wirtschaftspolitische Herausforderung | 14 |
| | Chancen für mehr Beschäftigung: Bürgerarbeit im BWi-Modell für eine existenzsichernde Beschäftigung | 30 |
| | Maritime Wirtschaft – eine Zukunftsbranche | 35 |
| | | |
| Mai 2008 | Die „Strategie für Wachstum und Beschäftigung“ der EU – Wie strukturelle Reformen in Europa koordiniert werden | 7 |
| | Ergebnisse des Frühjahrsgipfels 2008 | 14 |
| | Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland – verlässlicher Schutz vor Risiken bei Exportgeschäften | 19 |
| | Handelspolitische Schutzinstrumente – Jüngste Entwicklungen in Brüssel und Genf | 25 |
| | OECD-Deutschlandexamen 2008 | 30 |
| | | |

| Ausgabe | Fachartikel | Seite |
|-----------------------|--|--------------|
| Juni 2008 | Politik für das Handwerk | 7 |
| | Reform der Erbschaftsteuer 2008 – aktueller Stand der Diskussion | 13 |
| | Bürokratie abbauen – Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern | 21 |
| | Öffentliche Auftragsvergabe wird effizienter – Bürokratie wird abgebaut | 26 |
| Juli 2008 | Haushaltsausgleich im Gesamtstaat | 8 |
| | Heute investieren in die Märkte von morgen – Wagniskapital für junge innovative Unternehmen | 11 |
| | Europäische Automobilpolitik vor neuen Herausforderungen..... | 18 |
| | Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft | 24 |
| August 2008 | Arbeitsmarkt am Scheideweg: Sieben Thesen für eine Fortsetzung der beschäftigungspolitischen Reformen..... | 8 |
| | Einkommensentwicklung und -verteilung in Deutschland | 12 |
| | Erste Erfahrungen mit der Postmarktliberalisierung | 16 |
| | Verbesserte Bedingungen für die Gründung des eigenen Unternehmens | 20 |
| September 2008 | Von der Gesundheitsversorgung zur Gesundheitswirtschaft – ein Paradigmenwechsel | 8 |
| | Markt für Arzneimittel vor einschneidenden Veränderungen? | 12 |
| | Kartell- und Wettbewerbsrecht in der Gesundheitswirtschaft | 16 |
| Oktober 2008 | Zur Anatomie des Aufschwungs | 8 |
| | Drohende Stromlücke lässt sich verhindern | 15 |
| | Die französische EU-Ratspräsidentschaft aus wirtschaftspolitischer Sicht | 21 |
| | Öl-, Gas- und Kohlepreisentwicklung | 27 |
| | Die neue EU-Verordnung zu Zollpräferenzen (APS) – Kontinuität und behutsame Modernisierung | 34 |
| November 2008 | Raumfahrtrobotik – der verlängerte Arm ins Weltall..... | 8 |
| | Schnelles Internet für jedermann | 15 |
| | Digitale Medien..... | 19 |
| Dezember 2008 | Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken | 8 |
| | Deutschland, USA, Kanada: Abbau von „barriers behind borders“ im transatlantischen Markt | 19 |
| | Bessere Bildung durch mehr Effizienz und Wettbewerb bei Schulen und Hochschulen – Ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel | 23 |
| | Die neue EU-Berufsanerkennungsrichtlinie – mehr Transparenz oder neue Hürden?.... | 27 |
| Januar 2009 | Deutschland ist fest in die Weltwirtschaft eingebunden | 7 |
| | Mehr Jobs, weniger Sicherheit? – Aktuelle Entwicklungen der atypischen Beschäftigung | 10 |
| | Die digitale Zukunft Deutschlands gestalten | 15 |
| | Mediation in der Wirtschaft – ein neues Berufsbild? | 21 |
| Februar 2009 | Entschlossen in der Krise, stark für den nächsten Aufschwung | 8 |
| | Warum sollte der Ausstieg aus der Kernenergie überdacht werden? – Pro und Contra Kernkraft..... | 19 |
| | Energiesparen und Energieeffizienz im Gebäudebereich | 31 |

| Ausgabe | Fachartikel | Seite |
|--|--|--|
| März 2009 | Jahreswirtschaftsbericht 2009: Konjunkturgerechte Wachstumspolitik | 8 |
| | Kredit- und Bürgschaftsprogramme der Bundesregierung setzen Impulse für die Kreditversorgung der Wirtschaft | 13 |
| | Brief des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie an Bundesminister Michael Glos vom 23. Januar 2009 | 19 |
| | Aktuelle Entwicklungen im Europäischen Wettbewerbsrecht..... | 32 |
| | Aktuelle Gründungstrends und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen..... | 39 |
| | Alternde Belegschaften im Mittelstand – Herausforderung erkannt heißt noch nicht gebannt | 46 |
| | April 2009 | Europäisches Beihilferecht – Reaktionen auf die Krise..... |
| Internationaler Dienstleistungshandel – Handelshemmnisse und Potenzial für Deutschland..... | 13 | |
| Die Deutschen Auslandshandelskammern – Wegbereiter zum erfolgreichen Auslandsgeschäft | 18 | |
| Mai 2009 | China investiert in Deutschland | 8 |
| | Europa auf dem Weg aus der Krise – der Beitrag der Gemeinschaft..... | 14 |
| | Innovativ durch die Krise | 18 |
| | Das Gebäude der Zukunft verbraucht keine Energie – Forschung für energieoptimiertes Bauen | 23 |
| Juni 2009 | Die Weltwirtschaftskrise von 1929: Nicht vergleichbar mit der aktuellen Rezession..... | 8 |
| | Realismus und Zuversicht – Frühjahrsprojektion 2009 der Bundesregierung | 16 |
| | Qualifikationssicherung im Mittelstand | 23 |
| Juli 2009 | Die wirtschaftliche Lage der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland..... | 8 |
| | Stabil durch die Krise – die Gesundheitswirtschaft | 13 |
| | Berufsbildung nach Maß: nachhaltig, marktgängig, durchlässig..... | 17 |
| August 2009 | Die Krise abfedern – Zwischenbilanz zur Konjunktur- und Wachstumspolitik der Bundesregierung..... | 9 |
| | „Wirtschaftsfonds Deutschland“ – Perspektiven in der Krise sichern..... | 16 |
| | Schnelles und mobiles Internet für jedermann – durch die „Digitale Dividende“ | 22 |
| | Sektorinitiativen zur Verbesserung der industriellen Standortbedingungen in Europa..... | 25 |
| September 2009 | Energierohstoffe 2009 – Zuwachs bei Reserven und Ressourcen | 8 |
| | Strukturwandel in ländlichen Räumen | 14 |
| Oktober 2009 | Demografischer Wandel – Herausforderung für das Handwerk..... | 8 |
| | Wissensintensive Dienstleistungen – ein bedeutender Innovationsmotor in Deutschland | 16 |
| | Ein Jahr Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft – Ergebnisse und Perspektiven | 20 |
| November 2009 | Deutsche Wirtschaft auf Erholungskurs – Herbstprojektion 2009 der Bundesregierung..... | 6 |
| | Die Rolle der Schwellenländer in der Weltwirtschaft..... | 14 |
| | Elektromobilität – Fortbewegung der Zukunft | 21 |

| Ausgabe | Fachartikel | Seite |
|--|---|--------------|
| Dezember 2009 | Deutschland im internationalen Konjunkturzusammenhang | 8 |
| | Vorfahrt für KMU – der „Small Business Act“ für Europa | 14 |
| | 60 Jahre Exportkreditgarantien – ein wichtiges Instrument in der Finanzkrise | 19 |
| | Der Vertrag von Lissabon – Eine neue Grundlage für die Europäische Union des 21. Jahrhunderts | 24 |
| | Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand – Impulse für neues Wachstum | 28 |
| Januar 2010 | Arbeit stärken durch eine Reform der Hinzuverdienste | 8 |
| | Regionale Technologie-Netzwerke als Treiber von Innovationen | 14 |
| | Das Deutsche Handwerksinstitut stellt sich vor: 80 Jahre Forschung und Dienstleistung für das Handwerk..... | 21 |
| Februar 2010 | Die internationale Klimaschutzkonferenz: Enttäuschung und Herausforderung..... | 9 |
| | Der Wirtschaftsfonds Deutschland hilft, die Krise zu überwinden | 13 |
| | Innovation im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb, geistigem Eigentum und Standardisierung | 18 |
| | Das multilaterale Handelssystem der WTO – aktuelle Entwicklungen..... | 24 |
| März 2010 | Jahreswirtschaftsbericht 2010: „Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten“ | 8 |
| | Zukunftsfähige Kraftwerkstechnologien: Was leisten Forschung und Entwicklung? | 14 |
| | Sichere und nachhaltige Stromversorgung durch leistungsfähige, moderne Netze..... | 19 |
| April 2010 | Internationale Wirtschaftsentwicklung | 22 |
| | Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland..... | 24 |
| Mai 2010 | Kreditversorgung des Mittelstandes wird in der Krise durch das erweiterte Programm der Bürgschaftsbanken gestützt – Evaluierung belegt großen Nutzen | 9 |
| | Außenwirtschaftsoffensive: Chancen nutzen – weltweit | 15 |
| | Von „Lissabon“ zu „Europa 2020“ – die neue Wirtschafts- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union | 27 |
| | „Competition advocacy“ – Das Bundeskartellamt als Verfechter des Wettbewerbsgedankens in Deutschland..... | 33 |
| Juni 2010 | Internationale Energiepolitik: Was treibt den Ölpreis?..... | 8 |
| | Klimaschutz braucht faire Lastenteilung..... | 14 |
| | Über den Wolken: deutsch-französischer Klimasatellit spürt Treibhausgas Methan auf.... | 23 |
| | Energieberatungsprogramme | 27 |
| | E-Energy – Auf dem Weg zum Internet der Energie | 31 |
| Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland bis 2014..... | 38 | |
| Juli 2010 | EXPO 2010 Shanghai China: Deutschland präsentiert sich mit „balancity – einer Stadt im Gleichgewicht“ | 9 |
| | IKT für Elektromobilität – Die Bedeutung von Informations- und Kommunikations- technologien für das Zusammenspiel von Elektromobilität, Energie- und Verkehrs- netzen | 14 |
| | 50 Jahre Investitionsgarantien..... | 21 |

| Ausgabe | Fachartikel | Seite |
|-----------------------|--|--------------|
| August 2010 | Ein neues Verfahren für die wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa..... | 10 |
| | Kooperationen und Netzwerke im Handwerk | 15 |
| September 2010 | Was ist bei Unternehmensnachfolge zu beachten? | 8 |
| | Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten | 12 |
| | GeoBusiness: Dynamik bei kommerzieller Nutzung von Geoinformationen erfordert einheitliche Rahmenbedingungen | 16 |
| | | 16 |
| Oktober 2010 | Kopf an Kopf – Die Innovationsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich | 9 |
| | Zu alter Stärke? Deutscher Außenhandel im europäischen Vergleich | 15 |
| | Von Deutschland lernen – Weiterbildung ausländischer Manager in Deutschland..... | 22 |
| | Die Schere öffnet sich – Pflegewirtschaft im demografischen Wandel..... | 24 |
| November 2010 | Aufschwung sichern, Aufschwung stärken | 8 |
| | Regel und Ausnahme | 16 |
| | Kurswechsel..... | 19 |
| | Phönix statt Ikarus | 25 |
| Dezember 2010 | Machtvolle Berater | 10 |
| | Einen Tausender für den Geschäftserfolg..... | 16 |
| | Frühlingswind und Sonnenschein im Netz der Wirtschaft..... | 20 |
| Januar 2011 | Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem..... | 8 |
| | Erwachsen werden | 18 |
| | We want our money back?..... | 24 |
| Februar 2011 | Jahreswirtschaftsbericht 2011: Deutschland im Aufschwung – den Wohlstand von morgen sichern | 8 |
| | Eine Insolvenzordnung für den Euroraum | 14 |
| | Auf dem Weg zu einem europäischen Binnenmarkt für Verteidigungsgüter | 20 |
| | Unterstützung für Unternehmen bei Forschung und Entwicklung – das Erfolgsmodell ZIM wird weitergeführt..... | 23 |
| | | 23 |
| März 2011 | Die europäische Beihilfenkontrolle kehrt zurück zu mehr Wettbewerb | 8 |
| | CeBIT 2011 – Informations- und Kommunikationstechnologien für den Wirtschaftsstandort Deutschland | 12 |
| | Auf den Mittelstand setzen: Verantwortung stärken – Freiräume erweitern – Die Mittelstandsinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie..... | 18 |
| | | 18 |
| April 2011 | Wirtschaftspolitische Aspekte der neuen Schuldenregel | 6 |
| | Umweltverträgliches Wachstum: Ein Kernelement nachhaltigen Wirtschaftens | 16 |
| | Stärkung der Zahlungsmoral in Europa – Neue Zahlungsverzugsrichtlinie verbessert die Stellung der KMU | 19 |
| Mai 2011 | Bessere Rahmenbedingungen für den Technologiestandort Deutschland | 9 |
| | Technologieoffene Förderung von Forschung und Entwicklung in der ostdeutsche Industrie | 16 |
| | Ein Jahr Außenwirtschaftsoffensive – eine Erfolgsbilanz | 22 |



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.